

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

2. Untersuchungsausschuss

Deutscher Bundestag  
2. Untersuchungsausschuss  
der 18. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

18(27)145

9. 11. 15

## Stenografisches Protokoll der 7. Sitzung - endgültige Fassung\* -

### 2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 9. Oktober 2014, 15:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, E.600

Vorsitz: Dr. Eva Högl, MdB

## Tagesordnung

### Tagesordnungspunkt

Seite 7

Öffentliche Zeugenvernehmung

Florian Gruber (Beweisbeschluss 18(27)22)

Ronny Liersch (Beweisbeschluss 18(27)23)

Julia Wiegand (Beweisbeschluss 18(27)24)

#### \* Hinweis:

Die Zeugen Florian Gruber, Ronny Liersch und Julia Wiegand haben Einsicht in das Stenografische Protokoll genommen. Die Korrekturwünsche der Zeugin Wiegand sind dem Protokoll als Anlage beigelegt. Die Zeugen Gruber und Liersch haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



## 2. Untersuchungsausschuss

(Beginn: 15.07 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Einen schönen guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. - Ich darf die Vertreterinnen und Vertreter der Medien auch ganz herzlich begrüßen und alle Zuhörerinnen und Zuhörer auch ganz besonders.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen; das betrifft insbesondere die Damen und Herren, die dort oben Platz genommen haben. Bild-, Ton- und Filmaufzeichnungen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind abzuschalten, am besten jetzt direkt, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe nun den **einzigen Tagesordnungspunkt** unserer heutigen Sitzung auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung  
 Florian Gruber (Beweisbeschluss  
 18(27)22)  
 Ronny Liersch (Beweisbeschluss  
 18(27)23)  
 Julia Wiegand (Beweisbeschluss  
 18(27)24)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, stehen heute insgesamt drei Zeugenvernehmungen in öffentlicher Sitzung an. Wir vernehmen heute die drei Zeugen, die schon hier Platz genommen haben, in der folgenden Reihenfolge: Zunächst vernehmen wir Herrn Kriminaloberkommissar Florian Gruber. Herzlich will-

kommen hier bei uns, Herr Gruber. Dann vernehmen wir Herrn Kriminalkommissar Ronny Liersch und als dritte Zeugin Frau Kriminaloberkommissarin Julia Wiegand.

Für den Fall, dass Teile der Vernehmung als Geheim eingestuft werden, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass wir das dann nach der Geheimenschutzordnung des Deutschen Bundestages machen. Da ist es nach § 7 so, dass eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden muss, wenn über Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-Vertraulich oder höher beraten wird.

Ich weise direkt auch darauf hin, dass im Fall der Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher der Wechsel des Sitzungssaales erforderlich ist. Wir müssten dann also umziehen. Deswegen bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Vernehmungsteile haben, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, dass wir die dann gesammelt am Ende der Zeugenvernehmung machen, damit wir zunächst die Zeugenvernehmung in öffentlicher Sitzung fortführen können und dann den eingestuften Teil der Vernehmung in einer anderen Sitzung in einem anderen Raum vornehmen können. Da haben wir auch jetzt schon den Raum 2.700, den Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses, sozusagen angemietet.

Ferner weise ich darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Wir können hier Vorhalte aus Akten machen - das haben wir ja eben auch schon besprochen -, die NfD eingestuft sind, aber nicht höher. Im Fall eines Vorhalts möchte ich daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen oder der Zeugin durch den Fragesteller oder die Fragestellerin vorzulegen ist.

Ich bitte außerdem auch für das Protokoll darum, dass Sie immer, wenn Sie aus einer Akte zitieren, wenn Sie einen Vorhalt machen, am besten auch die MAT-Nummer und die Seitenzahl direkt benennen. Dann kann man das besser nachvollziehen.



## 2. Untersuchungsausschuss

Es ist so, dass wir im Fall der Einstufung der Sitzung als Vertraulich oder höher die Wortprotokollierung grundsätzlich fortführen. Da müsste ich aber jetzt kurz von Ihnen wissen, ob Einwände dagegen bestehen, dass das grundsätzlich fortgeführt wird. - Das ist nicht der Fall. Dann machen wir durchgehende Wortprotokollierung.

Dann kommen wir jetzt zu den Zeugenvernehmungen. Meine Dame, meine Herren, ich werde Sie zunächst alle drei gemeinsam belehren. Dann beginnen wir mit der Vernehmung von Herrn Gruber, und Sie beide wechseln wieder in den Zeugenaufenthaltsraum. Wenn wir mit Herrn Gruber fertig sind, vernehmen wir in der angekündigten Reihenfolge Sie nacheinander.

Sehr geehrte Frau Wiegand, sehr geehrter Herr Gruber, sehr geehrter Herr Liersch, ich weise Sie darauf hin, dass die Sitzung, wie Sie eben gehört haben, aufgezeichnet wird. Wir fertigen also ein Wortprotokoll. Hier wird fleißig mitgeschrieben und aufgenommen; das sehen Sie auch hier vorne. Herzlichen Dank auch für die Unterstützung. Es erfolgt also eine stenografische Aufzeichnung der Sitzung. Wir haben gleichzeitig ein Tonband laufen, damit die stenografische Protokollierung der Sitzung erleichtert wird. Die Aufnahme wird hinterher gelöscht. Die Aufnahme dient also nur der Unterstützung bei der Erstellung des Protokolls.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt. Sie haben anschließend die Möglichkeit, noch Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, bevor es dann endgültig veröffentlicht wird. Sie bekommen es also vorher noch mal zugeschickt.

Herr Gruber, Herr Liersch und Frau Wiegand, Sie sind jeweils mit Schreiben vom 10. September geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und auch dem Beweisbeschluss zugegangen. Der jeweilige Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses selbstverständlich bekannt. Deswegen gehe ich davon aus, dass auf die Verlesung verzichtet werden kann. Sie wissen, zu welchem Gegenstand Sie hier vernommen werden.

Die erforderlichen Aussagegenehmigungen für Sie drei liegen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Die sind verteilt worden. Das konnten Sie sehen.

Ich komme jetzt zur Belehrung. Herr Gruber, Herr Liersch, Frau Wiegand, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsausschussverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden nenne ich das Gesetz PUAG - möchte ich Sie zunächst belehren.

Sie sind als Zeuge bzw. als Zeugin verpflichtet, hier die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Absatz 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordnetem Verfahren ausgesetzt zu werden. Das betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie bei der Vernehmung um einen Hinweis, damit wir eine entsprechende Einstufung, über die ich ja eben schon gesprochen habe, vornehmen können. Das müssen Sie uns dann bitte jeweils selbst anzeigen, damit wir dann gegebenenfalls einstufen können.



## 2. Untersuchungsausschuss

Dann darf ich Sie drei fragen, Frau Wiegand, Herr Liersch, Herr Gruber: Haben Sie zu dem, was ich eben vorgetragen habe, noch Fragen?

**Zeuge Florian Gruber:** Nein.

**Zeuge Ronny Liersch:** Nein.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Haben Sie nicht. Vielen Dank.

Dann stelle ich Ihnen kurz den geplanten Ablauf dar. Sie haben gleich zu Beginn Ihrer Zeugenvernehmung nach § 24 Absatz 4 des PUAG die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Dann erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Das geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Haben Sie hierzu noch Fragen? - Auch nicht.

Dann darf ich Sie bitten, Frau Wiegand und Herr Liersch - Sie werden sicher begleitet; herzlichen Dank -, wieder in den Zeugenraum zu gehen.

Wir beginnen dann mit der Vernehmung von Ihnen, Herr Gruber.



**Vernehmung des Zeugen  
Florian Gruber**

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herr Gruber, ich habe Ihnen eben noch mal den Gegenstand der Vernehmung erläutert und Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt, wie sich das gehört. Deswegen komme ich jetzt zunächst zur Vernehmung zur Person. Bitte nennen Sie uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienort.

**Zeuge Florian Gruber:** Mein Name ist Florian Gruber. Ich bin 31 Jahre alt und arbeite als Kriminalbeamter beim Bundeskriminalamt. Die laudungsfähige Anschrift ist Bundeskriminalamt Wiesbaden, 65173 Wiesbaden.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank, Herr Gruber. - Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache und gebe Ihnen zunächst Gelegenheit, dem Ausschuss im Zusammenhang aus Ihrer Sicht darzulegen, was Ihnen vom Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Gruber, Sie haben das Wort.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich würde mich gerne gleich Ihren Fragen stellen und auf diese Möglichkeit verzichten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das können wir selbstverständlich auch so machen. Dann gehen wir direkt zu den Fragen über, und dann starte ich mal direkt mit den Nachfragen.

Vielleicht sind Sie so freundlich, Herr Gruber, und schildern uns mal kurz, wie Sie Kontakt mit der Kollegin der kanadischen Behörden bekommen haben, wie das erfolgt ist, und wie Sie dann den weiteren Verlauf der Übergabe der Dateien - - wie das organisiert wurde, vielleicht vom Anfang bis zu der Übergabe. Können Sie uns mal schildern, wie sich das aus Ihrer Sicht darstellt?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich wurde am 20.09.2011 von der kanadischen Kollegin kontaktiert, weil sie 150 Videos in Kanada sichergestellt hat und bei Teilen dieser Videos der Verdacht bestand, dass sie für ein Ermittlungsverfahren in Deutschland wegen schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern beweiserheblich sind, und ich war Sach-

bearbeiter beim BKA von diesem Missbrauchsverfahren.

Ich habe dann am 21.09.2011 der kanadischen Kollegin mitgeteilt, dass ich die Videos, um sie für das Missbrauchsverfahren zu prüfen, gerne übermittelt bekommen hätte. Ihr Vorschlag war, sie bei einem Europol-Lehrgang in Selm zu übergeben, weil zufällig zwei Kollegen von meinem Referat SO 12 auch diesen Lehrgang besucht hatten.

Nebenbei erwähnte die kanadische Kollegin, dass zu diesen 150 Videos eben auch eine Kundenliste vorliegt, die bis ins Jahr 2006 zurückreicht, wo ersichtlich sein sollte, welche Kunden denn welche mutmaßlichen kinderpornografischen Videos bestellt hatten.

Dann bin ich auf ihren Vorschlag eingegangen. Ich hatte mit ihr dann ausgemacht, dass ich meinen Kollegen auf den Lehrgang eine mindestens 500 Gigabyte große Festplatte mitgeben werde, weil die kanadische Kollegin mir berichtete, dass 400 Gigabyte an Beweismitteln für Deutschland relevant wären.

Ich habe dann am 29.09. bei unserem Logistikreferat für die Abteilung SO - das ist das Referat SO 55 - eine 2-Terabyte-Festplatte, die leer war, ausgeliehen und sie dann der Kollegin Wiegand überreicht, damit sie die Beweismittelübergabe während des Lehrgangs in Selm durchführen kann.

Nach dem Lehrgang habe ich am 02.11. die Festplatte mit den kanadischen Beweismitteln wieder erhalten. Ich habe an diesem Tag dann die Beweismittel bei uns im Referat in die Beweismittelablage - das ist ein Serverraum - aufgespielt. - Das war der Weg, wie die Beweismittel und warum die Beweismittel von Kanada nach Deutschland kamen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank, Herr Gruber. - Ich habe noch mal eine Nachfrage. Warum waren Sie selbst nicht auf dem Lehrgang in Selm?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Florian Gruber:** Weil ich schon länger in dem Referat war und der Lehrgang eigentlich explizit neuen Kollegen angeboten wurde und weil ich, ich glaube, meiner Erinnerung nach zwei Jahre oder drei Jahre davor den Lehrgang auch schon besucht hatte.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann habe ich noch mal die Frage nach der internationalen Zusammenarbeit. Sie haben uns geschildert, dass die kanadische Kollegin Sie kontaktiert hat, weil sie wusste, dass Sie an Missbrauchsfällen arbeiten und dass Sie möglicherweise die Videos, die sie im Zusammenhang mit der Operation „Spade“ ermittelt hatten, gefunden hatten - wie man dazu sagt -, aber jedenfalls in der Bearbeitung hatten, die kanadischen Kollegen - - dass sie Sie kontaktiert hat. Vielleicht schildern Sie uns mal ein bisschen was zur internationalen Zusammenarbeit. Ist das üblich, dass Sie so einen direkten Kontakt haben, dass auch internationale Kollegen wissen, woran Sie arbeiten? Vielleicht können Sie uns mal etwas im Zusammenhang darstellen, wie das im Bundeskriminalamt abläuft, insbesondere im Bereich der Kinderpornografie, in dem Sie ja arbeiten.

**Zeuge Florian Gruber:** Das ist absolut üblich. Es gibt den normalen international polizeilichen Dienstverkehr. Der kann über verschiedene Wege gehen, in der Regel über die Interpol-Dienststellen. Wenn es aber so ist, dass man monatelang an einem Verfahrenskomplex arbeitet, der sowohl jetzt für Kanada als auch für Deutschland relevant ist, dann ist es auch üblich, dass die kanadische Kollegin anscheinend entschieden hat: Es ist fruchtbarer, direkt mit mir Kontakt aufzunehmen und nicht den langwierigeren Weg über Interpol Ottawa zu beschreiten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sieht der direkte Draht auch so aus, dass Sie dann auch eine Rückmeldung geben, ob die Videos für Sie sinnvoll waren oder was weiter mit dem Material, das übermittelt wurde, geschieht? Können Sie uns das auch noch mal ein bisschen schildern? Bleibt man also permanent im direkten Kontakt so als Kollegen, international?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, was das konkrete Verfahren betrifft, auf alle Fälle. Von unserer Seite aus natürlich immer unter nachrichtlicher Beteiligung von den Interpol-Dienststellen, damit die nicht vom Informationsverkehr abgekoppelt sind. Und genauso kann es passieren - dadurch, wenn man jahrelang in dem Bereich arbeitet -, dass man eben auch für einen Neuvorgang von Kollegen weltweit direkt kontaktiert wird und nicht neutral, über einen neutralen Weg, über ein neutrales Fax, eine neutrale Interpol-Nachricht. Das kommt vor, ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herr Gruber, dann würde ich Sie gerne mal fragen, was Sie mit den Dateien dann gemacht haben. Es gab also diese Festplatte. Die hat Frau Wiegand von Ihnen entgegengenommen und dann der kanadischen Kollegin gegeben. Dann wurden die Dateien überspielt. Dann haben Sie gesagt, Sie haben sie am 02.11. aufgespielt.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielleicht können Sie uns das mal schildern. Was verbirgt sich hinter dem Wort „aufgespielt“, und wie geht das vonstatten?

**Zeuge Florian Gruber:** Okay. Also, das war eine externe Festplatte. Die schließt man an das Serversystem - ich sage jetzt einfach mal: an einen Computer - an, und dann werden die Dateien kopiert. Und dann überzeuge ich mich stichprobenartig davon, dass eins zu eins die Dateien, die auf der externen Festplatte waren, dann auf unserem Serversystem sind. Nachdem das so war, habe ich dann die externe Festplatte wieder gelöscht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herr Gruber, wir haben in den Unterlagen gelesen, dass da stand - das hat, glaube ich, Frau Wiegand mal geschrieben oder eine andere Kollegen -: auf „Paris“ aufgespielt. Was verbirgt sich denn dahinter?

**Zeuge Florian Gruber:** In unserem Beweismittelserversystem haben wir verschiedene Server mit verschiedenen Namen. Diese Namen bedeuten spezielle Dinge. „Paris“ ist die Beweismittelablage, wo kontinuierlich nach Aktenzeichen gear-



## 2. Untersuchungsausschuss

beitet wird. Und ich hatte ja schon das schwere Missbrauchsverfahren in Bearbeitung. Dadurch hatte ich natürlich schon ein Aktenzeichen dafür; das war hier speziell auf „London“. „London“ ist die Ablage, wo die kinderpornografischen Videos gespeichert werden, die einen sexuellen Missbrauch dokumentieren und wo entweder der Täter oder das Opfer oder der Tatort schon identifiziert ist oder noch nicht identifiziert ist, aber es Ermittlungsansätze dazu gibt.

Aus dem Grund, weil ich ja gedanklich bei diesem Vorgang trennen musste - einerseits haben mich nur die Videos interessiert, um das sexuelle Missbrauchsverfahren zu befördern -, wusste ich genauso, dass der komplette Inhalt der externen Festplatte gleichzeitig ein Neuvorgang ist, also mit einem neuen Aktenzeichen, nämlich das Umfangsverfahren OP „Selm“, wie es dann ja genannt wurde, mit eben der Kundendatenbank und den Bestellungen. Aus dem Grund habe ich es erst mal eins zu eins auf „Paris“ kopiert, weil mir klar war, dass unter dem neuen Aktenzeichen dort diese Beweismittel zu speichern sind. Ich habe aber kein Aktenzeichen vergeben, weil ich mir keine Vorgänge selber zuordne. Deswegen habe ich mit ein paar beginnenden Nullen begonnen und dann in dem Dateinamen noch „Selm“ eingegeben - meiner Erinnerung nach. Und dann habe ich es so erst mal liegen lassen, diesen Neuvorgang.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich habe noch zwei Fragen zu dem Komplex, Herr Gruber. Das eine ist: Vielleicht können Sie uns noch mal schildern, wie Sie diese Dateien bearbeitet haben, ausgelesen haben, also für Ihren Missbrauchsfall, also für die Sachverhalte, die ein Aktenzeichen hatten, die Sie in „London“ abgespeichert hatten. Was haben Sie mit den Dateien aus Kanada gemacht? Vielleicht diese Frage erst mal.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich wusste von dem schweren sexuellen Missbrauchsverfahren, dass der Beschuldigte die Dateien immer mit einem bestimmten Dateinamenbestandteil benennt. Also habe ich nach diesem Dateinamenbestandteil erst mal gesucht bei diesen 150. Gleichzeitig habe ich durch eine Softwareunterstützung versucht, festzustellen, ob eines von diesen 150 Vi-

deos von dieser Missbrauchsserie bereits bei uns auf „London“ gespeichert ist.

Die Auswertung hat dann ergeben - - Ich bin dann bei drei Videos von den 150 hängen geblieben, die ich aber nicht dem Missbrauchsverfahren zugeordnet habe, weil ich dort nämlich keine strafrechtlich relevanten sexuellen Handlungen vorfinden konnte. Aber aufgrund der handelnden Personen und der Tatörtlichkeit war es so, dass es zumindest zu dieser Videoserie, die der Beschuldigte hergestellt hat, dazugehört hat. Deswegen habe ich die drei Videos dann auch auf „London“ zu dieser Videoserie gespeichert.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie hatten ja dann ein Ergebnis von dieser Auswertung. Können Sie uns mal kurz sagen: Wer wird dann im Bundeskriminalamt über so ein Ergebnis informiert? Machen Sie da einen Aktenvermerk? Oder wie sieht das aus?

**Zeuge Florian Gruber:** Im Bundeskriminalamt keiner, weil das ein Nullachtfünfzehn-Vorgang war, der nicht berichtenswert für meine Vorgesetzten war. Zur Erklärung muss gesagt werden: Das sexuelle Missbrauchsverfahren wurde von einer Landespolizei in Deutschland mit einer örtlichen Staatsanwaltschaft geführt, und ich hatte im BKA halt nur die Zuständigkeit, dieses Ermittlungsverfahren im Rahmen der nationalen und internationalen Zentralstellenfunktion zu unterstützen.

Dementsprechend habe ich dann in dem Vorgangsbearbeitungssystem einen Vermerk gemacht - sinngemäß; wie genau, wortwörtlich kann ich mich nicht mehr erinnern, aber das mache ich immer so -, dass die übermittelten Videos nicht strafrechtlich relevant sind für das Missbrauchsverfahren. Und dann habe ich meiner Erinnerung nach dieses nur telefonisch der örtlichen Kriminalpolizei von der Landespolizei, die das Verfahren zuständigkeitshalber geführt hat, mitgeteilt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Jetzt habe ich als Vorsitzende noch eine letzte Frage an Sie, Herr Gruber, und zwar: Sie haben uns geschildert, dass ein Neuvorgang angelegt wurde aus den Dateien der Operation „Spade“, die Sie bekommen ha-



ben. Sie haben ja für Ihre Vorgänge die Dateien geprüft, und dann wurde ein neuer Vorgang in „Paris“ angelegt.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielleicht schildern Sie uns das mal. Wer hat das entschieden, dass ein neuer Vorgang angelegt wird? Ist das üblich? Machen Sie das immer, wenn Sie solche Dateien haben? Das wüssten wir hier auch ganz gerne mal, wie so was abläuft.

**Zeuge Florian Gruber:** Das habe ich entschieden. Es ist ganz üblich, weil insbesondere in dem Deliktsbereich es an der Tagesordnung ist, dass man wie nach einem Dominoprinzip von einem Ermittlungsverfahren zum nächsten kommt. Aufgrund des Legalitätsprinzips habe ich ja eine neue Straftat entdeckt und dementsprechend entschieden, dass in diese Richtung halt ein Neuvorgang - - neue Ermittlungen zu führen sind.

Dann habe ich mir nur im Kopf die Frage gestellt, weil es bei uns im Referat so geregelt ist: Wir haben zwei Sachgebiete. Die Zuständigkeit für einen Neuvorgang wechselt nach der Kalenderwoche von Sachgebiet zu Sachgebiet. Also habe ich mir nur die Frage gestellt: Welches Sachgebiet ist denn dafür zuständig? Selbst wenn es jetzt meins gewesen wäre, dann hätte ich nicht mir den Vorgang selbst zugeordnet, sondern meinen Sachgebietsleiter gefragt, wem denn der Vorgang zuzuordnen gewesen wäre. Aber die Frage hat sich nicht gestellt, weil nämlich die Dateien in einer Kalenderwoche kopiert wurden, wo das Sachgebiet 1 für die Neuvorgänge zuständig war. Das war reiner Zufall. Dementsprechend habe ich jemandem vom Sachgebiet 1 dann mitgeteilt, dass ich diesen Neuvorgang unten im Serverraum unter „Paris“ abgelegt habe und dass der eben zu bearbeiten ist und zu verteilen ist. Wem ich das da mitgeteilt habe, daran habe ich keine Erinnerung mehr.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Und dazu gibt es auch keine Aktennotiz, wem Sie das mitgeteilt haben, aber Sie wissen, Sie haben es einem Kollegen oder einer Kollegin aus Sachgebiet 1 mitgeteilt?

**Zeuge Florian Gruber:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Allerletzte Frage von mir: Sind Sie dann noch weiter mit der Bearbeitung dieser Dateien befasst gewesen? Oder war für Sie dann die Befassung mit diesem Vorgang abgeschlossen, und Sie haben es quasi komplett übergeben an die Kolleginnen und Kollegen des Sachgebiets 1?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe es komplett übergeben. An der Operation „Selm“ habe ich nicht eine Sekunde als Zuständiger drin gearbeitet, oder auch als nicht Zuständiger.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Bis heute nicht?

**Zeuge Florian Gruber:** Bis heute nicht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Von meiner Seite herzlichen Dank, Herr Gruber. - Jetzt gehen wir über zur Befragung durch die Fraktionen. Wir machen das nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede. Jetzt hat zunächst der Kollege von der Fraktion Die Linke, Herr Tempel, das Wort. Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Danke schön. - Ich möchte mich erst mal dafür bedanken, dass Sie uns hier helfen, ein bisschen auch einen Überblick über Abläufe zu bekommen; denn darum geht es. Es geht also nicht darum, dass sich hier irgendjemand wegen irgendwas verteidigen muss, sondern - - Es sind ja in der Öffentlichkeit Fragen - auch über die lange Dauer eines solchen Bearbeitungsverfahrens - aufgetaucht. Da sind Sie für uns eben auch Experte. Insofern schon mal vorab ein Dankeschön für Ihre Aussagen.

Ich versuche jetzt hier, nachdem viele Fragen schon gestellt wurden, nach Möglichkeit nichts doppelt zu fragen. Aber wir haben geschildert bekommen, dass Sie mit einer ausgeliehenen BKA-Festplatte praktisch die Daten bekommen haben. Sind die in irgendeiner Form verschlüsselt gewesen? Sind die gesichert? Hat jeder, der diese Festplatte hat, die Möglichkeit, darauf zuzugreifen?

Das Gleiche würde ich dann anschließen, nachdem es auf den Server überspielt worden ist. Hat dann jeder auf diesen Server Zugriff? Ist das spe-



## 2. Untersuchungsausschuss

ziell gesichert? Braucht man spezielle Zugangsberechtigungen - - also, zum Ablauf dieser Daten, wenn Sie das noch mal erläutern könnten.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich wusste von der kanadischen Kollegin, dass sie die Dateien verschlüsselt nach Deutschland bringt. Dadurch, dass ich bei der Datenübergabe nicht dabei war und auch nicht auf die leere Festplatte geguckt habe, kann ich nicht sagen, ob die Dateien verschlüsselt von Selm nach Wiesbaden gekommen sind oder nicht. Das weiß ich nicht.

Zu der Frage zu unserem Serverraum. Es ist so, dass alle Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel haben, um diesen Serverraum zu betreten, sodass außerhalb des Referats SO 12 keiner auf den Server zugreifen kann. Des Weiteren sind die einzelnen Computerarbeitsplätze, die auf die Server zugreifen, passwortgeschützt. Das Passwort kennen auch nur Mitarbeiter von SO 12.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Nur noch mal eine Nachfrage - das habe ich nicht ganz verstanden -: Sie wissen also nicht, ob das verschlüsselt drauf war? Aber Sie haben es doch von der Festplatte auf den Server aufgespielt, dann müssten Sie doch wissen, ob es verschlüsselt war. Sie haben ja auch nach bestimmten Stichworten gesucht. Haben Sie da ein Passwort bekommen?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann mich nicht erinnern - aufgrund der Zeit und aufgrund der Masse von über 10 000 Verfahren, die ich in fünfeneinhalb Jahren bei SO 12 bearbeitet habe -, ob ich in diesem konkreten Fall ein Passwort angefordert habe, weil es verschlüsselt war. Dazu kann ich leider nichts sagen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Sie haben beschrieben, dass Sie nach bestimmten Stichworten gesucht haben. Ich würde Sie bitten, das genauer zu erläutern: Man macht die Datei auf. Geht man da nur über das Suchwort rein? Oder kriegt man einen Überblick darüber, was an sich in diesen Daten drin ist?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe die 150 Videos kopiert und mit der Suchfunktion nach einem Dateinamenbestandteil gesucht, der in diesen 150

Videos sein könnte. Das war meine Suche. Da hatte ich dann eben drei Treffer bekommen, die für mich erst mal relevant waren.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Excel-Dateien und so etwas werden dann nicht geöffnet? Es geht also rein nach dem Suchbegriff?

**Zeuge Florian Gruber:** Daran, ob ich da eine Excel-Datei geöffnet habe, kann ich mich nicht mehr erinnern, zumindest was die Dateinamen betrifft.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Wir machen ja noch mehrere Runden. Aber eine Frage hat mich während der ganzen unterschiedlichen Aussagen im Innenausschuss immer beschäftigt. Sie sind ja Angehöriger des BKA. Das BKA spielte ja bei allen Fragen rund um den NSU-Untersuchungsausschuss auch immer wieder eine Rolle. Haben Sie das insoweit selbst auch als Beschäftigter des BKA verfolgt? Kannten Sie den Name Edathy zum Beispiel aus der Presselage? Nur mal so, damit ich weiß, wie Kommunikation - - Ist das im BKA diskutiert worden? Haben Sie das mitbekommen?

**Zeuge Florian Gruber:** Dienstlich hatte ich davon überhaupt nichts mitbekommen, als Privatperson natürlich. Und logisch redet man darüber, ja.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Dann gebe ich erst einmal weiter.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Schuster, bitte sehr.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Herr Gruber, ich stelle nur ein, zwei Nachfragen, auch motiviert durch die Vorsitzende, dann macht die Befragung mit Ihnen Frau Woltmann. - Mich interessiert diese Kollegin aus Toronto. Wie kommt die auf Sie? Wie geht das?

**Zeuge Florian Gruber:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Es gibt Hunderte Möglichkeiten. Da kann ich jetzt nur spekulieren. Ich weiß es nicht.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie noch, ob sie direkt bei Ihnen am Apparat gelandet ist? Oder wurde sie durchgestellt?

**Zeuge Florian Gruber:** Sie hat mir direkt eine E-Mail geschrieben. Ich kann mich nicht daran erinnern, ob ich sie von vorher kannte; das liegt zu lange zurück. Ich weiß nur: Ich hatte praktisch einen Posteingang, der vermutlich strafrechtlich relevant war. Wie sie auf mich kam, das kann ich nicht mehr nachvollziehen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dieser direkte Weg aus dem Ausland: Wundert der Sie so wie mich jetzt oder ist das für Sie Tagesgeschäft?

**Zeuge Florian Gruber:** Das ist Tagesgeschäft.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Was mir nicht ganz klar geworden ist, ist die Frage, warum sie sich gemeldet hat. Hat sie sich gemeldet, weil sie glaubte, es gäbe einen Bezug zu Ihrem „Infrarot“-Verfahren? Oder hat sie sich gemeldet, weil sie Ihnen praktisch einen neuen Fall oder eine neue Serie übergeben wollte?

**Zeuge Florian Gruber:** So, wie ich sie verstanden hatte, hat sie sich aus dem Grund bei mir gemeldet, weil sie gedacht hat, sie kann die Ermittlungen in dem „Infrarot“-Verfahren unterstützen. Und als Nebenprodukt hat sie mir halt dadurch den Neuvorgang übermittelt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Eine Nachfrage dazu: Woher kennt die Kollegin den Vorgang „Infrarot“?

**Zeuge Florian Gruber:** Das kann wieder Hunderte Gründe haben. Den weiß ich nicht; da kann ich leider nur spekulieren. Aber im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs wird sie davon Kenntnis erlangt haben.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Aber nicht konkret von Ihnen?

**Zeuge Florian Gruber:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage von mir. Alles, was ich jetzt gehört habe, klingt fantastisch unbürokratisch. Da schlägt das Herz des Polizeibeamten etwas höher. Aber am Ende denke ich jetzt auch an Ihre Verantwortung im BKA: Wie schafft man das bei so einem großen Kriminalamt, bei so vielen Grubers, dass das dann am Ende auch den offiziellen Charakter bekommt, den ich mir jetzt als Laie vorstelle, unter dem Gesichtspunkt: „Das ist ja eine ziemliche Menge an Beweismitteln; daraus muss ein Ermittlungsverfahren entstehen; da muss die Staatsanwaltschaft kontaktiert werden“? Alles, was Sie bisher vorgetragen haben, ist, wie gesagt, fantastisch unbürokratisch, aber letztlich noch kein formelles Verfahren für mich, sondern eher ein Arbeitsverfahren. Können Sie das ergänzen?

**Zeuge Florian Gruber:** Ja. Später, wenn diese informelle Datenübermittlung, wie Sie es jetzt nannten, dann zum formellen Ermittlungsverfahren in Deutschland führt, entscheidet jede Staatsanwaltschaft für sich selbst, ob sie im Nachhinein über die justizielle Rechtshilfe diesen Akt der Beweismittelübermittlung von Kanada nach Deutschland formell noch einmal absegnet. Nach meiner Erfahrung kommt das aber so gut wie gar nicht vor.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Was kommt so gut wie gar nicht vor?

**Zeuge Florian Gruber:** Dass im Nachhinein mit einem justiziellen Rechtshilfeersuchen die Beweismittelübergabe in den formellen Charakter der justiziellen Rechtshilfe gegossen wird.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das habe ich verstanden. Mir ist aber noch nicht ganz klar: Wann wird denn so ein Verfahren innerhalb des Bundeskriminalamts, ich sage mal, so richtig formell?

**Zeuge Florian Gruber:** In dem Moment, wo das bei mir im persönlichen Postfach drin ist. Als Polizeibeamtem ist es mir egal, wie ich Informationen über strafrechtlich relevante Inhalte erhalte; in dem Moment, wo ich sie erhalte, bin ich in der Pflicht, das formell für das BKA in einen Auswertevorgang, in ein Ermittlungsverfahren über-



## 2. Untersuchungsausschuss

gehen zu lassen. Das liegt in meiner Verantwortung. Und die nehme ich wahr.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Ich breche erst einmal ab.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Ich mache dann weiter. - Auch wenn jetzt schon diverse Fragen zum Ablauf und zu den Interna gekommen sind, möchte ich doch noch einmal einen Schritt zurückgehen zu Ihrem beruflichen Werdegang; das ist vorhin ein bisschen kurz und knapp nur abgehandelt worden. Ich würde von Ihnen gerne noch ein bisschen mehr darüber hören, wann Sie zum BKA gekommen sind, welche Aufgaben Sie vorher hatten und wann Sie dann auch in diese Abteilung SO 12 gekommen sind. Wenn ich das richtig weiß, wird man dahin nicht pflichtversetzt, wenn ich das so sagen darf, sondern das geht immer nur im persönlichen Einvernehmen. Was hat Sie bewogen, dann in dieser Abteilung, bei SO 12 zu arbeiten? Wie lange haben Sie da gearbeitet? Nein, das haben Sie schon gesagt: fünfeinhalb Jahre. Wie ist dann Ihr beruflicher Werdegang weitergegangen? Was machen Sie jetzt konkret beim BKA?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich wurde am 01.04.2004 im BKA eingestellt und habe da meine dreijährige Fachhochschulausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt und Kriminalkommissar zur Anstellung beendet. Direkt nach der Ausbildung habe ich mich dann freiwillig dafür gemeldet, bei SO 12 eingesetzt zu werden, nämlich ab dem 01.04.2007. Die Motivation lag darin, dass ich im Rahmen der dreijährigen Ausbildung ein Praktikum bei einem Ermittlungsreferat der Abteilung SO gemacht habe, das drei Monate gedauert hat. In diesem Ermittlungsreferat wurden Ermittlungsverfahren wegen schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern - - wo eben auch durch Beweismittel - vom Täter hergestellte Videos - diese Missbrauchstaten dokumentiert waren. Ich fand diesen Deliktsbereich aus kriminalistischer Sicht äußerst interessant und die Arbeit äußerst motivierend. Aus dem Grund habe ich mich dafür gemeldet.

Ich war dann bis zum 01.10.2012 bei SO 12 und habe mich dann freiwillig entschieden, mich um-

zuorientieren und etwas ganz anderes zu machen. Ich bin jetzt in der Forschungsabteilung vom BKA.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Es ist ja schon angesprochen worden, dass Sie seinerzeit an dem Verfahren „Infrarot“-Serie gearbeitet haben. Worum ging es da? Ging es da um konkrete Misshandlungen von Kindern? Was war da genau das Thema? Und wie lange haben Sie dann an dem Verfahren gearbeitet?

Eine Zusatzfrage auch dazu: Ist das ein Verfahren gewesen, wo man dann beim BKA sagte: „Ja, das ist ein Verfahren, an dem vorrangig gearbeitet werden muss“? Stand das auch in der Priorität ganz oben?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich hatte, wiederum ausgehend von einem anderen schweren sexuellen Missbrauchsverfahren, 2008 neun Videos identifiziert, die in dieses „Infrarot“-Ermittlungsverfahren geführt hatten. Als Tatort kam mutmaßlich Deutschland in Betracht. Über verschiedene kriminaltechnische, kriminalistische Maßnahmen konnte der Tatort dann identifiziert werden in einem Bundesland. Das war im Jahr 2010. Der Täter konnte festgenommen und in U-Haft gebracht werden.

Das Verfahren war von der Qualität her zumindest auf meinem Schreibtisch nach meiner Einschätzung schon in einer höheren Priorisierung, obwohl keine Kindeswohlgefährdung vorlag oder die Gefahr eines andauernden sexuellen Missbrauchs, weil die Taten sehr lange zurücklagen und die Opfer bereits volljährig waren, als ich das bearbeitet hatte. Aber dennoch ist es grundsätzlich so, dass Missbrauchsverfahren immer prioritär gegenüber Besitzverbreitung-/Kinderpornografie-Verfahren geführt werden.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Und das war auch das Verfahren, das Sie bearbeitet haben, als es zu der Kontaktaufnahme der Kollegin aus Kanada gekommen ist?

**Zeuge Florian Gruber:** Korrekt.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Zur Kontaktaufnahme ist ja schon gefragt worden, dass eben die kanadische Kollegin an Sie herangetreten ist und Sie nun aber auch nicht wissen, warum direkt an Sie. Dann die Frage: Sie hatten im Innenausschuss des Bundestages gesagt, dass die kanadischen Behörden auch auf die Firma Azov Films hingewiesen hatten. Kannten Sie diese Firma? Hatten Sie von dieser Firma vorher schon mal gehört bei Ihren anderen Tätigkeiten? Hatte diese Firma auch schon eine aktive Rolle in Ihren Verfahren gespielt? War Ihnen das bekannt?

**Zeuge Florian Gruber:** Es gab Verdachtsmomente in dem „Infrarot“-Verfahren, dass der Beschuldigte die hergestellten Videos verkauft hat. Ob mir da auch die Schlagworte „Azov Films“ oder „Kanada“ bekannt wurden, daran habe ich keine Erinnerung mehr.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Okay. Also auch keine ganz konkreten Informationen über diese Firma Azov Films? Die sind Ihnen nicht bekannt?

**Zeuge Florian Gruber:** Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Dann möchte ich auch noch mal auf die Vereinbarung mit den Kanadiern zurückkommen, was dann ja dazu geführt hat, dass es zu diesem Austausch auf dieser Tagung in Selm gekommen ist. Ist das üblich, dass Informationen, die aus dem Ausland kommen, bei solchen Tagungen, wie auch immer, auf diesem Wege übergeben werden? Sie haben in Ihrer ersten Aussage damals gesagt, ja, das sei so ein leichter Weg der Übergabe. Das ist es sicherlich. Die erste Frage ist: Ist das üblich? Kommt das häufiger vor? Und: Welche anderen Wege werden sonst für eine Übergabe solcher, ich sage mal, ja auch brisanten Unterlagen gewählt?

**Zeuge Florian Gruber:** Es ist nichts Außergewöhnliches, diese Form der Übergabe, aber es kommt nicht täglich vor. Es gibt internationale Tagungen, Fortbildungsveranstaltungen, wo man die Kollegen vom Ausland trifft, die im gleichen Deliktsbereich arbeiten. Bei solchen Anlässen ist es nichts Ungewöhnliches, dass Beweismittel übergeben werden, dass Fälle durchgesprochen

werden, was ja auch teilweise Sinn der Tagungen ist. Das ist eine Möglichkeit. In der Regel erfolgt die Beweismittelübermittlung aus dem Ausland per Post oder über die Verbindungsbeamten.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Darf ich kurz eine Zwischenfrage stellen?

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Ja, gerne.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie sagten: in der Regel. Wenn das so kommt: Ist das dann im BKA eher ein Top-down-Verfahren, dass das irgendwo in der Mitte bei Ihrem Sachgebietsleiter, Referatsleiter oder Abteilungsleiter formell ankommt, und er gibt das dann in die richtige Richtung? Oder kommt das dann auch bei Florian Gruber direkt an?

**Zeuge Florian Gruber:** Wenn es ein Neuvorgang ist, dann kommt es neutral im Referat rein. Dann ist der Postverteiler dafür zuständig, das weiter im Referat zu verteilen. Wenn es aber ein Bezugsverfahren ist, dann kann draufstehen: zu Händen Herrn Florian Gruber. Dann würde der Postverteiler mir das direkt in meinen Posteingang legen, ohne dass er sich das anguckt.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Wenn es kein Bezugsvorgang ist, dass also nicht gleich auch ein Name draufsteht: Ist es bei Ihnen im Hause, im BKA, geregelt, wie die Aufgaben verteilt werden, welcher Vorgang zu welchem Sachbearbeiter geht? Gibt es dafür dienstliche Regelungen?

**Zeuge Florian Gruber:** Da bin ich der falsche Ansprechpartner. Ich kenne keine solchen dienstlichen Regelungen. Ich kann auch nicht für das ganze BKA sprechen.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Nein, für Ihren Arbeitsbereich.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann nur sagen: Bei SO 12 war es so, dass die Sachgebietsleiter entschieden haben, welcher Sachbearbeiter welchen Vorgang bekommt. Wie da die Entscheidungskriterien sind, das kann ich nur mutmaßen. Das weiß ich im Detail nicht.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage zu der Übergabe in Selm. Sie haben gesagt: Ja, es ist durchaus ein normaler, üblicher Vorgang; es kommt nicht ständig vor; es gibt auch andere Wege. - Als ich das gelesen oder auch gehört habe, habe ich mich schon gefragt: Wenn ich so eine Festplatte übergebe, und ich bin da zwei Tage oder wie lange auch immer auf so einer Tagung, wie sichere ich denn dann dort eine solche Festplatte? Insofern war ich dann doch ein bisschen überrascht, dass es doch durchaus häufiger, wie Sie sagen, zu solchen Übergaben kommt, wo man dann ja - wahrscheinlich findet die Tagung in einem Hotel oder wo auch immer statt - zwei Tage mit dieser Festplatte irgendwie unterwegs sein muss. Wie läuft das? Wissen Sie etwas darüber?

**Zeuge Florian Gruber:** Da kann ich nur spekulieren. Ich kann dazu nichts sagen. Ich weiß dazu nur: Die ausländische Kollegin hat mich gefragt, wie konkret sie es herbringen soll und ob sie es nach deutschem Recht darf. Dann habe ich ihr erklärt: Wenn sie es verschlüsselt mitbringt - und sie bringt es ja dann in dienstlicher Funktion mit und nicht privat -, damit braucht sie keine Angst zu haben, dass sie sich strafrechtlich etwas zuschulden kommen lässt nach 184 b. Daher weiß ich, wie sie das gehandelt hat. Wie es meine zwei Kollegen gehandelt haben, das weiß ich nicht.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Aber die Sorge war schon da, zu sagen: Mache ich mich eigentlich strafbar, wenn ich ein solches Medium mit nach Deutschland nehme?

**Zeuge Florian Gruber:** Ja.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Dieses Bewusstsein war also bei der ausländischen Kollegin da?

**Zeuge Florian Gruber:** Die Sorge wäre bei mir genauso da gewesen. Das ist üblich, dass sich jeder Kollege dann beim Kollegen des Ziellandes informiert, wie denn die gesetzlichen Regelungen sind; denn die kennt man ja nicht im Detail.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Gut. - Dass Sie zwischen 2011 und 2014 noch mal an der Operation „Selm“ mitgearbeitet haben, haben Sie vorhin schon verneint, wenn ich das richtig verstanden habe. Oder haben Sie später noch einmal an der Operation „Selm“ mitgearbeitet, und wenn ja, ab wann, wie lange, und was war da Ihre konkrete Aufgabe?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe nie vor 2012 und nie nach 2012 an der Operation „Selm“ mitgearbeitet.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Das war es erst einmal von meiner Seite.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben wir noch Zeit?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie haben noch zehn Minuten.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Gruber, Sie haben gesagt: Ich kann da nur mutmaßen. - Aber Sie sind ja jetzt lange genug Kriminalpolizist, ich würde deshalb nach Ihrer Meinung fragen. Es gibt ja unterschiedliche Fälle, die bei Ihnen reinkommen, von unterschiedlicher Tragweite, auch was die Opfer angeht. Können Sie mal grob Kategorien aufzeigen, so eskalierend: Was ist die schlimmste Form? Was ist vielleicht die moderateste? Und vor allen Dingen: Woran orientieren Sie sich, wenn Sie „Priorität des Falles“ sagen?

**Zeuge Florian Gruber:** Die Priorität des Falles orientiert sich immer an dem Rechtsgut, das verletzt wurde, und an dem Rechtsgut, das es vielleicht zu schützen gilt. Der schlimmste Fall ist ein Gefahrenabwehrvorgang, wo klar ist, dass aktuell in dieser Sekunde ein Säugling missbraucht wird, weil in diesem Moment vom Ausland ein Fax reinkam oder eine sonstige Nachricht, wo das dokumentiert ist. Das ist der Worst Case. In der zweiten Abstufung sind es dann repressive Verfahren nach der Strafprozessordnung wegen Verdachts des sexuellen Missbrauchs, wo nicht ausgeschlossen werden kann, dass der sexuelle Missbrauch andauert, ohne dass man dafür konkrete Hinweise hat. Nächste Priorität: Repressive



## 2. Untersuchungsausschuss

Verfahren nach der Strafprozessordnung wegen Verdachts des sexuellen Missbrauchs, wo die Verdachtsmomente darauf hindeuten, dass der Täter aktuell keinen Missbrauch mehr durchführt. In der nächsten Stufe darunter kommen die Kinderpornografieverfahren, wo es um Verkauf und Verbreitung von Kinderpornografie geht, und in der untersten Priorität die Ermittlungsverfahren, wo es um den Besitz von Kinderpornografie als Verdachtsmoment geht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie „Infrarot“, „Tornado“ und „Spade“/„Selm“ versuchen zuzuordnen?

**Zeuge Florian Gruber:** Da muss ich mir jetzt kurz Gedanken machen. Die Frage ist sehr schwer zu beantworten, weil in „Tornado“ und „Selm“ - - Das ist ja nicht ein Vorgang; das sind ja Hunderte, Tausende. Bei diesen Umfangsverfahren gibt es definitiv immer wieder einzelne Verfahren, die herausstechen und dann aus verschiedenen Gründen hervorgezogen werden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Versuchen Sie es trotzdem.

**Zeuge Florian Gruber:** Bei der Operation „Selm“ tue ich mich da sehr schwer, weil ich nie in die Sachbearbeitung eingebunden wurde. Ich kenne - - Die Faktenlage ist mir da zu dünn, als dass ich dazu etwas sagen will. Bei „Tornado“ war ich als Sachbearbeiter eingesetzt. Da ist es so, dass „Infrarot“ in der Priorität höher ist als die Gesamtoperation „Tornado“. Aber ich war nicht bei allen Einzelverfahren bei „Tornado“ als Sachbearbeiter eingesetzt. Deswegen kann es gut sein, dass ein Einzelverfahren unter „Tornado“ dann von der Priorität her über „Infrarot“ zu werten gewesen wäre.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber diese beiden Verfahren - das höre ich jetzt jedenfalls raus - waren nach Ihren Kategorien relativ hoch eingestuft.

**Zeuge Florian Gruber:** Welche zwei meinen Sie?

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Entschuldigung. „Infrarot“ und „Tornado“.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja. „Tornado“, weil es da ja auch um Geldflüsse ging, ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gibt es bei dieser Einstufung ansonsten noch Kriterien, die Sie nicht aufgezählt haben? Ich nenne ein Beispiel. Ich habe jetzt auch bei Ihnen im Haus schon gelernt, dass Sie ganz oft Informationen kriegen, die mit digitalen Spuren zu tun haben und wo man schnell handeln muss; sonst sind sie weg.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja, Sie haben recht. Das, was ich vorher beschrieben habe, war die Priorisierung nach der Gefahr, nach der Verdachtslage. Dann gibt es gleichzeitig noch eine Priorisierung nach der Beweislage. Und da ist es natürlich so, dass nach der ersten Prüfung, dass überhaupt eine strafrechtliche oder eine gefahrenrechtliche Relevanz vorliegt, das im Kopf oder in der Sachbearbeitung parallel passiert, die Bewertung nach dem verletzten Rechtsgut und die Bewertung: Inwieweit habe ich flüchtige Beweismittel vorliegen, oder habe ich Beweismittel vorliegen, die bereits ausreichen, dass die Person identifiziert ist? - Als konkretes Beispiel, weil in dem Moment dann die Zuständigkeit vom BKA aufgrund der örtlichen Zuständigkeit der Landespolizei endet.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Darf ich fragen: Bei Ihrer Einsichtnahme aus den Unterlagen von „Selm“, hatten Sie da den Eindruck, dass es sich da um flüchtige Beweismittel handelt, dass da Anhaltspunkte da waren, dass die gegebenenfalls nicht von längerer Dauer sein könnten?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe mir die Beweismittel zu „Selm“ -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Nicht angeschaut?

**Zeuge Florian Gruber:** - hinsichtlich dieser Bewertung nicht angeguckt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Ich meinte jetzt auch bei Ihrer Suche nach den Dateielementen, bei denen Sie dann auch drei Treffer erreicht hatten.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Florian Gruber:** Diese Suche hat definitiv nicht dazu gedient, um eine Bewertung vorzunehmen, ob Beweismittel bei OP „Selm“ flüchtig sind oder nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Eine Frage habe ich noch hinsichtlich der Masse; denn für uns sind es ja tatsächlich Dimensionen, die man sich immer kaum vorstellen kann. Das hat Sie aber nicht überrascht, was von dieser Festplatte massenmäßig - - Auch das ist eher der Normalfall, dass Sie bei solchen Ermittlungsvorgängen auf solche Massen stoßen?

**Zeuge Florian Gruber:** Ja, das ist der - - „Normalfall“?

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Na ja, im übertragenen - -

**Zeuge Florian Gruber:** Es ist nichts Außergewöhnliches.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Danke.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Ich will noch mal eine Bewertung machen, die aber jetzt bewusst nur von mir kommt. Das muss ich erst noch im Rahmen dieses Ausschusses beweisen, aber ich meine, verstanden zu haben, dass „Spade“ und „Selm“ wahrscheinlich eher keine flüchtigen Spuren hat, Beweise hatte. Deshalb mal die Frage: Können Sie mal aus Ihrem Erfahrungsschatz uns erläutern: Wie oft kommt das vor, dass flüchtige Spuren, Beweise da sind? Also, ist das eher üblich oder nicht?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, die Verfahren, die bei uns reinkommen, die sind jeweils so was von individuell, dass eine pauschale Aussage dazu nicht möglich ist. Es kommt aber nicht selten vor, dass man flüchtige Beweismittel hat.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Beispiele? Oder was sind da die häufigsten Formen?

**Zeuge Florian Gruber:** Die häufigsten Formen, die insbesondere bei den Ermittlungen wegen der Zuständigkeit von uns - - Beim BKA geht es ja da-

rum, eine örtliche Zuständigkeit zu begründen, um es dann abzugeben an die Landespolizei. Dementsprechend ist die Identifizierung von Opfer, Tatort oder Täter das erste kriminalistische Ziel, das man erreichen will, und dementsprechend sind die Spuren, die Täter oder Opfer im Internet hinterlassen, in der Regel flüchtig, ja.

**Barbara Woltmann (CDU/CSU):** Eine Frage noch von mir, auch gerade im Hinblick auf die Zentralstellenfunktion des BKA. Vielleicht können Sie noch mal schildern, was genau Aufgabe - also generell, auch aufgrund Ihrer Erfahrung -, was Ihre Aufgabe dann ist für das BKA als Zentralstellenfunktion, bevor Sie das dann weitergeben können an die Länder, an die LKÄs oder die örtliche Staatsanwaltschaft, die dann letzten Endes dafür zuständig ist. Ich frage das vor dem Hintergrund, weil wir haben ja festgestellt im Verfahren „Selm“: Es hat alles seine Zeit gedauert. Auch Sie haben es geschildert. Es ist ja auch eine unwahrscheinliche Masse an Daten, die kommt. Sie haben auch davon gesprochen, eben den Versuch zu unternehmen, Täter und Opfer zu identifizieren. Deswegen schließt sich da auch meine weitere Frage an: Wie ist - - Oder kann man das überhaupt pauschalierend sagen? Wie schnell können Sie eigentlich die Beweismittel, die Unterlagen so aufbereiten, dass sie auch weitergegeben werden können? Aber dazu möchte ich erst noch mal hören: Was ist ganz konkret dann Aufgabe des BKA, bevor Sie das weitergeben können?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, ich will es gerne mal an einem Beispiel schildern: Ich bekomme einen Neuvorgang aus dem Ausland. Den bekomme ich, weil Deutschlandbezug vorherrscht. Im ersten Moment prüfe ich: Gibt es eine strafrechtliche Relevanz oder eine gefahrenabwehrrechtliche Relevanz nach deutschem Recht? Ist das bejaht, prüfe ich im zweiten Schritt: Ist das BKA zuständig für die Ausermittlung? Bei Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch ist das nie der Fall, sodass immer das Strafverfahren in der örtlich zuständigen Polizeidienststelle, wo Opfer, Täter oder Tatort zu lokalisieren sind - - Wenn ich das bereits kann, dann ich kann es bereits abgeben an die Landespolizei. Kann ich es aber nicht von der örtlichen Zuständigkeit eingrenzen, dann muss ich so lange ermitteln in



## 2. Untersuchungsausschuss

dem Vorgang, bis ich die örtliche Zuständigkeit begründen kann, und dementsprechend dann eben versuchen, Täter, Tatort oder Opfer zu identifizieren.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Im Umkehrschluss - - Darf ich eben noch mal zwischenfragen?

**Armin Schuster (Weil am Rhein)** (CDU/CSU): Ja.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Nur so weit geht dann Ihre Ermittlungstätigkeit, bis Sie das klar örtlich zuordnen können.

**Zeuge Florian Gruber:** In der Regel ja. Dann gibt es noch den Ausnahmefall, dass die örtliche Staatsanwaltschaft nach § 4 BKAG ausnahmsweise das BKA um die Ermittlungen ersuchen kann. Wenn das geschieht und wir geben diesem Ersuchen statt, dann werden die Ermittlungen vom BKA weitergeführt; aber das ist in den seltensten Fällen. In der Regel geht es an die Landespolizei.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank, Herr Gruber. - Der Wecker klingelt, weil die Frage- und Antwortzeit damit von der CDU/CSU-Fraktion jetzt um ist. - Jetzt geht es weiter mit der Fraktion Die Grünen. Frau Mihalic hat das Wort. Bitte sehr.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch noch mal von mir. Herzlichen Dank, Herr Gruber, dass Sie uns helfen, hier einen tieferen Einblick in diese Abläufe zu bekommen. - Ich habe zunächst erst mal eine ganz einfache Frage, und zwar: Sie sind ja per E-Mail kontaktiert worden aus Kanada. Sie haben vorhin angegeben, dass Sie die Kollegin jetzt auch erst mal nicht persönlich gekannt haben. Auch da würde ich gerne noch einmal wissen: Kommt es öfter vor, dass diejenigen, die Sie vielleicht aus dem Ausland kontaktieren, Ihnen gar nicht persönlich in irgendeiner Art und Weise bekannt sind? Und - ich bitte, diese Frage jetzt nicht provokant zu verstehen - ist es üblich, dann auf E-Mails zu antworten von Absendern, die man nicht kennt? Ich meine, ich frage das vor dem

Hintergrund, dass es ja auch denkbar wäre, dass das keine echte E-Mail ist beispielsweise und dass da jemand was herausfinden will über irgendein Verfahren.

**Zeuge Florian Gruber:** Sie haben recht. Das ist der Ausnahmefall. Mir ist aber in dem Moment gerade eingefallen, dass nachrichtlich ein Kollege von meinem Referat an dieser E-Mail beteiligt war, und ich glaube, mich erinnern zu können, dass er diese Kollegin kannte und ich auch kurz mit ihm darüber gesprochen hatte, über diese E-Mail. Also, ich hatte keine Zweifel aufgrund des Inhalts, aufgrund der - -

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An der Echtheit.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja, genau.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns ganz kurz sagen, wie der Kollege heißt oder hieß?

**Zeuge Florian Gruber:** Das ist Frank Feßler.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Jetzt hat der Kollege Schuster vorhin schon so nett bemerkt, dass das alles erstaunlich unbürokratisch verläuft. Sie haben uns ja auch schon Angaben dazu gemacht, dass in manchen Verfahren dann im Nachgang über die Staatsanwaltschaft solche Beweismittelübergaben dann auch formal in den richtigen juristischen Rahmen gebracht werden.

Was mich jetzt etwas erstaunt hat - und da bitte ich Sie, dazu auszuführen -: Werden denn dazu keine Vermerke oder dergleichen angelegt über solche Kontaktaufnahmen, oder schreiben Sie das irgendwie nieder: „Am soundsovielten gab es eine Kontaktaufnahme von der Kollegin aus Kanada“ - ich sage das jetzt mal ganz untechnisch -, um sozusagen diese Abläufe irgendwie zu dokumentieren? Oder wird das auch irgendwie dokumentiert, wie dann solche Beweismittel übergeben werden, einfach, um es hinterher auch nachvollziehen zu können?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Florian Gruber:** Diese Übergabe wird dadurch dokumentiert, dass eins zu eins der Schriftverkehr im VBS abgelegt wird.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der E-Mail-Verkehr?

**Zeuge Florian Gruber:** Der E-Mail-Verkehr, die Kontaktaufnahme. Wenn es ein Telefonat gegeben hätte, hätte man einen Gesprächsvermerk verfasst.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hätten Sie eine Telefonnotiz gefertigt und so?

**Zeuge Florian Gruber:** Genau.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge Florian Gruber:** Es wird jegliche Kontaktaufnahme, die Relevanz hat für die Arbeit, dokumentiert.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine Frage zu der Festplatte. Wissen Sie noch, wem genau Sie die 2-Terabyte-Platte mitgegeben haben, dem Kollegen Liersch oder der Kollegin Wiegand?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, meiner Erinnerung nach habe ich sie der Kollegin Wiegand mitgegeben.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und haben Sie die Festplatte dann auch hinterher von der Kollegin Wiegand wieder übernommen, oder war das der Kollege Liersch?

**Zeuge Florian Gruber:** Daran habe ich leider keine Erinnerung.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben vorhin angegeben, dass Sie die Daten dann im Serverraum überspielt haben und dass Zugang zu diesem Serverraum im Prinzip alle aus dem Referat SO 12 haben. Daraus entnehme ich jetzt erst mal, dass dann natürlich auch diejenigen Kolleginnen und Kollegen eben auf diese Beweis-

mittelablage zugreifen können. Gibt es denn außerhalb des Serverraums im System irgendwie noch einen Zugriff auf diese Beweismittelablage, oder ist das nur im Serverraum möglich?

**Zeuge Florian Gruber:** Der ist abgeschottet von jeglichen anderen Kommunikationsmitteln und Systemen im BKA, nach meinem Kenntnisstand.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also Sie haben keine Möglichkeit irgendwie von außerhalb?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie können darüber nichts sagen. Okay, gut. Aber Sie wissen nicht, ob es andere können?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe keine Ahnung, wie, was das Konzept und das IT-Technische von diesem Serverraum betrifft.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann haben Sie vorhin auf eine Frage geantwortet dergestalt, dass Sie eine Mitteilung an das Sachgebiet 1 gemacht haben, dass da auf „Paris“ dieser Vorgang liegt. Sie können sich aber nicht mehr erinnern, an wen genau.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann mich nur noch erinnern, dass ich es mündlich gemacht habe.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie denn noch, wann das geschehen ist?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, das müsste meiner Erinnerung nach an dem Tag geschehen sein, wo ich meine Auswertung bezüglich dem Infrarotverfahren abgeschlossen hatte. Und demnach müsste es der 03.11.2011 gewesen sein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine Nachfrage bezüglich der Excel-Dateien. Also, die Festplatte, die Ihnen übergeben wurde, enthielt ja nicht nur Videos, sondern darauf war auch diese berühmt-berühmte Kundenliste zu finden. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sich jetzt auch nicht genau erinnern können, ob Sie Excel-Dateien geöffnet haben oder



## 2. Untersuchungsausschuss

so. Ich will deswegen noch mal genau nachfragen, weil wir natürlich über diese Kundenliste noch häufiger reden werden und das auch mehr oder weniger des Pudels Kern unserer Untersuchung hier ist. Also, Sie haben auch keine konkrete Erinnerung an diese Kundenliste?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, falls ich mich vorher missverständlich ausgedrückt habe: Ich habe eine Excel-Liste geöffnet. Ich habe sie aber nicht geöffnet, um damit die Auswertung von den Videos, an denen ich interessiert war, zu befördern, sondern ich wollte einzig und allein ausschließen - ich wusste, dass es eine Kundenliste ist -, dass nicht vielleicht auch die Lieferanten, die Verkäufer darin gespeichert sind, weil ich die Erfahrung gemacht habe im internationalen polizeilichen Dienstverkehr - dadurch, dass Englisch ja nicht die Muttersprache von allen ist -, dass manchmal die Beschreibungen von den Beweismitteln und auch von den Tathandlungen, die angeblich in dem Beweismittel drin sind, eben fehlerhaft sind. Und deswegen wollte ich ausschließen, dass halt nicht nur Kunden darin waren, sondern vielleicht auch Lieferanten und vielleicht auch der Beschuldigte von meinem Missbrauchsverfahren.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie sind Sie da vorgegangen? Wir haben ja im Innenausschuss viel darüber gehört, dass dann irgendwie gescrollt wird oder so. Also, haben Sie sich das im Detail angeguckt, oder haben Sie da einfach nur - -

**Zeuge Florian Gruber:** Ich habe die Excel-Tabelle aufgemacht. Anhand des Balkens an der rechten Seite kann man ja sehen, ob eine Excel-Tabelle nur ein paar Zeilen enthält oder Hunderte, Tausende. Der Balken war ganz klein. Aus dem Grund, um Zeit zu sparen, habe ich einfach nur auf „Bearbeiten“/„Suchen“ geklickt und habe personenbezogene Daten von dem Beschuldigten des Missbrauchsverfahrens eingegeben.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War das dann auch irgendwie nutzbar für Sie letzten Endes, also für das Verfahren, das Sie konkret bearbeitet haben, was Sie dann - -

**Zeuge Florian Gruber:** Es war nur in der Hinsicht nutzbar, dass ich darin keine relevanten Informationen gefunden habe für mein Missbrauchsverfahren.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, Herr Gruber. - Dann habe ich noch eine abschließende Frage. Das zielt so ein bisschen auch auf Ihre Erfahrung, die Sie inzwischen im Bundeskriminalamt insbesondere mit der Bearbeitung solcher Fälle gesammelt haben, weil wir als Untersuchungsausschuss wollen ja auch gewisse Dinge nach vorne denken wollen und am Ende vielleicht auch Empfehlungen dafür aussprechen, wie man halt eben vielleicht auch in solchen Dingen verfährt oder generell. Wenn ich die nur kurz - - Gibt es aus Ihrer Sicht Erfahrungen oder Punkte bei Ihrer Arbeit oder bei der Arbeit des Referats SO 12 - insbesondere bei der Bearbeitung solcher Massenverfahren -, die irgendwie verändert, verbessert werden können oder sollten? Oder sagen Sie, das läuft alles prima?

**Zeuge Florian Gruber:** Das ist eine schwierige Frage.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich verstehe das, ja.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich mache es mal ganz einfach: Natürlich würde mehr Personal bedeuten: eine schnellere Bearbeitungszeit.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ja schon mal eine Aussage.

**Zeuge Florian Gruber:** Die Arbeitsabläufe sind meiner Meinung nach opti- - Ja, meiner Ansicht nach, soweit ich das einschätzen kann, wie ich so ein Umfangsverfahren bearbeite - ich kann nicht für die anderen sprechen -, dann wüsste ich nicht, was ich verbessern hätte können.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich weiß nicht, wie die anderen Kollegen sie bearbeiten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Die Fragezeit, genau.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich warte dann auf die nächste Runde.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja, super. Herzlichen Dank, Frau Mihalic. - Das Fragerecht wechselt jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Grötsch hat das Wort.

**Uli Grötsch** (SPD): Herr Gruber, ich will versuchen, zum Untersuchungsauftrag des Ausschusses zurückzukehren, und komme zurück auf den Serverraum, den Sie vorhin angesprochen haben. Und zwar wurde im Innenausschuss ziemlich oft die Frage gestellt bei den Befragungen, ob es denn möglich gewesen sein könnte, dass derjenige, der im Untersuchungsauftrag als BKA-Beamter X bezeichnet wird, Zugang zu dem Serverraum hatte. Das wusste man noch gar nicht, dass das ein Raum war, in dem Server stehen, sondern wir hatten, glaube ich, mehr so einen Desktop-PC vor uns - Sie können sich vorstellen, was ich meine -, der in einem Raum steht. Es ging eben um den Zugang.

Jetzt haben Sie vorhin gesagt, dass die Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel zu dem Raum haben, also reinkönnen, was ja sehr sinnvoll ist. Halten Sie es denn für möglich - das ist meine erste Frage -, dass jemand anderes außerhalb von SO 12 Zugang zu dem Raum, zu dem Serverraum erlangen konnte, in dem die Ablage „Paris“ stand? Meine erste Frage.

Meine zweite Frage ist: Wenn jetzt der bezeichnete Kollege, der von Frau Wiegand auf der Liste entdeckt wurde, der ja keinen Schlüssel für den Raum hatte, trotzdem hineingewollt hätte und wäre dann zu jemandem von SO 12 gegangen und hätte gesagt: „Du, ich müsste mal in den Serverraum, weil ich da irgendwas will, und ich müsste am besten noch alleine drin sein, weil ich da mal was nachschauen muss“, was glauben Sie denn, wie der Kollege von SO 12 - wer immer es auch gewesen wäre - reagiert hätte?

Meine dritte Frage ist: Würde so etwas dokumentiert? Wenn also jemand von SO 12 seinen Schlüssel zur Verfügung stellt, damit jemand anderer in den Serverraum gelangen kann, würde so was dokumentiert werden?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Bevor Sie antworten, Herr Gruber - entschuldigen Sie bitte -, unterbreche ich kurz, damit Herr Akmann das Wort bekommt. Bitte sehr, Herr Akmann.

**MR Torsten Akmann** (BMI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich glaube, der Zeuge muss sich hier nur zu Tatsachen äußern. Das sind ja hypothetische Fragen. Ich denke - -

**Uli Grötsch** (SPD): Wie bitte?

**MR Torsten Akmann** (BMI): Das sind hypothetische Fragen, die Sie stellen. Er muss sich zu Tatsachen äußern hier, der Zeuge.

**Uli Grötsch** (SPD): Dann frage ich direkt, Herr Gruber. Ist es jemand anderem außer Mitarbeitern von SO 12 möglich, in den Raum zu gelangen?

**Zeuge Florian Gruber:** Was ist nicht möglich?

**Uli Grötsch** (SPD): Sich hineinzuzaubern, sage ich mal, ist nicht möglich.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich weiß nicht, wie ich darauf antworten soll.

**Uli Grötsch** (SPD): Ich würde - - Sie haben gesagt - -

**Zeuge Florian Gruber:** Nach meinem Kenntnisstand hat kein anderer wie die Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel. Inwieweit sich jemand anders unberechtigt Zutritt verschaffen will/kann, dazu kann ich nichts sagen.

**Uli Grötsch** (SDD): Ich glaube, das wäre bemerkt worden, wenn sich jemand unberechtigt Zutritt verschafft hätte. Das würde dann heißen, dass man eine Tür, die man ansonsten aufsperrt, aufbricht. Das würde ich mal so sagen wollen.

Wir hatten letzte Woche in der letzten Sitzung eine Expertenanhörung, wie Sie vielleicht mitgekommen haben, in der es auch um den ganzen Deliktsbereich geht, in dem Sie arbeiten, für uns weitestgehend ein unbekannter Deliktsbereich. Ich ziehe meinen Hut so tief ich kann vor Ihrer Arbeit. Wir sind dabei auf die Problematik gesto-



## 2. Untersuchungsausschuss

ben, wie Bilddateien einzustufen sind, gerade im Bereich der Jugendpornografie, was Posing-Fotos angeht usw. usf. Können Sie mir aus Ihrer Arbeit sagen: Wie oft stoßen Sie an so eine Grenze, wo Sie dann sagen: „Ich bin mir nicht mehr sicher, ob das strafrechtlich relevant oder nicht relevant ist“? Wenn Sie an so einer Stelle angelangt sind, wo Sie sich nicht mehr sicher sind, was tun Sie dann?

**Zeuge Florian Gruber:** Es ist schwierig, pauschal zu sagen, wie oft das vorkommt. Es kommt manchmal vor, und wenn es vorkommt, dann berät man sich mit anderen Kollegen nach dem Vier-, Sechs-Augen-Prinzip. Man berät sich mit älteren Kollegen, vielleicht auch mit dem Vorgesetzten, und als allerletzter Schritt, wenn bereits ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren läuft, natürlich mit dem Staatsanwalt.

**Uli Grötsch (SDD):** Okay, vielen Dank. - Ich möchte noch sagen - auch für das Protokoll -, dass ich das gerade wichtig fand, dass Sie das noch erwähnt haben, dass der Kontakt mit der Kollegin vom Toronto Police Service über einen anderen Kollegen von Ihnen zustande gekommen sein könnte, weil ich sonst auch hätte fragen müssen: Wie kommt jemand aus Toronto auf „florian.gruber@bka.bund.de“? Das gibt man ja nicht so zufällig ein, wenn ich das mal so sagen darf. Das ist mir wichtig festzuhalten.

Zur OP „Selm“. Ich sage mal, es ist ja Ihr Alltagsgeschäft, dass Umfangsverfahren beim BKA eingehen. Es ist Alltagsgeschäft des BKA, dass Umfangsverfahren bearbeitet werden. Wenn so was ist, wenn so ein neues Umfangsverfahren kommt in dem Ausmaß, wie es die OP „Selm“ war oder wie es auch die OP „Tornado“ war, spricht man außerhalb von SO 12 darüber? Also, sagt man dann: „Ja, wir haben ein Riesenverfahren bekommen“? Spricht sich so was im BKA rum, dass man sagt: „Es ist ein Fall aus Kanada gekommen, die haben Azov Films hochgenommen“, und so? Spricht man über so was?

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann nur über mich sprechen. Ich weiß nicht, wie andere Kollegen das handeln.

**Uli Grötsch (SDD):** Ja, hören Sie so was, oder werden Sie von anderen Kollegen außerhalb von SO 12 darauf angesprochen, wenn Sie jemanden treffen - was weiß ich - in einer Pause oder wenn Sie - -

**Zeuge Florian Gruber:** Also, das ist mir noch nicht passiert, nein.

**Uli Grötsch (SDD):** Halten Sie es für möglich, dass sich der BKA-Beamte X hätte erkundigen können über den Umfang der OP „Selm“? Wäre es ihm möglich gewesen?

**Stellvertretender Vorsitzender Michael Frieser:** Herr Kollege Grötsch. - Herr Akmann, bitte.

**MR Torsten Akmann (BMI):** Das ist keine Frage, die der Zeuge beantworten muss. Es ist keine Frage, die auf Tatsachen abzielt.

**Stellvertretender Vorsitzender Michael Frieser:** Vielleicht fragt man kurz anders: Ist eine solche Frage bekannt, ja oder nein?

**Uli Grötsch (SPD):** Ja. Das kann man auch machen.

**Zeuge Florian Gruber:** Können Sie die Frage bitte wiederholen? Das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Uli Grötsch (SPD):** Ist es Ihnen bekannt, ob sich der BKA-Beamte X darüber erkundigt hat?

**Zeuge Florian Gruber:** Darüber ist mir nichts bekannt.

**Uli Grötsch (SPD):** Gut. - Zunächst keine weiteren Fragen. Danke.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wunderbar. Dann sind wir mit der ersten sogenannten Berliner Stunde durch mit allen vier Fraktionen. Jetzt stelle ich die Frage, ob bei der CDU/CSU-Fraktion noch Fragen sind. Ich glaube, Herr Schuster hatte noch eine einzige. - Nein, umgekehrt, falsche Reihenfolge. Nun hat es mir Herr Plaster gerade noch hingelegt. Herr Tempel ist als Erster dran. - Entschuldigung, Herr Tempel. Das nehmen Sie jetzt bitte sehr nicht übel. Sie sind dran.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Nein, ich nehme es nicht übel. Aber Sie müssen sich schon ein bisschen darauf einstellen: Ich mache das ganz gerne, dass ich mir ein paar Fragen aufhebe.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das ist gut.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Man kann nämlich ganz gut zuhören und von den Fragestellungen der Kollegen profitieren.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Lieber Herr Tempel, wir sind hier nicht auf der Flucht.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Richtig.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wir wollen aufklären. Deswegen haben Sie jetzt das Wort und dürfen Ihre Fragen stellen. Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Deswegen passt das, und ich habe auch keinen Grund zum Bösessein.

Wie gesagt, die Ausführungen geben uns schon einige Einblicke. Es klingt auch nicht ganz unsympathisch, wenn mal etwas relativ unbürokratisch läuft. Inwieweit das dann rechtlich alles auch sauber verwertbar ist, das ist dann auch Zuständigkeit der entsprechenden Gerichte, die das prüfen.

Aber hier war es ja nun - also, wir beschäftigen uns ja auch mit der langen Zeitdauer, natürlich - ein Vorgang, wo es relativ unbürokratisch und dadurch auch schneller erst mal zu der Datenübermittlung von Kanada nach Deutschland gekommen ist. Wenn das jetzt nicht so gewesen wäre und den bürokratischen Weg über Interpol gegangen wäre, wie müssen wir uns das vom zeitlichen Ablauf her vorstellen? Weil Sie sagen ja, es ist nicht immer der Regelfall, dass das jetzt so direkt abläuft. Sind da Fristen? Gibt es da Wege? Haben Sie da Erfahrungswerte?

**Zeuge Florian Gruber:** Also, die Frage kann ich nicht beantworten. Das ist absolut hypothetisch. Ich will es Ihnen einfach erklären mit dem Beispiel: Hätte die kanadische Kollegin das auf den normalen Postweg gegeben, weiß ich nicht, wie lange der gedauert hätte. Hätte sie es unmittelbar

nach unserem E-Mail-Kontakt gemacht, hätte sie es vielleicht erst sechs Monate danach gemacht? Das ist nicht in meiner Verfügungsgewalt.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut, dann habe ich meine Frage auch nicht korrekt genug gestellt. Das ist natürlich hypothetisch; da haben Sie recht. Ich meine: Gibt es einen normalen Ablauf für diese Sachen, also zu der Interpolstelle in Kanada, dann zu der Stelle in Europa oder direkt nach Deutschland, in der Zentralstelle erst mal beim BKA, bis es in Ihre Abteilung kommt? Diesen Weg meine ich, dass Sie den skizzieren können, wie jetzt der rein bürokratische Weg des Ganzen gewesen wäre.

**Zeuge Florian Gruber:** Also, der normale, bürokratische Weg wäre gewesen: Die Toronto Police übermittelt es an Interpol Ottawa, Interpol Ottawa ans BKA. Fristen, die einzuhalten wären, kenne ich nicht.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut. Danke schön. - Und um die Logik ein bisschen weiterzuverfolgen: Sie haben das dann eingespielt. Zeitliche Verzögerung haben wir da erst mal auch nicht festgestellt. Aber dann lag das ja dort eine Weile, bis mit der Sachbearbeitung angefangen werden konnte, bis es jemand zugewiesen bekommt. Für Sie war es ja - so, wie Sie geschildert haben - abgeschlossen. Bekommen Sie dann mit, wenn jemand jetzt den Auftrag hat, daran weiterzuarbeiten? Haben Sie das mitbekommen, wer den Auftrag bekommen hat? Wie ist das jetzt in der Kommunikation im SO 12? Wie viele Leute sind da? Unterhält man sich: „Ich habe jetzt das Verfahren“? Ich kenne jetzt auch die Größenordnung von SO 12 nicht.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann Ihnen zur Größenordnung von 2011 auch nichts sagen. Das entzieht sich meiner Erinnerung. Definitiv redet man im Kollegenkreis darüber, wer welche Verfahren bearbeitet, ja. Nur ob - - Ich wusste im Nachhinein - wann, weiß ich nicht konkret -, dass die Kollegin Wiegand mit der Sachbearbeitung betraut war. Ansonsten haben wir uns fachlich über das Verfahren nicht ausgetauscht. Ich wusste nur, dass sie die Sachbearbeiterin ist. Das jetzt konkret zu OP „Selm“.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Frank Tempel** (DIE LINKE): Ich frage nur, weil ich eine ähnliche Verfahrensweise zum Beispiel aus dem Sachbereich Korruption beim Landeskriminalamt kenne, wo man dann natürlich auch mitkriegt zu dem Verfahren: Das macht jetzt der. Dann wird auch noch mal Rücksprache gehalten zu irgendwelchen Sachen. Man unterhält sich ja auch fachlich drüber. Aber ist in Ordnung. Ihre Antwort reicht mir so.

Ich habe nur eine Rückfrage noch auf eine Antwort, die Sie gegeben haben zu diesen Excel-Dateien, weil ich immer noch versuche, auch bestimmte Prozesse da zu verstehen. Also, Sie haben jetzt kurz recherchiert noch, ob bestimmte Namen da aufgetaucht sind, die in Ihrem Verfahren relevant sind. Das verstehe ich so weit. Nur kann ich mir immer noch nicht so richtig vorstellen, wie diese Daten - so weit sind wir ja noch nicht im Untersuchungsausschuss - dann da sind, dass das so schnell geht, während hinterher monatelang dann mit der Datenauswertung zu tun war. Also, unterschiedliche Schreibweisen haben Sie selber benannt, die ja auch aus Übersetzungen heraus kommen können. Unterschiedliche Verwendung von Buchstaben, auch mal Falschschreibung von Daten. Wie ist das zu erklären, dass Sie relativ in einem kurzen Zeitraum das auswerten können nach einem bestimmten Namen, aber später die ganze Auswertung dann viele Monate dauert? Nur zum Verständnis. Ich will Ihnen da gar nichts unterstellen, sondern dass wir das besser verstehen können, diesen Ablauf.

**Zeuge Florian Gruber:** Das ist damit zu erklären, dass meine Auswertung konkret einen Vorgang betroffen hat, der ja bereits in den Ermittlungen vorangeschritten ist, sodass ich in kurzer Zeit gezielt nach etwas suchen konnte. Bei den Hunderten oder Tausenden Kunden von der OP „Selm“ ist es so, dass man sich erst mal einen Überblick verschaffen muss, und man muss sich ja einen Überblick verschaffen zu jedem einzelnen Kunden. Jeder einzelne Kunde hat entweder nichts strafrechtlich Relevantes begangen, oder er hat was strafrechtlich Relevantes begangen. Dann fragt man sich zu jedem Kunden: Was genau hat er denn strafrechtlich Relevantes begangen? Und dazu ist eine zeitintensive Auswertung pro Tat-

verdächtigem nötig. Und deswegen kann man meine Auswertung zeitlich mit der OP „Selm“ überhaupt nicht vergleichen.

**Frank Tempel** (DIE LINKE): Danke schön.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht wechselt jetzt zur CDU/CSU-Fraktion.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke schön. - Ich habe nur eine Frage noch, Herr Gruber, nur der Form halber. Sie haben gesagt, Sie hätten in der Excel-Datei den Namen Edathy nicht gelesen, weil Sie auch gar nicht gescrollt haben. Verstanden. Deshalb noch mal zur Sicherheit die Frage: Bevor der Fall öffentlich wurde, also BKA-öffentlich in dem Sinne, dass der Beamte aus Nienburg irgendwann dann Mitte Oktober die Frau Wiegand informiert hat, wurden Sie vorher jemals, weil Sie ja mit dem Fall in Kontakt waren, auf irgendeinem Weg kontaktiert zu dem Fall Edathy?

**Zeuge Florian Gruber:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank. - Frau Mihalic, wenn Sie möchten, wären Sie jetzt dran.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verzichte.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Okay. - Dann frage ich noch mal die SPD-Fraktion. - Herr Grötsch, bitte sehr.

**Uli Grötsch** (SPD): Eine kurze Frage noch, Herr Gruber. Sie haben am 7. März 2014 eine dienstliche Erklärung abgegeben und antworten dort nicht auf die Frage, wann Sie Kenntnis davon erhalten haben, dass der Name Sebastian Edathy im Zusammenhang mit der OP „Selm“ steht, sondern Sie haben da einen Strich gemacht. Ich will Sie gerne fragen: Was hat es mit dem Strich auf sich? Soll das heißen: „Ich kann mich nicht dran erinnern“, oder was hat der Strich zu bedeuten? Ich denke mir, wenn Sie - -



## 2. Untersuchungsausschuss

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich habe sonst eine Anregung. Entschuldigung, bitte. Sonst könnte man das Blatt vielleicht dem Zeugen noch mal zeigen, dass Sie sich das noch mal anschauen, was Herr Grötsch meint. - Wir kommen zu Ihnen. Hier ist Full Service.

**Uli Grötsch (SPD):** Ich muss es nur kurz suchen. Wissen Sie, was für eine Erklärung ich meine?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich habe es parat.

**Uli Grötsch (SPD):** Oh.

**Zeuge Florian Gruber:** Ja, das weiß ich, welche Sie meinen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie wissen es wieder?

**Zeuge Florian Gruber:** Nein, ich weiß, welche Erklärung der Herr Grötsch meint.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich gebe Ihnen das eben.

**Zeuge Florian Gruber:** Aber ich kann jetzt mit dem Strich gerade nichts anfangen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Haben Sie es?

**Uli Grötsch (SPD):** Nein.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich habe es hier.

(Dem Zeugen wird ein Blatt vorgelegt)

Es geht um die zweite Seite. Dann sieht er das. Eine MAT-Nummer habe ich nicht.

**Zeuge Florian Gruber:** Ich kann mir das nur so erklären: Dadurch, dass ich keine Kenntnis davon erlangt habe, dass ich das Formular missverstanden habe - - Weil ich habe direkt hinter 1. a) das Nein geschrieben und eben nicht bei „Antwort:“ zu a) und zu b). Ich kann mir das nur so erklären, dass das ein Flüchtigkeitsfehler ist, dass ich „1. a) Nein“ und das zweite Nein auf b) beziehe - - Ja, ich kann es mir nur als Flüchtigkeits-

fehler erklären. Und den Strich deute ich als Nein, ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Danke. - Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Danke schön. - Dann bekomme ich das Papier wieder. Genau.

Lieber Herr Gruber, wir danken Ihnen alle ganz herzlich für Ihre Aussage, dass Sie uns hier geholfen haben als Zeuge, die Wahrheit herauszufinden und aufzuklären, was unsere Aufgabe ist als Untersuchungsausschuss. Das war sehr hilfreich, Ihre Aussagen. Vielen Dank.

Ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls das Protokoll zugeht für mögliche Korrekturen und Ergänzungen. Darauf hatte ich Sie ja vorhin schon hingewiesen, dass Sie die dann anbringen können. Das wird Ihnen vom Sekretariat übersandt.

Außerdem bin ich nach § 26 Absatz 2 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung eines Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Das geht hier alles ordentlich seinen Gang.

Deswegen darf ich Ihnen jetzt noch mal ganz herzlich danken für Ihr Kommen und wünsche Ihnen alles Gute.

**Zeuge Florian Gruber:** Danke schön. Wiederschauen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wiederschauen.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterbreche ich die Sitzung für zehn Minuten, aber wirklich nicht länger als zehn Minuten, damit wir dann gleich mit Herrn Liersch weitermachen können. - Je weniger wir brauchen, umso besser ist das.



2. Untersuchungsausschuss

(Unterbrechung von 16.32  
bis 16.39 Uhr)



**Vernehmung des Zeugen  
Ronny Liersch**

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wir kommen jetzt zu Ihrer Vernehmung, lieber Herr Liersch.

Herr Liersch, ich habe Ihnen eben schon, als Sie gemeinsam hier mit den beiden anderen saßen, den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und habe Sie auch schon belehrt. Deswegen komme ich jetzt als ersten Schritt zur Vernehmung der Person. Wenn Sie bitte so freundlich sind und uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienort nennen.

**Zeuge Ronny Liersch:** Mein Name ist Ronny Liersch. Ich bin 32 Jahre alt, bin Kriminalkommissar im BKA. Meine ladungsfähige Anschrift ist das BKA Wiesbaden in 65173 Wiesbaden.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank, Herr Liersch.

Ich komme jetzt zur Vernehmung zur Sache. Herr Liersch, Sie haben zunächst Gelegenheit, dem Ausschuss im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen vom Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Wünschen Sie das Wort? Wollen Sie im Zusammenhang kurz ausführen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann kurz darstellen, inwieweit ich da involviert war.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Bitte sehr, Herr Liersch. Sie haben das Wort.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich bin seit Februar 2011 im BKA, Referat SO 12, Zentralstelle Kinderpornografie bzw. Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen der Einarbeitung nimmt man an mehreren Lehrgängen teil, und ein Lehrgang ist unter anderem der internationale Europol-Lehrgang, der stattgefunden hat Ende Oktober 2011, an dem ich teilgenommen habe.

Da ich wusste von Herrn Gruber, dass er Beweismittel bekommen soll von einer kanadischen Kollegin, die ebenfalls an diesem Lehrgang teilge-

nommen hat, sollte diese Gelegenheit - der Lehrgang - genutzt werden, um die Beweismittel zu übergeben. Das war der erste und einzige direkte Kontakt, den ich mit der Operation „Selm“ in meiner Tätigkeit als Kriminalkommissar hatte.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank, Herr Liersch. - Dann stelle ich direkt noch mal eine Nachfrage. Können Sie uns noch mal kurz schildern, wie das bei dem Lehrgang in Selm war? Sie haben diesen Lehrgang ja besucht mit der Kollegin Wiegand. Wie war das da mit der Übergabe der Festplatte?

**Zeuge Ronny Liersch:** Die Kollegin von der kanadischen Polizei hat uns angesprochen. Wir wussten ja bereits von Herrn Gruber, dass sie auf uns zukommen wird. In der ersten Woche hat sie uns zu sich gebeten, hat uns kurz den Sachverhalt geschildert, uns zusammen an ihrem PC zwei Videos gezeigt, die Bestandteil der Beweismittel waren. Die habe ich kurz nach meiner Einschätzung bewertet. Des Weiteren hat sie uns eine Excel-Tabelle gezeigt, wie die angebliche Kundendatenbank ausgestaltet ist. Letztendlich war es das. Wir sind übereingekommen, dass wir die Beweismittel mitnehmen, so wie es schon im Vorherein abgesprochen war, und das war die Übergabe.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Können Sie uns kurz noch mal schildern, was die Kollegin gesagt hat, was das für Datenmaterial ist, was das für Videos und andere Sachen - - wie das ist? Und dann - zweite Frage -: Haben Sie die Festplatte mitgenommen oder jemand anders? Wie ist das dann weitergegangen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich mich erinnern kann, hat die Kollegin gesagt, dass die kanadischen Behörden einen Server sichergestellt haben und an die gesamte Kundendatenbank gelangt sind, und haben das dann entsprechend nach Ländern aufgeteilt und diese aufbereitet und uns dann übergeben.

Zum zweiten Teil der Frage: Sie hat die Datenbank auf eine Festplatte überspielt. Wer sie letztendlich mitgenommen hat, kann ich nicht sagen.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Und dann haben Sie eben gesagt, Sie seien danach nie wieder bis heute mit der Operation „Selm“ befasst gewesen. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das ist richtig.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Zu keinem weiteren Zeitpunkt?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich habe weder die Beweismittel ausgewertet, noch war ich an der Sachbearbeitung der Operation „Selm“ beteiligt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann ist mir - das ist eine weitere Frage - etwas aufgefallen, als ich die Akten durchgeschaut habe, und zwar - ich hoffe, das finden Sie jetzt nicht komisch, aber ich sage Ihnen das mal, wie das ist - haben wir gesehen, dass offensichtlich aus Ihrem E-Mail-Account - - haben wir Ausdrucke von Mails, wo Sie einbezogen sind in eine weitere Kommunikation, aber Sie waren gar nicht im „An:“-Adressfeld oder so. Können Sie sich das erklären? Ich kann auch notfalls mal eine Mail zeigen. Es war wie so ein Ausdruck aus Ihrem Mail-Account, das Hin und Her der Mails, aber Sie tauchten gar nicht auf als Adressat.

**Zeuge Ronny Liersch:** Sie meinen, bei den Akten, die an Sie übermittelt wurden?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Genau.

**Zeuge Ronny Liersch:** Kann ich mir das kurz angucken?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja. - Wir kommen zu Ihnen, Herr Liersch. Sie behalten Platz. - Ach, die MAT-Nummer ist unten drauf. Ah, dann weiß ich das jetzt auch, genau. Für alle: Die MAT-Nummer ist MAT A BKA 18(27)1-1 102. Das zeigen wir jetzt Herrn Liersch mal.

(Dem Zeugen wird ein Blatt vorgelegt - Zuruf: Welches Blatt?)

- 101. Nein, 130. - Ich muss eben selbst gucken.

(Zuruf: 124!)

- 124. Danke. Blatt 124.

So, Sie haben sich das angeschaut.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie wissen, worüber ich gestolpert bin?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann mir das nur so erklären, dass wir im Rahmen der Vorbereitung der Akten für diesen Untersuchungsausschuss Ordner bekommen haben - - Oder ich fange anders an: Unsere gemeinsame Ablage für die Operation „Selm“ wurde in bestimmte Ordner unterteilt, die wir auszudrucken haben. In diesen Ordnern befanden sich auch E-Mails wie diese hier, von Herrn Stahl an Frau Wiegand gesandt. Da ich diese E-Mail ausgedruckt habe von meinem Microsoft-Office-Account, vom dienstlichen Rechner, taucht mein Name oben auf. So kann ich mir das erklären.

Wenn Sie jetzt damit meinen, jetzt bin ich doch noch mit in diesen Untersuchungsgegenstand involviert gewesen: Ich bin jetzt nicht davon ausgegangen, dass Sie bei der - - darauf hinaus abzielen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Genau. Aber das war für mich jedenfalls eine wichtige Klarstellung, weil es ja normalerweise so ist, dass man die Mails nur ausdrucken kann, wenn man sie selbst bekommen hat. Aber das erschließt sich jetzt dadurch, dass Sie sagen, dass es einen gemeinsamen Ordner gibt, aus dem Sie dann ausdrucken können für den Papierordner, obwohl Sie selbst nicht der Empfänger der E-Mail waren. Wunderbar. Für mich ist das eine wichtige Klarstellung - dann kann ich das mit den E-Mails zuordnen -, weil wir sonst nicht wüssten, wie Sie auch eingebunden waren in dem Vorgang.

Ich habe erst mal keine weiteren Fragen. Deswegen sind jetzt die Fraktionen an der Reihe. Das geht nach der Berliner Stunde. Jede Fraktion hat ein gewisses Zeitkontingent. Es beginnt die Frak-



## 2. Untersuchungsausschuss

tion Die Linke, die acht Minuten zum Fragen hat. Herr Tempel ist jetzt an der Reihe. Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Richtig. Ich glaube auch nicht, dass ich in der ersten Runde die acht Minuten brauche.

Sie haben ja schon - das erspart auch die eine oder andere Frage - geschildert, wie es jetzt kam. Waren Sie und die Frau Wiegand allein dort auf diesem Lehrgang, oder waren da auch noch andere Teilnehmer vom BKA, vom BMI oder Ähnliches? Weil jetzt immer nur von Ihnen beiden die Rede ist.

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich mich erinnern kann, waren direkt von SO 12, von dem Referat SO 12, nur Frau Wiegand und ich bei dem Lehrgang. Vom BKA seitens Lehrgangsbetreuung oder Ähnliches kann ich mich nicht erinnern. Aber genau sagen kann ich es Ihnen nicht.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Da möchte ich auch voranstellen: Die Fragen haben keinerlei Bezug, Ihnen Vorwürfe zu machen. Die nächsten Fragen beziehen sich bei mir auf das Thema - grundsätzlich - Datensicherheit. Wir haben ja, dass es ein relativ unbürokratischer Vorgang ist, wie die Daten von Kanada nach Deutschland gekommen sind. Wie muss man sich das vorstellen - da Sie ja dann dort sind -, zum Thema Datensicherheit? Sie haben sicherlich auch private Laptops oder Ähnliches mit bei so einem Lehrgang. Ist da eine Datensicherheit gewährleistet, wenn das so direkt übergeben wird? Es geht mir nicht darum, ob Sie irgendwas kopiert haben, sondern grundsätzlich.

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, grundsätzlich zur Datensicherung: Bei uns im Referat wird es so gehandhabt, dass Beweismittel grundsätzlich verschlüsselt werden, wenn sie weitergegeben werden. Inwieweit - - Ich hatte bei dem Lehrgang keinen eigenen Laptop dabei, weil die Laptops oder die PCs, die man dort für den Lehrgang braucht, die werden dort gestellt. Ich wusste nicht, dass es dort frei im Zimmer Internetzugang gab. Für mich - - Ich brauche da keinen PC. Darum hatte ich keinen dabei. Grundsätzlich, wie die Kollegin das gehandhabt hat, da kann ich nichts zu sagen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Okay. - Sie sprachen gerade selber eine Verschlüsselung an. Die Daten, die überspielt wurden, gab es da eine Verschlüsselung? Gab es ein Passwort? Wer hat das Passwort bekommen, und wem wurde es übergeben, wenn es eines gab?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob es da eine Verschlüsselung gab. Ich habe die Daten nicht überspielt. Dazu kann ich nichts sagen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Aber da Sie ja das mit entgegengenommen haben - - Ein Empfänger hätte ja dann ein Passwort haben müssen.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja. Ich war ja in dem Fall der Bote. Empfänger war der Herr Gruber. Inwieweit der da ein Passwort angefordert hat, kann ich nicht sagen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Okay. Danke schön. - Das haben Sie schon beantwortet, das auch. Das haben Sie auch schon beantwortet.

Ich habe nur noch eine Frage erst mal, die ist auch mehr so - - Also nicht jetzt in Bezug auf den Vorgang in Selm, sondern Sie sind Mitarbeiter im BKA. Das BKA war in einem gewissen Zeitraum, wo der Untersuchungsausschuss zum NSU tagte, auch immer wieder mit in den Medienschlagzeilen, auch in der Befragung beim BKA. Wie haben Sie das als Beschäftigter des BKA mitbekommen, aufgenommen? Spielte in den Diskussionen darüber, in der Auswertung der Tagespresse bei Ihnen auch mal der Name Sebastian Edathy eine Rolle?

**Zeuge Ronny Liersch:** Den NSU-Untersuchungsausschuss habe ich schon wahrgenommen aus der Presse, aber verfolgt habe ich ihn nicht. Bis zu dem Zeitpunkt, wo der Fall Edathy in die Presse in Bezug auf SO 12 bzw. in Bezug auf Kinderpornografie gelangte, war der Name Edathy mir nicht bekannt.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Danke schön erst mal.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht wechselt jetzt zur CDU/CSU-Fraktion.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Herr Liersch, schön, dass Sie da sind. Vielen herzlichen Dank.

Ich bleibe noch mal gleich bei der Frage in Selm selbst. Sie hatten vorhin im Halbsatz gesagt, Sie haben unter der Anwesenheit der Kollegin gemeinsam Einsicht genommen. Sie hat Ihnen zwei Videos vorgespielt. Habe ich das richtig verstanden: Gab es da auch eine Kundendatei? Also, wussten Sie an der Stelle zu diesem Zeitpunkt schon, dass ein Bestandteil dieser Daten eine Kundendatei ist?

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, die Kollegin, wie gesagt, hat uns zwei Videos gezeigt, zwei oder drei. Ich weiß es nicht mehr.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das ist egal.

**Zeuge Ronny Liersch:** Das ist auch egal. Und sie hat uns eine Excel-Tabelle gezeigt.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich mich erinnern kann, hat sie gesagt, dass das Daten von Kunden seien. Ich habe mich, ehrlich gesagt, damit nicht näher beschäftigt, weil ich nicht Empfänger dieser Daten war. Ich wurde nur gebeten, die entgegnzunehmen, mit nach Wiesbaden zu bringen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Also, Sie haben aber auf jeden Fall kurz reingeguckt. Sie haben gesehen, da ist eine Datei dabei, und der Sinn des Einsehens war, dass die Kollegin Sie gebeten hat, das kurz zu bewerten, vor allem die Videos, um zu sagen: Ist das für euch eigentlich relevant, ja oder nein? - Das war der Grund.

**Zeuge Ronny Liersch:** Genau.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Dann zur Übergabe: Sie haben die Daten mit nach Wiesbaden genommen. Wem ganz konkret sind sie dann übergeben worden, oder was wissen Sie davon?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann mich nicht erinnern, ob ich die Festplatte mitgenommen habe. Ich weiß nur, dass sie Herr Gruber in Empfang genommen hat.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das wissen wir mittlerweile auch, vielen Dank. Aber Sie wissen jetzt nicht genau, von wem, wer sie ihm quasi in die Hand gedrückt hat?

**Zeuge Ronny Liersch:** Nein, das weiß ich nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. Gut, das ist ja in Ordnung. Es besteht kein Problem darin, dass Sie einfach sagen: „Das weiß ich nicht“ oder „Ich kann mich nicht erinnern“. Das ist jederzeit natürlich möglich.

Darf ich vielleicht noch, weil Sie dieses - wie wir das auch immer bezeichnen wollen - Vergnügen noch nicht hatten, auch vor dem Innenausschuss auszusagen - Sie sind also das erste Mal in so einer Befragung mit befasst -, für uns auch zur Kenntnis, zur Einordnung noch ein paar persönlichere Fragen stellen? Es interessiert uns natürlich schon: Wie sind Sie zu SO 12 eigentlich gekommen? Sie waren in Ihrer Ausbildung. Wir haben schon erfahren, Sie haben vor allem in Selm teilgenommen, weil es dort um einen Fortbildungslehrgang ging, den man relativ am Anfang seiner Ausbildung noch absolviert. Wie sind Sie zu SO 12 gekommen? Weil man doch weiß, dass es dort eigentlich keine Zwangsverpflichtung gibt, sondern da wird im Grunde befragt, ob man sich für diese Abteilung in irgendeiner Art und Weise bewerben will.

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, befragt - ich weiß nicht, ob ich Sie da richtig verstehe - worden bin ich da nicht. Man kann sich freiwillig für diese Stellen oder Dienstposten bewerben. Ich hatte Interesse an der Dienststelle dort, weil ich von einem Kollegen, der selbst dort tätig ist, gehört habe, welche Aufgaben man da zu erledigen hat, was da auf einen zukommt, und ich mir das sehr interessant vorgestellt habe. Deswegen wollte ich da arbeiten.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Sagen Sie noch ganz kurz etwas zu Ihrer Ausbildung. Sind



## 2. Untersuchungsausschuss

Sie direkt nach Ihrer Ausbildung dann zum BKA?

**Zeuge Ronny Liersch:** Meine Ausbildung habe ich im April 2004 begonnen. Die ging drei Jahre, bis April 2007. Nach der Ausbildung bin ich zu dem Referat ZD 13 - das ist die internationale Rechtshilfe und Fahndung - gekommen, mit einer kurzen Zwischenstation - ich kann es nicht mehr ganz genau sagen, ein Jahr, anderthalb - in einer Projektgruppe, und im Anschluss an diese Projektgruppe bin ich im Februar 2011 zu SO 12 gekommen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Sind Sie heute noch bei SO 12 tätig?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich bin heute noch bei SO 12 tätig.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay, gut. - Also das heißt, Sie sind auch, was die Frage des gesamten Vorganges, seitdem - ich würde mal sagen - das öffentliche Licht auf diese Vorgänge, mehr als das früher der Fall war - - Bei Ihrer Tätigkeit auch an Sie deshalb die Frage noch mal. Für uns sind das ja Dimensionen, bei denen man immer etwas erschreckt. Aber wenn Sie von den Datenmengen der Operation „Selm“ gehört haben - - Der hat Sie auch nicht erstaunt. Für Sie ist das eigentlich auch eine Größenordnung, die auch im Rahmen von anderen Ermittlungen und anderen Erkenntnissen und Vorgängen durchaus als normal zu bezeichnen ist, natürlich in Anführungszeichen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann das nicht genau bewerten. Ich habe die Zahlen auch nur gehört. Ich weiß, dass es enorme Datenmengen sind und wie viel Zeit die Kolleginnen da investiert haben. Aus meiner Erfahrung habe ich ein anderes Umfangsverfahren mit bearbeitet. Da waren die Beweismittel wesentlich weniger, und das hat enorm lange gedauert, das zu bearbeiten. In dem Fall ist es, glaube ich, noch mal mehr. Aber, wie gesagt, in der OP „Selm“ habe ich nicht selbst mitgearbeitet. Ich habe das auch nur mitbekommen, dass die beiden Kolleginnen da seit Selm daran arbeiten, und das war es.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Aber Sie haben auch Verfahren bearbeitet, die eine zumindest ähnliche Dimension haben, entweder in der Masse oder in der Zeit der Bearbeitung. Es kann ja in der Tiefe der Schwierigkeiten liegen oder eben in der Masse, die man absolvieren muss.

Vielleicht noch mal zu dem Vorgang. Sie sagten vorhin, Sie waren gar nicht eingebunden in Selm. In unseren Unterlagen - ich beschreibe es jetzt generell, weil wir es, glaube ich, nicht vorlegen müssen - findet sich eben nur von ihnen auch ein Vermerk, der dann mal zur Verhaftung eines Beschuldigten in Österreich geführt hat, der natürlich auch in einem indirekten oder direkten Zusammenhang mit diesen Ermittlungen steht. Gab es darüber hinaus einen Kontakt zu irgendeinem Beschuldigten, der auch in dem Verfahren „Selm“ auftaucht?

**Zeuge Ronny Liersch:** Jetzt kann ich Ihnen dazu gar nichts sagen. Es fällt mir keiner ein, der mir da aufgefallen ist.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay, gut.

**Zeuge Ronny Liersch:** Aus der Erinnerung kann ich Ihnen das nicht sagen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Ist auch in Ordnung. - Bei Ihren Ermittlungen - jetzt eher keine theoretische Frage, sondern eine wirklich rein praktische, nur eben nicht in Bezug auf Selm -: Wenn Sie an so einem Verfahren arbeiten, gibt es eine bestimmte Vorstellung, wen Sie da einbinden? Also, es muss doch ein paar Leute geben, wo Sie sagen: Da komme ich selber nicht mehr weiter. - Sie führen Ermittlungen an Beweismitteln durch. Da stellen sich bestimmte Fragen. Sie suchen nach bestimmten Tatorten, nach bestimmten Tätern. Sie versuchen, nach bestimmten Quellen und bestimmten Anhaltspunkten zu forschen. Und bei bestimmten Fragen wissen Sie vielleicht - kann ja vorkommen - mal nicht mehr weiter. Gibt es dann einen Vorgang, wo Sie sagen: „Da frage ich A; da frage ich B; da frage ich C“? Haben Sie da ein Netzwerk, mit dem Sie sich austauschen können, wo Sie diese Fragen anlanden?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Ronny Liersch:** Es kommt immer darauf an, mit welchem Blick man die Sache betrachtet. Bei Beweismitteln - - Wenn ich in einem Verfahren wegen des sexuellen Missbrauchs von Kindern ermittele, und ich habe nur eine Videodatei oder Bilddatei, dann gibt es bestimmte Daten, die man daraus ermitteln kann. Da gibt es technische Dienststellen, die kann ich befragen. Wenn es darauf hinausläuft, dass ich gar nicht beurteilen kann, in welchem Land das ist, dann kann ich Kollegen befragen. Wir haben ein Netzwerk von internationalen Dienststellen, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigen, und wenn man da nicht weiterweiß, kann man die Kollegen befragen, ob die einen Hinweis geben können und uns unterstützen können. Also, da gibt es verschiedene - -

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Also, es ist schon der Normalfall, dass Sie bei der Bearbeitung und bei Ihrer Dienstleistung, die Sie erbringen, natürlich andere mit einbeziehen müssen, um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, wenn Sie dasselbe bisher noch nicht hatten als Ermittlungsergebnis. Okay.

Vielleicht noch mal zurück auch zu dieser Frage der Kategorisierung. Das ist einer der wesentlichen Punkte, mit denen sich dieser Ausschuss beschäftigen muss, ob wir denn hier Dinge ändern müssen und wie man darin vorgeht. Also, Sie bekommen ein Beweismittel und müssen das in irgendeiner Art und Weise einstufen. Sie müssen es austeilen und müssen sagen - wir haben die Kategorien vorhin auch schon mal gehört; die brauchen Sie also uns nicht mehr näher einführen -: Was ist die oberste Priorität, wenn es um einen konkreten Verdacht von Missbrauch geht, der noch andauert, bis hin zum - jetzt sage ich auch das in Anführungszeichen - lediglich Besitz. So stuft sich das ab.

Mir geht es schon noch mal um die Einschätzung der kinderpornografischen Inhalte der Beweismittel. Haben Sie eine eigene Kategorisierung, die Sie da anwenden, zu sagen - - Sie müssen sich ja von jedem Bild zu jedem Bild im Grunde oder jeder Videodatei hintasten und sagen: Ist das tatsächlich pornografisch? Ist da die Abgrenzung zum Posing? - Haben Sie sich da eine

Kategorie zurechtgelegt, wie Sie das machen, oder versuchen Sie, das nach einem bestimmten Schema abzuarbeiten?

**Zeuge Ronny Liersch:** Die Bewertung von Bildern ist aus meiner Sicht äußerst schwierig. Man gewinnt mit der Zeit, wenn man das so ausdrücken darf, an Erfahrung in der Bewertung dieser Bilder. Grundlegend gibt es Fakten, an die man sich aber halten muss, zum Beispiel: Es muss eine sexuelle Handlung zu sehen sein. Bei Kinderpornografie muss es sich natürlich bei den dargestellten Personen um ein Kind handeln. Manchmal ist diese Bewertung des Alters sehr schwierig. Letztendlich treffen wir in dem Sinne nur - - oder machen eine eigene Bewertung. Letztendlich bewerten das aber die Staatsanwaltschaft und der Richter letztendlich, wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Ja, in dem Sinne - -

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Um es deutlicher zu machen: Wenn Sie sich mit Kollegen, die ja auch diese Vorgänge bewerten müssen, bearbeiten müssen - - Haben Sie den Eindruck, dass man da ähnlich tickt, dass da nicht jeder versucht, seine eigene Methodik zu finden, sondern dass man sich ungefähr gleichmäßig herantastet an die Bewertung: Was ist da wirklich strafrechtlich relevant? Wo ist Missbrauch evident? Was rückt etwas in der Priorität nach hinten?

**Zeuge Ronny Liersch:** Jeder bewertet es unterschiedlich. Das kann ich sagen. Im Grunde, wenn es eindeutig ist, da zweifelt niemand, kann ich sagen. Aber in manchen Fällen -

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Bei den Grenzbereichen.

**Zeuge Ronny Liersch:** - ist es grenzwertig, und da kommt man zu unterschiedlichen Meinungen selbst innerhalb von SO 12, verschiedene, das BKA, LKA, die Vor-Ort-Polizeidienststelle und die Staatsanwaltschaften. Die haben ihr eigenes Raster, wie ihre Bewertung abläuft.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Gut.



**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Liersch, ich frage mal ganz kurz dazwischen: Wie oft sind Sie eigentlich genervt davon, dass Sie sich eine Menge Arbeit machen, dann zu einer Bewertung kommen, und dann machen Staatsanwaltschaften was ganz anderes? Ist das der Regelfall, ist das eine krasse Ausnahme, oder wie muss ich das verstehen? Weil ich weiß es wirklich nicht. Wie oft? Ist das nach Bundesländern unterschiedlich? Weil Sie haben ja, ich sage mal, die leidige Aufgabe, auch noch mit 16 Ländern das Ganze auszuhandeln, hätte ich fast gesagt.

**Zeuge Ronny Liersch:** Genervt bin ich nicht. Ich stelle mir manchmal die Frage, ob die Wertungen, die von Staatsanwaltschaften getroffen werden, meiner entspricht. Das bedeutet ja nicht, dass die Bewertung, die die Staatsanwaltschaft getroffen hat, falsch ist. Aber letztendlich kann ich, muss ich mit dieser Entscheidung der Staatsanwaltschaft leben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Die Frage noch mal - ich lasse mal alle Bewertungen weg; das war von mir falsch -: Wie oft kommt das vor, ich sage mal, dieses nicht deckungsgleiche Bewerten?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bekomme relativ selten eine Rückmeldung, was mit meinen Vorgängen passiert, wenn ich die an die Länderdienststellen abgebe. Deswegen kann ich das schlecht beurteilen. Es kommt vereinzelt vor, dass ich das mitbekomme, dass nicht nur die Bilder, sondern allein Sachverhalte anders bewertet werden. Das nervt mich nicht. Das ist so. Die Staatsanwaltschaft ist Herrin des Verfahrens. Wir sind nur die Ermittlungspersonen. Und letztendlich beschäftige ich mich dann mit dem nächsten Fall.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut. - Sind Sie denn mit der ZIT vernetzt, was das angeht? Weil das dürfte ja die Staatsanwaltschaft sein, mit der Sie jetzt am intensivsten wahrscheinlich sich austauschen. Also, kann man wenigstens da davon sprechen, hier ist eine große gemeinsame Bewertungsbasis, wo man weiß: „Wenn das BKA eine Bewertung

abgibt, dann folgt die ZIT dem meistens“? Oder ist es auch da schwierig?

**Zeuge Ronny Liersch:** Mit der ZIT hatte ich bisher nicht diese Divergenzen in der Bewertung. Also, soweit ich mich erinnern kann, gab es da stets gleiche Bewertungen.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Da möchte ich direkt noch mal anschließen. Wir haben gehört - gerade noch mal -, wie schwer die Bewertung ist, und der Wunsch sicherlich schon besteht, zu einer möglichst einheitlichen Bewertung zu kommen. Gibt es beim BKA Schulungen, um die Mitarbeiter auch in dieser Bewertung zu unterstützen und damit auch zu einer einheitlichen Bewertung zu kommen, eventuell auch in Zusammenarbeit mit der ZIT? Gibt es da so etwas?

**Zeuge Ronny Liersch:** Grundlegend ist es bei uns so, dass neue Mitarbeiter von erfahrenen Mitarbeitern von SO 12 eingearbeitet werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten von Lehrgängen. SO 12 richtet selbst Lehrgänge aus, an denen auch stets ein Vertreter der ZIT teilnimmt als Referent. Dort werden auch Hilfestellungen gegeben bei der Bewertung von Bildern. Ich kann es aus meiner Erfahrung sagen: Sobald man Schwierigkeiten hat bei der Bewertung, unterstützt die ZIT da eigentlich problemlos und ist sehr hilfsbereit.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Zu einer praktischen Frage, was Ihre Arbeitstechnik anbetrifft: Würden Sie sagen, Ihre Arbeitsmittel reichen aus, um den von Ihnen gewünschten Erfolg der Bewertung durchzuführen? Jetzt heißt es natürlich, Sie würden sich freuen, wenn Sie mehr Personal kriegen. Das setzen wir mal voraus, dass das der Fall ist. Aber das, was Sie an Arbeitsmitteln haben, was Sie an Ansprechpartnern haben, an die Sie sich mit Problemen wenden können, die technischen Voraussetzungen, die Sie haben, würden Sie sagen: „Ja, das reicht aus. Das ist so gut, dass ich zumindest meinen Job, das heißt das Unterscheiden, das Einschätzen, das Auffinden von Ermittlungsansätzen, das Zuweisen ‚örtlich relevant‘ an Land oder Staatsanwaltschaft, erfüllen kann“?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann meine Arbeit so erledigen, dass ich, wenn es mir möglich ist, Tatverdächtige identifizieren kann und ich mir anders irgendwo Hilfe holen kann, falls ich nicht mehr weiterweiß. Im Grunde gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten in der Technik. Die Technik entwickelt sich stets weiter.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Beispiel Software, Gesichtserkennung und ähnliche solche Sachen. Sind Sie der Auffassung, dass das, was Sie an technischen Mitteln haben, ausreicht oder nicht?

**Zeuge Ronny Liersch:** Nach meinem jetzigen Erfahrungsstand kann ich sagen, dass es Gesichtserkennungssoftware gibt, aber für unseren Bereich nicht anwendbar ist. Wenn es irgendwann so ist - alles klar, ich habe das Gesicht des Tatverdächtigen, man gleicht das mit dem Gesichtserkennungssystem ab, und er wirft mir den Tatverdächtigen aus -, dann wäre das optimal.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Wie oft taucht bei Ihnen in den Untersuchungen, in den Nachforschungen ein flüchtiges Material auf? Das heißt, Bestandteile an E-Mail-Bestandteilen, das heißt, an Dateinamen, an Suffixen, wo Sie das Gefühl haben oder wo Sie Angst haben müssen, die verfallen nach einer gewissen Zeit. Wie oft passiert es Ihnen bei Ihrer Arbeit, dass Sie Kenntnisse von etwas kriegen, wo wirklich, ich sage mal, die Zeit abläuft? Jetzt nicht so sehr, wo man Angst haben muss, dass da noch Missbrauch passiert - das ist ohnehin eine eigene Kategorie -, sondern von der Einschätzung der Beweismittel. Wie oft haben Sie das Gefühl, das sind gegebenenfalls Dateien, das sind E-Mail-Adressen, das sind IP-Adressen oder Ähnliches, wo Sie sagen: „Na ja, wenn ich da nicht innerhalb von Tagesfrist reagiere, kann die Spur kalt werden“?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann Ihnen jetzt keine genaue Zahl nennen, aber ich weiß, dass es etliche dieser Vorgänge gibt, wo ich als Ermittler sagen muss: Die Anzeige liegt mir jetzt vor; damit kann ich aber nichts weiter machen. Wenn man das Beispiel nimmt: Wegwerf-E-Mail-Adressen. Selbst die Vorratsdatenspeicherung: Wenn ein Provider benutzt wird, der nicht speichert - - Grundsätzlich sind die nicht verpflichtet, zu

speichern; das ist klar. Ja, man hat so viele Möglichkeiten, im Internet einfach anonym zu bleiben, ohne Anonymisierungssoftware zu benutzen, weil es vielen zu leicht gemacht wird. Das kommt häufig vor.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Kommt es vor, dass Sie jetzt ad hoc entscheiden müssen: „Ich lasse einen Fall liegen, weil jetzt gerade einer auf dem Tisch ist; wenn ich da nicht sofort handele, ist ein flüchtiges Beweismittel weg“? Dann muss ein anderer Fall eben liegen bleiben, wo Sie wissen, da kann im Moment erst mal nichts passieren.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja, das kann täglich vorkommen, sobald mein Sachgebiet damit befasst ist, mit dem Vorgangseingang. Da kann es sein: Ich bekomme einen Vorgang, und das einzige Beweismittel, welches zum Täter bzw. zum genutzten Internetanschluss führt, ist die IP-Adresse. Die müsste ich sofort abklären. Das kommt häufig vor.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Und vielleicht zum Abschluss, um das auch zu komplettieren. Sie haben eine dienstliche Erklärung abgegeben, dass Sie von dem Vorgang „Einbindung des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Edathy“ aus diesem Vorgang „Selm“ heraus erst aus der Presse erfahren haben. Hat sich denn bei Ihnen mal jemand nach dem Fall erkundigt von außerhalb oder innerhalb des BKAs, weil man auch weiß, dass Sie in Selm mit dabei waren? Redet man darüber innerhalb des BKAs, oder hat jemand von außerhalb auch mal versucht, von Ihnen diesbezüglich Informationen zu bekommen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja, Freunde haben mich angesprochen, weil die wissen ja auch, was ich tue. Die haben es aus der Presse erfahren und haben mich gefragt: Was hat das BKA damit zu tun? - Dann, wie gesagt, kann ich nicht sagen, ich habe nichts damit zu tun.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das ist erstens verständlich. Aber bei Freunden sehe ich es auch noch ein. Die kennt man zumindest. Dann präzisiere ich meine ungenaue Frage - Verzeihung -



## 2. Untersuchungsausschuss

Waren es denn Menschen, die Ihnen unbekannt waren?

**Zeuge Ronny Liersch:** Nein.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das nicht, okay. - Das wars. Verzeihung, ich sage für mich: Das wars.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich weise nur kurz darauf hin, dass die Debatte um 17.25 Uhr ist, für die Sie unterbrechen wollten.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Gehst du da nicht hin?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wir alle. Für die wir unterbrechen wollten. Ich korrigiere mich.

**Barbara Woltmann (CDU/CSU):** Einige Fragen von mir noch zu Selm. Herr Liersch, Sie hatten gesagt, Sie sind dort auf einem Europol-Lehrgang gewesen, 2011, und während dieser Tagung, dieses Lehrganges, ist die Festplatte übergeben worden. Sie hatten auch vorhin ausgeführt, dass es durchaus üblich sei und vorkäme, dass an andere Ländervetreter Dateien übergeben werden.

Eine Frage zu dem Lehrgang Europol: Waren dort mehrere europäische Länder vertreten? Gab es da eine internationale Besetzung, also nicht nur Kanada und Deutschland? Wie groß war dieser Lehrgang? Nur ganz grob: Waren da 50 Leute, waren da 100 Leute, waren da 30 Leute? Das würde mich noch interessieren.

Und es würde mich auch noch interessieren: Nach der Übergabe der Festplatte - Sie haben ja eine leere mitgenommen und haben dann die Daten überspielt -, was haben Sie oder Ihre Kollegin dann während der Tagung oder des Lehrgangs in Selm - deswegen die Frage „Wie lange hat es gedauert?“ - mit der Festplatte gemacht, während des Lehrgangs?

**Zeuge Ronny Liersch:** Zu Ihrer ersten Frage, wie die Beteiligung des Lehrgangs war, welche Länder daran teilgenommen haben: Der Lehrgang wird von Europol veranstaltet. Soweit ich mich erinnern kann, waren mehrere europäische Län-

der vertreten: Deutschland, Spanien, Italien. Wir hatten litauische Kollegen, slowakische Kollegen. Ich kann mich an einen australischen Kollegen erinnern, an die kanadische Kollegin. Mit mir im Lehrgang war ein FBI-Vertreter, zwei sogar. Eigentlich lädt Europol sämtliche Polizeidienststellen international ein, die mit diesem Thema befasst sind.

Zu der Anzahl der Teilnehmer: Ich weiß die genaue Anzahl nicht, aber es müssen ungefähr 70 gewesen sein. Ich weiß noch: Wir waren in fünf Kurse aufgeteilt zu rund 12 bis 15 Teilnehmern pro Kurs. Also müssen es so ungefähr 70 gewesen sein. Die genaue Anzahl weiß ich nicht.

Nach der Übergabe der Festplatte: Ich kann mich an das erinnern, was ich gerade geschildert habe, dass die kanadische Kollegin uns Videos gezeigt hat und auch diese Excel-Tabelle. Danach ist vereinbart worden, dass wir die Beweismittel mit nach Wiesbaden nehmen. Ich weiß noch, dass die Datenmenge so groß war, dass man das nicht einfach so auf die Festplatte überspielen konnte, sondern das hat lange gedauert.

Für mich war dann das Thema erledigt. Ich kann mich nicht daran erinnern, ob ich die Festplatte mitgenommen habe oder die Frau Wiegand.

**Barbara Woltmann (CDU/CSU):** Eine Zusatzfrage noch: Wurden auch anderen Ländervetretern dort Dateien aus Kanada übergeben? Die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Haben Sie das dort zum ersten Mal miterlebt, dass man Daten von einem ausländischen Dienst übergeben bekommen hat, oder war es das, weiß ich nicht, dritte, vierte, fünfte Mal? Wenn Sie das noch beantworten könnten.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja. Von anderen Ländern, die von den kanadischen Kollegen Beweismittel übergeben bekommen haben, weiß ich nichts. Für mich war die persönliche Übergabe der Beweismittel das erste Mal. Sonst bekommen wir elektronisch die Beweismittel, oder die werden uns zugeschickt auf Datenträgern.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): War Ihnen klar in dem Moment oder wussten Sie, dass es übliche Vorgänge sind, dass man dort auf solchen Lehrgängen Dateien übergeben bekommt, oder fanden Sie das ungewöhnlich?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich fand das nicht ungewöhnlich; denn der Kollege Gruber hat mich informiert darüber, dass er in Kontakt steht mit der kanadischen Kollegin, die auch an diesem Lehrgang teilnimmt, wie Frau Wiegand und ich. Und er bat uns, die Beweismittel entgegenzunehmen und mitzubringen. Deswegen war das für mich jetzt nichts Ungewöhnliches. Mir sind jetzt auch keine Vorschriften bekannt, die die Übergabe von Beweismitteln irgendwie genau regeln. Da habe ich mir jetzt keine Gedanken weiter drüber gemacht.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Herr Liersch, zu Ihrer Information: Wir hatten vereinbart, dass wir für den Tagesordnungspunkt „Besoldung von Bundesbeamten“ - so heißt er, glaube ich - unterbrechen. Da sind wir Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker alle gefragt. Zwei von uns werden auch Reden halten, Herr Tempel und Frau Mihalic. Deswegen werden wir jetzt unterbrechen.

Ich hatte die vorsichtige Hoffnung, dass wir vielleicht mit Ihrer Befragung fertig werden, bevor wir unterbrechen, aber das hat jetzt nicht geklappt, weil sowohl Frau Mihalic noch keine Gelegenheit hatte, zu fragen, als auch Herr Grötsch und vielleicht noch weitere Fragen sind.

Das heißt, ich schlage vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir pünktlich im Plenum sind, dass wir jetzt unterbrechen und dass Frau Mihalic dann nach der Unterbrechung die Erste ist, die Sie weiter befragen kann. Ich würde gerne unterbrechen - ist das in Ordnung? - bis 18 Uhr. Ich glaube, dann haben wir genügend Zeit, an der Debatte teilzunehmen, Sie, Ihre Reden zu halten. Wir sind alle nicht so gehetzt. Aber dann bitte ich darum, dass wir uns pünktlich um 18 Uhr hier wieder einfinden und dass wir, Herr Liersch,

dann mit Ihrer Befragung um 18 Uhr fortfahren können.

Erst mal herzlichen Dank so weit. Wir sehen uns um 18 Uhr hier wieder. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 17.18  
bis 18.09 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich darf feststellen, dass wir so weit komplett sind, dass zwei Reden absolviert wurden und ordentlich beklatscht wurden. Wir waren im Plenum.

Ich darf die Sitzung des Ausschusses fortsetzen. Herr Liersch ist auch wieder da. Wir setzen Ihre Vernehmung mit der Befragung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fort. Frau Mihalic hat das Wort. Bitte sehr.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Liersch, auch erst noch mal von meiner Seite herzlichen Dank, dass Sie hier uns als Zeuge zur Verfügung stehen und uns eben auch Einblicke in diese Arbeitsabläufe gewähren. Es war ja dann doch schon ein bisschen problematisch, das alles im Innenausschuss nachvollziehen zu können.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie keine genaue Erinnerung mehr daran haben, ob Sie oder die Kollegin Wiegand die Festplatte übernommen haben und wie das dann da gehandhabt wurde. Sie haben gesagt, dass aber die Übernahme in der ersten Woche des Lehrgangs erfolgte. Können Sie das irgendwie näher eingrenzen? War das am ersten Tag, am dritten Tag?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich habe daran keine Erinnerung. Ich weiß, dass es nicht am Anfang des Lehrgangs war, sondern dass schon Tage verstrichen sind. Es muss in der ersten Woche gewesen sein. Sonst hätte die Frau Wiegand das nicht bearbeitet, weil sich das bei uns im Referat so darstellt: Wir sind zwei Sachgebiete, und je nach Woche bekommt dann das eine Sachgebiet den Eingang oder Vorgänge zur Bearbeitung und in der anderen Woche dann das andere Sachgebiet. Also, das hat damit gar nichts zu tun.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, der Lehrgang dauerte ja auch nur vom 24.10. bis zum 01.11. Also, irgendwo in diesem Zeitraum hat dann diese Übergabe stattgefunden, habe ich jetzt Ihren Ausführungen entnommen.

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber vorhin auch gesagt, dass Sie die Gelegenheit hatten, sich zumindest Teile dieses Beweismaterials vorher anzuschauen. Sie haben da zwei Videos gezeigt bekommen - so haben Sie es vorhin gesagt - und auch eine Excel-Tabelle. Also, ich vermute mal, die Kundenliste haben Sie sich da angeschaut. Wie haben Sie zum Beispiel diese Excel-Liste gezeigt bekommen? Hatten Sie da selber die Möglichkeit, einen Blick draufzuwerfen, oder ist das sozusagen einfach nur dargestellt worden: „Hier ist noch eine Excel-Datei“? Dazu würde ich gerne ein paar Ausführungen von Ihnen hören und auch zu der Frage, ob Sie vor Übergabe des Datenmaterials sich einen Einblick verschaffen konnten oder ob das sozusagen im Anschluss passiert ist, als die Daten schon überspielt wurden.

**Zeuge Ronny Liersch:** Die Kollegin, die kanadische Kollegin, hat an ihrem Laptop uns die Videos, die Videodateien vorgeführt und auch die Excel-Tabelle geöffnet. Ich kann mich nicht daran erinnern oder nicht mehr genau erinnern, was sie gesagt hat. Ich kann mich daran erinnern, dass das die Kundendatei ist. Sie hat da rechts und links hin- und hergeschoben. Ich weiß noch ungefähr, dass ich gesagt habe, dass das gut aufgearbeitet scheint. - Zum zweiten Teil der Frage - könnten Sie die noch mal wiederholen, bitte?

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezog sich im Prinzip darauf, wie Sie diese Excel-Liste in Augenschein genommen haben, also ob Sie da selbst zu Werke waren oder ob das die kanadische Kollegin gemacht hat.

**Zeuge Ronny Liersch:** Die kanadische Kollegin hat das an ihrem PC bedient.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie vorhin gesagt, dass Sie schon den Ein-

druck hatten, dass das Beweismaterial oder die Daten, die Sie dort zu sehen bekommen haben, schon gut aufbereitet gewesen sind. Also, wie muss ich das verstehen? Sind die Daten, die Ihnen übergeben worden sind von den kanadischen Kollegen, bereits im Vorfeld irgendwie aufbereitet worden, oder sind die quasi so übergeben worden, wie sie auch sichergestellt wurden?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das weiß ich nicht. Ich kann mich daran erinnern, dass sie die Tabelle geöffnet hat und mir sagte, dass das die Kundendatenbank ist. Ich meine auch, mich erinnern zu können, dass das die deutsche Kundendatenbank sei. Inwieweit diese dann schon in Gänze für unser, für die Operation „Selm“ genutzt werden konnte - -

(Unruhe)

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie bitte kurz, Herr Liersch. - Entschuldigung, Herr Schuster, das ist etwas störend. - Ich bitte, die Unterbrechung zu entschuldigen. Bitte fahren Sie fort.

**Zeuge Ronny Liersch:** Inwieweit die Excel-Tabelle dann für die Zwecke der Operation aufbereitet war, um diese für das deutsche Strafverfahren zu benutzen, kann ich nicht beurteilen. Das habe ich nicht gesehen. Daran habe ich keine Erinnerung, inwieweit die schon aufbereitet war.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was den Fakt angeht, dass Sie sich jetzt nicht genau erinnern, ob Sie oder Frau Wiegand die Festplatte übernommen haben: Ich muss da noch ein bisschen genauer nachhaken. Sie sagen: Das ist nicht gleich am Anfang übergeben worden, sondern es hat dann eben irgendwann im Laufe dieser Lehrgangswache stattgefunden. - Haben Sie denn Kenntnis darüber oder irgendwie eine Erinnerung daran, an welchem Ort dann diese Festplatte aufbewahrt worden ist, bis Sie wieder die Heimreise angetreten haben? Ich bitte, diese Frage jetzt auch nicht als Indiskretion zu verstehen: Wie war denn die Unterbringungssituation in Selm? Hatten Sie Einzelzimmer, oder waren Sie da mit einem anderen Kollegen irgendwie noch? Haben Sie sich da ein Zimmer geteilt?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Ronny Liersch:** Zur Unterkunft in Selm: Ich war in einem Einzelzimmer untergebracht und, soweit ich weiß, auch jeder andere Kollege. Das Gelände Selm, das ist - -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich kenne das Gelände gut, ja. Ich weiß deswegen, dass es da auch andere Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Deswegen habe ich nachgefragt.

**Zeuge Ronny Liersch:** Okay. - Nein, ich war in einem Einzelzimmer und, soweit ich weiß, auch die anderen Kollegen alle in einem Einzelzimmer.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und Sie haben keine Erinnerung daran, an welchem Ort diese Festplatte aufbewahrt worden ist, also auf Ihrem Zimmer oder auf dem Zimmer der Kollegin Wiegand oder außerhalb Ihrer beiden Zimmer?

**Zeuge Ronny Liersch:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben ja auch keine konkrete Erinnerung daran, ob nun Sie oder die Kollegin Wiegand den Datenträger im LKA nach dem Lehrgang übergeben hat. Oder können Sie sich an diesen Umstand erinnern?

**Zeuge Ronny Liersch:** Auch nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie haben vorhin gesagt, dass Sie wissen, dass die Festplatte an den Kollegen Gruber übergeben worden ist, dass der die Festplatte in Empfang genommen hat. Woher wissen Sie das?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das hat er mir gesagt, und er hat die Daten aufgespielt, soweit ich weiß, weil er die für sein Verfahren benötigte.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, der Kollege Gruber hat Ihnen gesagt, dass er die Festplatte in Empfang genommen hat?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich weiß, dass er sie in Empfang genommen hat und die Daten überspielt hat.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, und woher?

**Zeuge Ronny Liersch:** Einer von uns beiden - Frau Wiegand oder ich - müssen die ihm übergeben haben. Ich habe aber keine Erinnerung daran. Für mich hat das die letzten drei Jahre keine Rolle gespielt. Deswegen kann ich mich nicht daran erinnern.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe noch eine abschließende Frage zum Lehrgang in Selm bzw. zu den Teilnehmern. Sie haben vorhin gesagt, dass aus dem Referat SO 12 nur Sie und Frau Wiegand dort gewesen sind. Sie haben aber auch mehr oder weniger beiläufig Lehrgangsbetreuer erwähnt. Gab es noch weitere Personen aus dem BKA, die mit Ihnen zusammen dort waren, aus anderen Referaten, oder, wie gesagt, vielleicht so eine Art Lehrgangsbetreuer?

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, in manchen Lehrgängen ist es so, dass noch von anderen Referaten Betreuer dazukommen. In diesem Fall kann ich mich nicht erinnern, ob noch andere Kollegen aus dem BKA da waren. Da das aber ein Europol-Lehrgang ist oder der von Europol veranstaltet wird und wir als Fachdienststelle direkt eingeladen werden, glaube ich, dass nur Julia Wiegand und ich an diesem Lehrgang teilgenommen haben.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Jetzt wechselt das Fragerecht zur Fraktion der SPD. Herr Grötsch hat das Wort. Bitte sehr.

**Uli Grötsch (SPD):** Herr Liersch, ich habe zuerst eine Frage zum „Project Spade“ und zur Kommunikation darüber bei SO 12, bei der Abteilung, bei der Sie im BKA beschäftigt sind. Im Mai 2011 gab es die Durchsuchungen in Kanada bei Azov Films. Im Juni/Juli wurde dann im Internet schon darüber diskutiert, dass da was am Laufen sein könnte, und dann vergingen noch viele Monate, bis Sie im Oktober dann die Festplatte in Selm in Empfang genommen hatten. War das „Project Spade“, das in Kanada betrieben wurde, bis da-



## 2. Untersuchungsausschuss

hin, bis der Toronto Police Service den Kontakt zum BKA gesucht hat, Thema bei SO 12? Haben Sie darüber gesprochen und haben gesagt: „Da könnte was auf uns zukommen“?

**Zeuge Ronny Liersch:** Daran habe ich keine Erinnerung. Ich weiß nicht. Mir sagt „Project Spade“ erst was seit OP „Selm“, und ich kann nicht beurteilen, ob das vor OP „Selm“ auch schon Thema war.

**Uli Grötsch (SPD):** Ihrer Erfahrung nach, wenn solch große Kinderpornoringe ausgehoben werden: Ist es dann so, dass eigentlich immer, wenn es internationales Agieren ist, Kunden aus Deutschland dabei sind, oder passiert es auch, dass Sie bei SO 12 mitbekommen, dass irgendwo in den USA oder wo auch immer ein großer Kinderpornohändlerring ausgehoben wurde und dann keine deutschen Kunden dabei sind?

**Zeuge Ronny Liersch:** Meist erfahren wir es aus der Presse, wenn keine deutschen Tatverdächtigen dort involviert sind. Es kann aber auch sein, dass am Rande von internationalen Tagungen bereits darüber gesprochen wird. Aber grundsätzlich werden wir involviert, sobald es dort deutsche Tatverdächtige gibt.

**Uli Grötsch (SPD):** Dann eine Verständnisfrage für mich, was Ihre Tätigkeit bei SO 12 angeht. Sie sind ja auch damit befasst, Sie selbst - ich sage mal -, Ermittlungen in Foren zu betreiben. Sind Sie das, der das auch im Blick hat, wie die Kommunikation da läuft? Ich spiele an eben auf die Diskussionen, die es schon im Juni/Juli 2011 in den einschlägigen Internetforen gab. Bekommen Sie das mit oder mitgeteilt, wenn Sie es nicht selbst sind, dass dort irgendwas rumort oder irgendwas köchelt?

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, ich selbst ermittle nur in - - Nein, es ist noch nicht mal ermitteln in bestimmten Foren, sondern wenn ich einen Hinweis bekomme, dass in einem bestimmten Forum strafbare Handlungen vollzogen werden, dann muss ich das überprüfen. Letztendlich bin ich aber nicht in einschlägigen Foren unterwegs. Da fehlt mir die Rechtsgrundlage. Das darf ich so nicht. Dafür gibt es andere Dienststellen, die da

für tätig sind, für uns tätig sind, falls sich daraus Erkenntnisse für uns ergeben, wo wir dann weiter tätig werden könnten.

**Uli Grötsch (SPD):** Das, was mir unter „Cyber-Streife“ bekannt ist oder so: Das machen Sie also nicht?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das mache ich nicht.

**Uli Grötsch (SPD):** Können Sie sagen, wer das macht fürs BKA?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das ist die Dienststelle SO 43.

**Uli Grötsch (SPD):** Aha, also eine - -

**Zeuge Ronny Liersch:** SO 42, weiß ich jetzt gar nicht.

**Uli Grötsch (SPD):** Ja, egal. Es muss nicht auf die Zahl genau stimmen.

**Zeuge Ronny Liersch:** Jedenfalls in der Gruppe SO 4.

**Uli Grötsch (SPD):** Also, jedenfalls eine andere Dienststelle des BKA, die Ihnen dann die Hinweise weitergibt. Wann haben Sie dann vom „Project Spade“ in Kanada erfahren? Es gab da eine ziemlich groß angelegte Pressekonferenz. Mir würde es reichen, wenn Sie jetzt sagen würden, über die Pressekonferenz oder durch einen Hinweis von Kollegen, oder wie auch immer.

**Zeuge Ronny Liersch:** Im Vorfeld von Selm habe ich von diesem Projekt meiner Erinnerung nichts mitbekommen. Erst dadurch, dass das in der Referatsbesprechung angesprochen wurde: „Es gibt jetzt eine neue Operation ‚Selm‘, und die Kollegin Wiegand bearbeitet das“, habe ich das erfahren.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay. - Ich bleibe noch ganz kurz beim BKA, bei SO 12 und bei dem, was Ihre Kommunikation angeht. Wie darf ich mir das vorstellen? So ein großes Umfungsverfahren, wie es „Tornado“ oder „Selm“ oder irgendjemand war: Wie ist das dann? Werden Sie dann ange-



## 2. Untersuchungsausschuss

sprochen von Kollegen aus anderen Abteilungen, aus anderen Referaten, die sagen: „Mensch, ihr habt ja wieder einen Riesenfall reinbekommen. Wo liegen denn die Fälle?“? Kann man sich das so vorstellen? Gibt es zwischen den Abteilungen, zwischen den Gruppen - sage ich mal - eine Kommunikation oder nicht?

**Zeuge Ronny Liersch:** Eher selten. Ich werde - - Mir ist jetzt kein Fall direkt präsent, wo mich jemand aus einer anderen Abteilung, aus einem anderen Referat direkt angesprochen hat. Sobald irgendwas, irgendwelche Fälle eine mediale Präsenz hervorrufen, kann es schon vorkommen, dass man da angesprochen wird auf einem Gelände: „Was macht ihr da? Bist du damit befasst?“ usw. Natürlich, ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Eigentlich haben Sie meine nächste Frage schon beantwortet, aber ich stelle sie trotzdem noch mal, weil es mir wichtig ist. Sie wissen, wer gemeint ist, wenn wir im Untersuchungsauftrag vom BKA-Beamten X sprechen, der auf der Liste entdeckt wurde von Ihrer Kollegin und dann - - Sie wissen, wen ich meine, wenn ich sage: „Der BKA-Beamte X“?

(Der Zeuge nickt)

Der BKA-Beamte X: Wurden Sie persönlich von dem angesprochen und nach irgendwas gefragt, was im Zusammenhang mit der OP „Selm“ ist?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich hatte noch nie mit dem Kollegen Kontakt.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay. Vielen Dank. - Haben Sie Kenntnis darüber, ob andere Kollegen von Ihnen aus SO 12 vom BKA-Beamten X auf die OP „Selm“ angesprochen wurden?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das weiß ich nicht.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay. Vielen Dank dafür. - Ich möchte noch mal auf den Serverraum zurückkommen. Herr Gruber hatte uns vorhin ein bisschen erklärt, was es mit dem Raum auf sich hat, in dem die Ablage „Paris“ befindlich ist. Dieser Serverraum - Ihrer Erfahrung nach; Sie sind jetzt auch schon drei Jahre ungefähr bei SO 12 -: Hal-

ten sich in diesem Raum auch andere Mitarbeiter des BKA auf außer den Mitarbeitern des SO 12? Oder kann man sagen: „Das ist der Serverraum von SO 12, und da gehen auch nur die Leute von SO 12 rein“?

**Zeuge Ronny Liersch:** Also, ich denke, Sie meinen den Auswerterraum, da, wo unsere Auswerterechner stehen, die mit dem Server verbunden sind.

**Uli Grötsch (SPD):** Also, Herr Gruber meinte, er hat dann die Daten von der Festplatte auf „Paris“ überspielt.

**Zeuge Ronny Liersch:** Genau.

**Uli Grötsch (SPD):** Und er meinte, „Paris“ befindet sich in einem Raum, zu dem alle Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel haben und sonst keiner. Den Raum meine ich.

**Zeuge Ronny Liersch:** Das ist unser sogenannter Auswerterraum. Die PCs, die da stehen, werden zu Auswertezwecken benutzt. Die sind mit einem Server verbunden, der aber nicht in diesem Raum steht. Zu diesem Auswerterraum haben nur Mitarbeiter von SO 12 Zutritt. Da gibt es einen eigenen Schlüssel. Jeder Kollege bei SO 12 hat einen eigenen Schlüssel. Sobald externe - zu Wartungszwecken der PCs usw. - Kollegen da Zutritt haben möchten, ist das nur unter Aufsicht von einem Kollegen von SO 12.

**Uli Grötsch (SPD):** Vielen Dank. - In diesem Auswerterraum befinden sich nur die Server, also kann man nur auf die Server von SO 12 zugreifen. Es könnte jetzt nicht irgendeine andere Gruppe auch von diesem Auswerterraum aus auf irgendwelche anderen für Sie - für eine andere Gruppe, sage ich mal - relevanten Server zugreifen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich weiß, ist das ein geschlossenes System, gerade aus dem Grund, dass man nicht von extern darauf zugreifen kann.

**Uli Grötsch (SPD):** Ist es Ihnen bekannt geworden, seit Sie bei SO 12 sind, dass es irgendwann



## 2. Untersuchungsausschuss

mal einen unerlaubten Zugriffsversuch gegeben hätte durch eine andere Gruppe oder ein anderes Referat?

**Zeuge Ronny Liersch:** Nicht, dass ich wüsste.

**Uli Grötsch (SPD):** Vielen Dank. - Zunächst keine Fragen mehr.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Dann frage ich Herrn Tempel: Haben Sie noch Fragen? - Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ich hätte noch drei kurze Nachfragen. - Erstens noch mal: Wie gesagt, es geht immer grundsätzlich um Datensicherheit und nicht um irgendwelche Sachen auf Sie bezogen. Aber grundsätzlich können Sie uns ja auch Auskünfte geben.

Was ich nicht ganz verstanden habe: Sie sagten, dass das BKA solche Daten grundsätzlich verschlüsselt, wissen jetzt aber nicht, ob die Daten auf dieser Festplatte verschlüsselt waren. Heißt das, es gibt dann öfter Ausnahmen? Das verstehe ich jetzt nicht, den Widerspruch. Entweder, es wird immer so gemacht. Dann müsste es ja in dem Fall auch so gewesen sein. Sie verstehen, worauf ich hinauswill.

**Zeuge Ronny Liersch:** Was ich damit meinte: Die Dateien, die bei uns auf dem Server liegen, die sind verschlüsselt. Wie die Verschlüsselung genau funktioniert - - Das macht die Abteilung IT, soweit ich weiß. Aber jeder von SO 12 kann auf diese Daten zugreifen. Aber in sich sind die verschlüsselt. Sobald wir Beweismittel versenden, sind wir dazu verpflichtet, diese Beweismittel zu verschlüsseln mit gängigen Verschlüsselungsprogrammen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Wenn wir einmal bei den gesicherten Daten sind, die dann verschlüsselt sind: Das ist - nehme ich an - bei Ihnen auch so geregelt, dass es einen Anwenderbetreuer gibt, der dann auch auf die Server und alles komplett Zugriff hat. Ist das einer? Können Sie den für uns benennen? Oder sind da mehrere tätig?

**Zeuge Ronny Liersch:** Mit dieser Aufgabe bin ich nicht betraut. Das weiß ich nicht, wer da die richtigen Ansprechpartner sind.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Okay, danke schön. - Dann gehe ich noch mal kurz ein kleines Stück zurück. Dann bin ich auch schon durch mit meinen Fragen. - Sie sagten, dass es bei der Überspielung der Daten von der kanadischen Kollegin auf Ihre Festplatte nicht so einfach war. Auch das hätte ich gerne noch mal nachgefragt. Also, was heißt „nicht so einfach“? Wir hatten hier, dass es um - - Wo habe ich es hingeschrieben? Herr Gruber sagte, es seien 400 Gigabyte gewesen, und Sie hätten eine 2-Terabyte-Festplatte gehabt. Was heißt jetzt „nicht so einfach“? War das jetzt nicht in der Zeit, wo Sie dabei waren? Waren Sie beim Überspielen dabei? War das ein Zeitraum, wo es dann länger irgendwo lag?

**Zeuge Ronny Liersch:** Was ich damit meinte: Ich weiß nicht genau, ob ich vorhin gesagt habe: „Es war nicht so einfach“ oder „Es hat länger gedauert aufgrund der großen Datenmenge“. Ich meine, ich hätte gesagt, dass das über Nacht überspielt werden muss oder musste.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ja, das kann sein. Manchmal geht auch bei mir mal ein Halbsatz dann unter. Deswegen fragt man ja einfach nach. - Danke schön.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank. - Ich frage die CDU/CSU: Haben Sie noch Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen? - Das ist nicht der Fall. Dann Frau Mihalic. Bitte sehr.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Liersch, ich habe auch noch eine Frage zu diesem Auswerteraum. Sie haben vorhin gesagt: Das ist ein Raum, da stehen PCs drin. Der Server, mit dem diese PCs verbunden sind, steht in einem anderen Raum. Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass es im Prinzip ein geschlossenes System ist. Oder vielleicht könnten Sie noch mal sagen, ob auf diesen Server, der auch in einem anderen Raum steht, irgendwie Zugriffe von außen möglich sind. Oder sind da nur die PCs angeschlossen, die in diesem Auswerteraum sind, und der Server ist sonst mit nichts verbunden?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Ronny Liersch:** Mit der genauen technischen Ausgestaltung dieses Servers bin ich nicht vertraut. Soweit ich das erklärt bekommen habe, ist das ein Server, auf den nur unsere Auswerterechner zugreifen können.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und auf diesen Auswerterraum haben auch nur Mitarbeiter des Referats SO 12 Zugriff, also auch in der - - Ich denke, das schließt natürlich jetzt nicht nur die Sachbearbeiterebene, sondern gewiss auch die Hierarchie mit ein. Darüber in der Hierarchie: Gibt es da auch noch Zugriffsmöglichkeiten?

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich weiß, bekommt jeder Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel für diesen Raum. Wer sonst noch einen Schlüssel dafür hat, weiß ich nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn man an diesen PCs arbeitet im Auswerterraum: So ein PC hat ja auch Laufwerke. Sind die offen, also kann man da auch Daten runterziehen?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ja. Die haben USB-Anschlüsse und CD-ROM-Laufwerke, weil wir sowohl Festplatten übergeben bekommen, gesendet bekommen, CDs, von denen wir die Beweismittel auf die Serverlandschaft überspielen müssen. Wenn wir die Beweismittel von dem Server herunterziehen, müssen wir auch eine CD brennen oder, wenn es große Datenmengen sind, Festplatten anschließen. Deswegen sind die offen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wird das denn irgendwie - - Oder Zugriffe auf diese Ablage - ich nehme jetzt beispielhaft mal die Ablage „Paris“ -: Werden die Zugriffe darauf irgendwie protokolliert?

**Zeuge Ronny Liersch:** Das weiß ich nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie wissen auch nicht, ob es da ein manuelles Protokoll gibt, dass man sich irgendwo einträgt oder so? Also, Sie wissen nicht, ob es ein elektronisches Protokoll gibt.

**Zeuge Ronny Liersch:** Genau. Es gibt - - Ich weiß nicht, ob es ein elektronisches Protokoll gibt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine abschließende Frage, und zwar: Sie haben vorhin, bevor wir die Sitzung unterbrochen haben, gesagt, dass Sie in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft im Prinzip keine Mitteilung darüber bekommen, was aus den Verfahren, die Sie so bearbeiten, wird, ob es eingestellt wird oder im Prinzip was damit passiert. Jetzt haben wir bei den übermittelten Akten im Prinzip einen ganzen Ordner voll mit Mitteilungen von der Staatsanwaltschaft über Einstellungen. Wo landen die denn?

**Zeuge Ronny Liersch:** Soweit ich weiß, sind gemäß Gesetz die Staatsanwaltschaften verpflichtet dazu, die involvierten Polizeibehörden über den Ausgang des Verfahrens zu informieren. Es gibt aber anscheinend Staatsanwaltschaften, die das nicht tun. Darum werden wir meist nicht informiert, wie ein Strafverfahren ausgeht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, wie gesagt: Wir haben einen ganzen Ordner voll von solchen Mitteilungen. Es ist eben nur die Frage, wenn Sie sagen, das dringt nicht bis zu Ihnen durch, eine solche Mitteilung: Wo bleibt die denn hängen auf der Strecke?

**Zeuge Ronny Liersch:** Ich kann mir vorstellen, dass sie dann einfach nicht von der Staatsanwaltschaft an das BKA gesandt wird.

(Uli Grötsch (SPD): Das muss er ja auch nicht wissen!)

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, aber - -

(Uli Grötsch (SPD): Das kann er gar nicht beantworten! Das muss er ja auch vielleicht gar nicht!)

- Gut. - Vielen Dank. Das war meine Frage.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank, Frau Mihalic. - Jetzt frage ich: Gibt es weitere Fragen? -



SPD nicht. CDU/CSU? - Herr Tempel haben Sie noch Fragen? - Frau Mihalic, haben Sie für die nächste Runde noch Fragen? - Dann gibt es keine weiteren Fragen vonseiten der Fraktionen. Ich habe auch keine mehr.

Dann, lieber Herr Liersch, bedanken wir uns ganz, ganz herzlich bei Ihnen. Sie haben uns weitergeholfen. Vielen Dank, dass Sie hier ausgesagt haben.

Ich möchte Sie jetzt noch ganz kurz darauf hinweisen - das hatte ich Ihnen vorhin schon gesagt -, dass Sie nach der Fertigung des Protokolls das Protokoll zugestellt bekommen, und dann können Sie selbstverständlich noch Korrekturen und Ergänzungen vornehmen, sofern Sie das für notwendig erachten. Das bekommen Sie vom Sekretariat.

Ich bin auch gehalten, Sie nach § 26 Absatz 2 PUAG zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung eines Zeugen abgeschlossen ist. Diese Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Das ist eine Formalie. Aber es ist auch für Sie als Zeuge wichtig, dass Sie das wissen.

Ich darf mich noch mal bedanken für Ihr Kommen. Wir wünschen Ihnen alles Gute, einen guten Heimweg.

Wir machen jetzt ein paar Minuten Pause. Dann kommt Frau Wiegand, und dann setzen wir die Vernehmung mit Frau Wiegand fort. - Herzlichen Dank, Herr Liersch. Alles Gute.

**Zeuge Ronny Liersch:** Vielen Dank.

(Unterbrechung von 18.35  
bis 18.38 Uhr)



**Vernehmung der Zeugin  
Julia Wiegand**

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen Sie noch ein bisschen, oder können wir anfangen? - Frau Wiegand ist jetzt da. Frau Wiegand ist auch startklar? - Dann können wir loslegen. Wunderbar.

**Zeugin Julia Wiegand:** Hallo, guten Tag. Mein Name ist - -

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Einen Moment.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, oh, Entschuldigung.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Erst lege ich los, und dann sind Sie dran. Wir machen das hier alles der Reihe nach. - Wir beginnen jetzt die Vernehmung von Frau Kriminaloberkommissarin Julia Wiegand.

Frau Wiegand, ganz kurz noch mal: Ich habe Ihnen ja den Gegenstand der Vernehmung vorhin schon skizziert. Ich habe Sie zur Wahrheit ermahnt. Ich habe Sie belehrt. Das haben wir alles schon gemacht. Jetzt kommen wir zur Vernehmung der Person. Deswegen darf ich Sie bitten, uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienort zu nennen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Guten Tag! Mein Name ist Julia Wiegand, geborene Mohr(?). Ich bin 33 Jahre alt und Kriminalbeamtin im Bundeskriminalamt in Wiesbaden in 65173 Wiesbaden.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herzlichen Dank. - Frau Wiegand, dann kommen wir auch direkt zur Vernehmung zur Sache. Ich habe das ja vorhin schon erläutert: Sie haben zunächst die Gelegenheit, im Zusammenhang aus Ihrer Sicht zu dem Gegenstand der Vernehmung, der Ihnen ja bekannt ist, auszuführen. Deswegen darf ich Ihnen das Wort erteilen. Wollen Sie das zunächst im Zusammenhang machen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, gut. Ich würde gerne zumindest sagen, dass ich Sachbearbeiterin der OP „Selm“ von Beginn an war und auch aktuell

noch bin, und würde mich dann gerne den Fragen stellen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Okay. Herzlichen Dank. - Dann beginne ich mal direkt mit den Fragen, und zwar: Sie waren Sachbearbeiterin OP „Selm“ von Beginn an, haben Sie gesagt, und noch bis jetzt. Das heißt, meine erste Frage ist: Die OP „Selm“ läuft noch?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, die OP „Selm“ läuft schon noch, wobei aber der Großteil der Akten abgearbeitet ist.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Können Sie mal ungefähr sagen, wie viel? Wir hatten ja rund 800.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sagen Sie mal ungefähr: Wie viel haben Sie schon geschafft?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben etwas über 800 Akten abverfügt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Und wie viel ist noch ungefähr übrig?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann man schwierig sagen, weil das noch ein Abstimmungsprozess auch mit der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt ist, was da noch in einzelnen Fällen gemacht wird. Aber das ist nicht mehr viel.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Rechnen Sie damit, dass Sie dieses Jahr noch fertig werden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Okay. - Dann darf ich Sie, Frau Wiegand, mal bitten, uns zu schildern, wie Sie zur OP „Selm“ gekommen sind, wie der Ablauf war. Sie waren ja auf dem Lehrgang in Selm; Sie haben die Festplatte mit übernommen. Das interessiert uns hier, dass Sie das vielleicht im Zusammenhang noch mal schildern, von Selm, bis es dann zur OP „Selm“ wurde.

**Zeugin Julia Wiegand:** Okay. - Ich war im Oktober 2011 auf einem Lehrgang in Selm, auf



## 2. Untersuchungsausschuss

einem international organisierten Lehrgang für Kinderpornografie. Ich wurde im Vorhinein von einem Kollegen, also von dem Herrn Gruber, der hier auch schon ausgesagt hat, darum gebeten - - bzw. er hat mich angesprochen, dass auf diesem Lehrgang von den kanadischen Kollegen Beweismittel zu einem Verfahren, was er gerade führt, übergeben werden soll. Zu diesem Zweck hat er uns, also dem Kollegen Liersch und mir, eine Festplatte mitgegeben. Auf diese Festplatte wurden die Daten dann von den kanadischen Kollegen überspielt, und wir haben die Festplatte dann eben wieder mit zurück nach Wiesbaden gebracht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wie kam es dann dazu, dass es die OP „Selm“ wurde? Wie läuft das ab? Wenn Sie uns das mal ganz kurz schildern. Sie bekommen also eine Festplatte. Herr Gruber hat uns erzählt, dass es dann überspielt wurde auf den Server „Paris“. Das haben wir hier schon gehört. Vielleicht schildern Sie uns das noch mal aus Ihrer Sichtweise. Wie ging das dann weiter? Sie haben also die Festplatte nach Wiesbaden mitgenommen. Wie geht es dann weiter?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wie gesagt, ich habe die in dem Glauben mitgenommen, dass es eben für das Verfahren von Herrn Gruber relevant ist und ich die jetzt nicht für mich mitbringe oder dass da unwahrscheinlich viele Daten jetzt für uns als neues Verfahren mit drauf sind, und habe sie ihm dann auch übergeben, als ich wieder in Wiesbaden war. Er hat es dann aufgespielt, hat es durchgeschaut und hat dann festgestellt, dass es für sein Verfahren nicht so relevant ist, dass da aber eben Beweismittel zu einem Umfangsverfahren drauf sind.

Dann ist das bei uns so geregelt, dass wir eine wöchentliche - - Wie soll man das sagen? Die eine Woche hat das eine Sachgebiet Eingangswoche und die andere Woche das andere Sachgebiet. Wir haben eben die Festplatte übergeben bekommen in der Woche, in der mein Sachgebiet die Eingangswoche hatte. Dann war eigentlich auch schon klar: Wer die Festplatte mitgebracht hat, der hat sie dann auch zur Bearbeitung be-

kommen. Also war ich dann letzten Endes die Bearbeiterin.

Und OP „Selm“ aus dem Grunde, weil es in Selm übergeben wurde. Also, es ist relativ banal.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Es ist dann ein neuer Vorgang angelegt worden.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, genau.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Haben Sie den neuen Vorgang angelegt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein. Den habe ich nicht angelegt. Den hat mein Sachgebietsleiter angelegt, und ich habe den dann Ende November übergeben bekommen als Sachbearbeiterin.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das heißt, es wurde ein neuer Vorgang angelegt.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ihr Sachgebietsleiter hat den angelegt.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ist das immer die Entscheidung des Sachgebietsleiters, ob ein neuer Vorgang angelegt wird?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das war also ein übliches Verfahren?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann darf ich Sie mal fragen: Wie ging das dann weiter? Wir wissen aus den Unterlagen, dass Sie die sogenannte Grob-sichtung vorgenommen haben.

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Jetzt sind wir alle daran interessiert, mal zu erfahren: Was genau haben Sie dann gemacht? Sie hatten also diesen Da-



## 2. Untersuchungsausschuss

tensatz. Beschreiben Sie uns doch mal ein bisschen, war wir unter Grobsichtung zu verstehen haben.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, gut. - Es war für mich jetzt insbesondere sehr schwierig. Ich war neu im Referat. Ich bin erst im August 2011 dahin gekommen und hatte nun diesen Vorgang vor mir. Ich habe ja auch schon gesagt, aufgrund von Abwesenheiten bin ich erst am 10. Januar dazu gekommen, mir diese Beweismittel auf dieser Festplatte mal anzuschauen. Dann ist es zunächst mal so, dass man versucht, sich einen Überblick zu verschaffen: Was ist da alles drauf? Wie hängt das miteinander zusammen? - Da habe ich eben auch diese Excel-Liste gesehen. Da waren ja Daten drauf. Ich habe mir als Erstes mal angeschaut, wie die strukturiert ist und wie man die irgendwie in Form bringen kann.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Hatten Sie von Vorgesetzten oder von Kollegen Hinweise, Kriterien, wie Sie bei dieser Grobsichtung vorgehen sollten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, ich hatte keine Hinweise. Ich wollte mir auch gerne erst mal ein eigenes Bild verschaffen, weil - ich glaube, das ist auch schwierig - jedes Umfangsverfahren wieder ganz anders aufgebaut ist. Das war ja jetzt ein ganz eigenes. Wir konnten ja eine Kundendatenbank wiederherstellen, und das ist in einem ganz anderen Umfangsverfahren wieder eine ganz andere Vorgehensweise. Von daher musste man sich da schon selbst mal einen Überblick verschaffen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie müssen uns jetzt doch noch mal ein bisschen weiterhelfen. Was heißt das: „Überblick verschaffen“? Sie haben diese Excel-Tabelle, Sie haben das Datenmaterial. Schauen Sie sich Namen an? Schauen Sie sich Berufsgruppen an? Schauen Sie sich die Fotos an, die Videos? Schauen Sie sich andere Daten an? Wie sieht diese Grobsichtung konkret aus?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, okay. - Also Grobsichtung bedeutet, dass man, wie ich gesagt habe, sich erst mal einen Überblick verschafft. Also, ich habe eine Excel-Liste. Auf der Excel-Liste

standen ja Personaldaten, aber Personaldaten nur dahin gehend, dass man eben keine Geburtsdaten hatte. Ich habe mich jetzt auch nicht für einzelne Namen interessiert, sondern es ging erst mal darum, zu gucken: Was kann ich dieser Tabelle entnehmen? Dieser Tabelle konnte man Familienname, Vorname entnehmen. Dann konnte man zum Beispiel die Adressdaten entnehmen. Dann konnte man die Bestellnummer von der jeweiligen Bestellung entnehmen. Dann musste man wieder in einen anderen Ordner gehen, diese Bestellnummer eingeben, und dann hat man das Bestellformular aufgerufen. In diesem Bestellformular hat man dann zum Beispiel gesehen, welche Produkte bestellt wurden. So haben diese ganzen Beweismittel ja miteinander zusammengehängt. Es war ja nicht so, dass man in der Excel-Liste auf einen Blick gesehen hat: Aha, zur Person X x Bestellungen. Das war einfach zusammenhängend, und diese Zusammenhänge musste man einfach mal feststellen, wie man sich durch diese Beweismittel klickt, um einer Person eben das vorzuwerfen, was darin enthalten ist.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Frau Wiegand, darf ich Sie fragen, ob bei dieser Grobsichtung schon die Kategorie 1 oder Kategorie 2 irgendeine Rolle spielt, straffrei oder straflos?

**Zeugin Julia Wiegand:** Überhaupt nicht. Die spielt noch gar keine Rolle. Wir gucken erst mal, was wir haben, und dann haben wir uns bzw. ich mir natürlich auch das Material angeschaut. Aber die Kategorienbildung ist erst viel später erfolgt. Die ist ja dann in Abstimmung mit der Generalstaatsanwaltschaft erfolgt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wir wissen aus den Unterlagen, dass Sie sich im Sommer 2012 dann mit der Generalstaatsanwaltschaft, mit ZIT, in Verbindung gesetzt haben. Können Sie uns das bitte mal schildern? Wie läuft so etwas? Sie hatten also eine Grobsichtung gemacht, von Januar bis Juli sich das mal angeguckt, und dann kam die Generalstaatsanwaltschaft ins Spiel. Wie läuft das?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es ist so, dass wir auf der einen Seite eine Grobsichtung gemacht haben, auf der anderen Seite aber auch schon hausintern



## 2. Untersuchungsausschuss

zum Beispiel die Stelle ... (akustisch unverständlich) kontaktiert haben, die uns eine Datenbank programmieren konnte, wo wir diese Massendaten zum Beispiel einspielen. Ja, genau. Und dann haben wir schon aufbereitet, um das Verfahren überhaupt der Generalstaatsanwaltschaft vorzustellen. Das heißt, wenn man die das erste Mal kontaktiert, muss man denen ja auch schon präsentieren, was diese Beweismittel beinhalten. Das heißt, wir haben uns schon ein paar Videos und Filme angeguckt, haben da schon so ein paar Problempunkte einfach aufgeschrieben, dass es zum Teil grenzwertig ist. Wir haben eine ungefähre Beschuldigtenzahl angegeben. Wir haben uns einen Überblick über die Daten verschafft, zu der Person vorzulegen, und haben auch schon einen Vermerk erstellt, den wir der ZIT dann auch schon vorab geschickt haben.

Am 05.07. haben wir die telefonisch kontaktiert. Am Telefon haben wir ihnen das Verfahren erklärt, und dann haben die mit uns einen Termin vereinbart für den 23.07. Für diesen Termin sollten wir eben auch Film- und Videomaterial mitbringen, dass man sich das gemeinsam anschaut, um eben diese Kategorisierung abzusprechen. Wir sollten eine PowerPoint-Präsentation erstellen, wo wir das Verfahren eben einfach auch noch mal kurz vorstellen. Und das haben wir in der Zeit gemacht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Frau Wiegand, ab welchem Zeitpunkt machen Sie eine sogenannte Open-Source-Abfrage zu einzelnen Namen aus der Liste?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben das gemacht in dem Moment, wo wir die Person identifiziert hatten über das jeweilige Landeskriminalamt, wir also komplette Personalien zu der Person hatten, und in dem Moment, wo wir die Akte zu der einzelnen Person erstellt hatten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Welcher Zeitpunkt war das bei der Bearbeitung des Datenmaterials?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das war ja fortlaufend. Wir haben jetzt im Laufe der Zeit über 800 Akten abgearbeitet. Wenn ich eine Person habe, an deren Akte ich jetzt gerade dran bin, die zusam-

menzustellen, dann mache ich in dem Zusammenhang, wenn ich eine Erkenntnismitteilung aus dem Inland zurückbekomme und die Person gilt als identifiziert, eine Open-Source-Recherche, und das wird dann eben auch in der Akte entsprechend dokumentiert.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Uns interessiert natürlich der Zeitpunkt, ab wann es konkret wird bei einer Person. Das heißt, Sie müssten uns jetzt noch mal darlegen, wie Sie zu einer Priorisierung kommen, also wie Sie von der Grobsichtung zu einer konkreten Sichtung kommen. Wir sind ja jetzt erst bei der Kontaktaufnahme zur ZIT im Juli 2012. Wie geht das dann weiter?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben uns dann mit der ZIT eben darauf geeinigt, dass es zwei Kategorien in der OP „Selm“ gibt, nämlich die Kategorie 1 „Kinder- und Jugendpornografie“ und die Kategorie 2 „strafrechtlich nicht relevantes Material“. Wir hatten eben auch Beispielfilme mit hingenommen und sind diese Beispielfilme durchgegangen, anhand derer wir diese Kategorien gebildet haben. Wir sind dann zurückgekommen und hatten den Auftrag, uns das komplette Beweismaterial dahin gehend anzugucken, haben dann Auswertevermerke erstellt.

Unsere erste Priorisierung war dann: Etwa die Hälfte der Beschuldigten hatte Produkte der Kategorie 1 bestellt. Das war unser erster Anfasser, dass wir erst mal das, was als kinderpornografisch eingestuft wurde, abarbeiten. Das war dann auch die erste Erkenntnis Anfrage an die Landeskriminalämter; die war im November 2012. Die hat eine Liste von über 400 Beschuldigten, die Kategorie-1-Produkte bestellt haben. Das war die erste Priorisierung. Genau.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wie schwer ist es, diese Kategorisierungen vorzunehmen? Können Sie uns das mal beschreiben? Sie haben das so ein bisschen salopp geschildert: Ich gucke mir die Filme alle an, und dann sage ich 1 oder 2.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, so - -

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Genau. Wir hatten nämlich beim letzten Mal Sachverständige hier,



## 2. Untersuchungsausschuss

die uns auch noch mal sehr klar gemacht haben, dass es durchaus sehr schwierig ist, zwischen strafbewehrt und nicht strafbewehrt zu unterscheiden. Vielleicht helfen Sie uns mal ein bisschen, zu verstehen, wie Sie da vorgehen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, wie gesagt, wir haben mit der ZIT Kriterien abgesprochen, haben uns einzelne Videos angeschaut, dann zusammen mit der ZIT die einzelnen Videos kategorisiert und sind dann zurückgekommen und haben anhand der Kriterien auch das restliche Beweismaterial kategorisiert. Man muss sagen, dass es gerade in dem Verfahren schon schwierig war, diese Abgrenzung zu treffen, weil auch in Kategorie 1 jetzt kein schwerer sexueller Missbrauch in den Bildern gesteckt hat, sondern das waren auch Posting-Darstellungen. Da war die Grenze schon schwierig zu ziehen. Deswegen war auch diese enge Abstimmung mit der ZIT notwendig, dass die uns eben auch dabei helfen, das zu kategorisieren.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Nehmen Sie dann zwischendurch auch mit der ZIT noch mal Kontakt auf, wenn Sie Grenzfälle haben, dass Sie da noch mal anrufen oder denen das schicken oder jemand vorbeikommt, um das einzuordnen, oder machen Sie die Einordnung alleine und präsentieren der ZIT dann Ihr Ergebnis?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben die erste Einordnung auf Grundlage der Besprechung bei der ZIT alleine gemacht, aber der ZIT wurde ja die komplette Kategorisierung noch mal vorgelegt. Zwischendrin gab es aber immer wieder auch Absprachen. Wir hatten Nachlieferungen von Beweismaterial, wo wir dann mit denen rückgekoppelt haben. Da gibt es schon einen ständigen Kontaktaustausch.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank so weit. - Ich möchte jetzt noch einen Komplex ansprechen, dass wir den auch hier am Anfang direkt einführen. Das ist das Thema: der Beamte X. Sie wissen, wen wir mit dem Beamten X meinen. Sie waren ja schon im Innenausschuss. Sie sind diejenige, die den Namen auf der Liste entdeckt hat. Können Sie uns das bitte schildern, damit wir alle das noch mal nachvollziehen können, auch

über das hinaus, was Sie im Innenausschuss gesagt haben? Einfach mal der Reihe nach im Zusammenhang, wie das gewesen ist. In welchem Stadium der Sichtung waren Sie, und wie genau vollzog es sich, dass Sie den Namen entdeckt haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Letzten Endes war das ja am 10.01., als ich die Liste aufgerufen habe und versucht habe, mir den Überblick über diese Liste zu verschaffen, dass ich runtergescrollt bin und dass ich - ich kann es nicht erklären - durch Zufall auf diesen Namen gestoßen bin und mir dieser Name einfach bekannt war, vor allem im Zusammenhang mit dem Wohnort. Ja, dann war ich natürlich erst mal kurz sprachlos. Dann bin ich aber direkt zu meinem Sachgebietsleiter und habe ihm davon geschildert. Dann haben mein Sachgebietsleiter und ich letzten Endes entschieden, bzw. er hat es für mich entschieden, dass wir zunächst einmal versuchen müssen, die Person zu identifizieren, eindeutig, weil, wie gesagt, das waren Kundendaten. Die waren jetzt ja auch nicht verifiziert. Da waren E-Mail-Adressen angegeben. Wir haben dann Bestandsdaten erhoben zu diesen E-Mail-Adressen, bis sich dann über Abklärung ergeben hat, dass es sich um die Person handeln muss.

Dann habe ich im Zeitraum vom 10. Januar bis zum 30.01. eben die Akte erstellt zu dieser Person. Die wurde ja dann am 1. Februar an die Staatsanwaltschaft Mainz zur weiteren Bearbeitung abgegeben.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wie ging es dann weiter mit der Liste? Sie haben dann ja unterbrochen bis zum 1. Februar. Wie ging es dann weiter? Haben Sie die Liste weiter bearbeitet?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich habe dies sukzessive weiterbearbeitet, nicht nur die Liste an sich, sondern auch immer mal wieder in das Beweismaterial reingeschaut, wie ich auch eben schon gesagt habe. Es galt ja dann auch schon, die Vorbereitung zu treffen, Absprachen mit unserer Servicedienststelle für diese Datenbank. Da gab es ein paar Gespräche, wie man das am besten aufbereiten kann in diesem Verfahren. Dann habe ich schon angefangen, diesen Vermerk für die ZIT zu



## 2. Untersuchungsausschuss

schreiben, und dann immer sukzessive diese Liste weiter bereinigt, aber eben nicht hauptamtlich, also nicht freigestellt von anderen Tätigkeiten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ich habe noch eine Frage, und dann bin ich mit meinen Fragen erst mal durch. Und zwar haben wir in unseren Unterlagen eine E-Mail, bei der Sie auch „CC“ sind, eine E-Mail von Ihrer Kollegin Julia Greiner. Darin wird sehr klar beschrieben, dass Sie besondere Fälle in den Akten haben. Auch über Berufsgruppen usw. wird da gesprochen. Der Zeitpunkt ist Juli 2013. Können Sie sich daran erinnern, dass Sie das zu bestimmten Fällen so konkretisiert haben, Namen, Berufsgruppen usw.? In welchem Stadium war das, wenn Sie sich mal erinnern, im Juli 2013?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es gibt bestimmte Berufsgruppen bzw. eigentlich fast alle Berufsgruppen innerhalb der OP „Selm“. Wenn wir so etwas festgestellt haben, dann war das zu dem Zeitpunkt, wo wir entweder eine Rückmeldung vom Inland bekommen haben, oder aber, wo wir bei der Aktenerstellung eine Open-Source-Recherche durchgeführt haben und über eine Open-Source-Recherche da etwas herausgefunden haben.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ergänzende Frage noch mal dazu: Spielen denn Berufsgruppen bei Ihrer Recherche im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendpornografie eine Rolle?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das spielt für uns dahin gehend eine Rolle, dass das ein weiterer Faktor für die Priorisierung war. Wir haben, wie ich eben schon gesagt habe, zunächst mal die Kategorie 1 priorisiert. Innerhalb der Kategorie 1 haben wir dann noch mal priorisiert zum Beispiel Personen, die in direktem Umgang mit Kindern stehen. Das heißt, wenn wir bei einer Open-Source-Recherche festgestellt haben, das ist eine Berufsgruppe, die direkten Kontakt zu Kindern hat, dann war das für uns noch mal eine Priorität. Also dahin gehend spielte es schon eine Rolle für uns.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Welche Berufsgruppen gehören dazu? Können Sie uns das bitte mal sagen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann das jetzt nicht abschließend sagen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Nein, aber dass wir mal einen Eindruck bekommen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Zum Beispiel Lehrer oder ein Kinderarzt. Aber das sind ja auch - das muss man ja auch dazusagen - - Oder wir haben zum Beispiel auch jemanden priorisiert, der selbst Kinder hat. Das war für uns dann auch noch mal eine Priorität.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Spielt die Berufsgruppe Politiker/Politikerin eine Rolle bei der Priorisierung?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, für uns hat die keine Rolle gespielt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Da haben Sie auch nicht gezielt nachgeguckt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, haben wir nicht gezielt - - Wir haben nach keiner Berufsgruppe gezielt geguckt, sondern wir haben eine Open-Source-Recherche durchgeführt, und wenn wir da ein Ergebnis hatten, dann haben wir das auch mit aufgenommen und auch entsprechend informiert. Aber wir haben nicht gezielt danach geguckt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank, Frau Wiegand. - Ich bin erst mal mit meinen Fragen so weit durch. Jetzt kommt die Befragung durch die Fraktionen. Die Fraktionen haben ein Kontingent innerhalb der Berliner Stunde. Wir machen das nach dem Prinzip Rede und Gegenrede zwischen Opposition und Koalitionsfraktionen. Deswegen hat jetzt als Erster Herr Tempel von der Fraktion Die Linke das Wort.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Danke schön. - Auch bei Ihnen möchte ich zu Beginn noch mal sagen: Es geht nicht darum, dass Sie sich wegen irgendwas rechtfertigen müssen, sondern Sie sollen uns



## 2. Untersuchungsausschuss

im Prinzip helfen, bestimmte Vorgänge, zeitliche Abläufe, Datensicherheit usw. zu verstehen, um auch entsprechend für uns Schlussfolgerungen ziehen zu können, ob alles weiter so sein muss, wie es bisher war, oder ob auch wir von der politischen Seite her bestimmte Sachen ändern müssen.

Deswegen fange ich gleich noch mal ganz zu Anfang bei dieser Übernahme der Daten an. Da habe ich nicht ganz mitbekommen, wie Sie das wahrgenommen haben. Die kanadische Kollegin hat also Ihnen und Ihren Kollegen praktisch die Daten gegeben. Wie ist das jetzt genau abgelaufen? Haben Sie da reingucken können? Haben Sie dazu Erläuterungen bekommen? Haben Sie schon mal einen Blick auf den Inhalt, also auch auf die Excel-Tabelle, nehmen können, oder hatten Sie gar nichts damit zu tun?

Um Zeit zu sparen, auch gleich: Wie ist das dann mit dem Überspielen gelaufen? Wenn Sie das noch mal im Detail schildern können.

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir sind eben nach Selm gefahren und haben eine Festplatte von einem Kollegen mitbekommen, die wir mit dahin genommen haben. Da hat uns die kanadische Kollegin angesprochen, dass sie eben Daten für den Kollegen dabei hat, und gefragt, wann es die Möglichkeit gibt, diese Daten zu überspielen. Dann gab es eben den einen Tag, wo wir uns mit ihr kurz an den Rechner gestellt haben.

Es ist für mich wahnsinnig schwierig, mich daran zu erinnern, weil ich dem damals keine Bedeutung beigemessen habe, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich habe die Festplatte mitgenommen in dem Glauben, dass ich für den Kollegen Material mitbringe. Dann hat sie aber meinem Kollegen und mir schon ganz kurz einen Blick gewährt und hat irgendwas erklärt, und mein Kollege hat auf die Bilder geguckt - da waren schon kurz Bilder - und hat gesagt: Na ja, es könnte strafrechtlich grenzwertig sein, aber wir nehmen es mit, und wir überprüfen. - Ich, ziemlich neu im Referat, habe daneben gestanden, und wir haben die dann eben mit zurückgebracht und dem Kollegen übergeben.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** War Ihnen da etwas bekannt, dass die Daten auf der Festplatte verschlüsselt waren, oder haben Sie ein Passwort mitbekommen oder Ähnliches?

**Zeugin Julia Wiegand:** Daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich habe die Daten ja auch nicht aufgespielt.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Auch ohne jeglichen Vorwurf an Sie, nur zum Thema Datensicherheit: Haben Sie bei solchen Gelegenheiten - - Das ist ja nicht unbedingt der übliche Weg, wie sensible Daten weitergegeben werden. Waren Sie selber bei dem Lehrgang mit privatem Laptop etc.?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ob ich selber mit privatem Laptop da war? Nein.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Aber rein theoretisch wäre das möglich, nicht ausgeschlossen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Dass ich meinen privaten Laptop da mit hinnehme?

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ja.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das wäre möglich gewesen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Wenn es leichte Verzögerungen gibt: Ich versuche, Ihnen nichts an Fragen zu stellen, was Sie gerade schon beantwortet haben. Deswegen muss ich immer meine Liste durchgehen.

Auch die Frage noch an Sie: Bei dem Lehrgang - Sie waren dort, der Kollege Liersch war dort - waren da noch andere Abteilungen des BKA vertreten, aus anderen Landesdienststellen vielleicht, oder ist Ihnen da etwas bekannt gewesen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich weiß, dass noch ein deutscher Kollege teilgenommen hat. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, von welcher Dienststelle der war. Aber der war nicht vom BKA. Aber mit dem gab es da eigentlich keinen Kontakt.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut. - Auch noch offenegeblieben ist jetzt - wie gesagt, auch rein generell müssen wir das wissen -: Die Festplatte wurde dann von Ihnen im normalen Gepäck mit nach Hause transportiert und dann am nächsten Dienstag in der Dienststelle übergeben?

**Zeugin Julia Wiegand:** So, wie ich mich daran erinnere - aber ich habe gesagt, ich erinnere mich nicht mehr gut daran -, muss ich die Festplatte dem Kollegen übergeben haben.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Danke schön. Ich meine, es ist ja auch eine Zeit vergangen. Das verstehen wir dann auch durchaus.

Wann und von wem - jetzt auch vom Zeitpunkt her: Sie haben die Festplatte abgegeben; Sie wissen also so ziemlich genau, wann die angekommen ist; wir wissen auch, dass danach in Bezug auf das andere Verfahren Ihr Kollege da auch noch reinschauen musste - haben Sie denn jetzt konkret den Auftrag bekommen, dass Sie anhand dieser Daten ein weiteres Verfahren zu führen haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich habe den VBS-Vorgang in meiner Erinnerung am 21.11. zugewiesen bekommen. Damit verbunden ist natürlich dann auch der Auftrag, dieses Verfahren zu bearbeiten.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Sie haben dann die Grobsichtung beschrieben. Wann war denn eigentlich so der Zeitpunkt, wo Sie von einer Grobsichtung direkt in die Sachbearbeitung eingestiegen sind?

**Zeugin Julia Wiegand:** Was meinen Sie jetzt mit „Sachbearbeitung“? Meinen Sie Aktenerstellung oder - -

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ja, Sie haben ja gesagt, Sie müssen sich erst einen Überblick verschaffen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Das ist auch völlig normal, dass Sie erst mal wissen: Worum geht es überhaupt? Das haben wir auch, denke ich, so

weit verstanden. Irgendwann haben Sie aber angefangen, auch Daten zu vervollständigen, also Kreditkartenabfragen usw. zu machen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Das ist zu einem viel späteren Zeitpunkt erfolgt. Die erste Erkenntnis-anfrage ist eben am 02.11.2012 an die Landeskriminalämter geschickt worden. Da ging es zum ersten Mal um die Bestätigung der Personalien. Wir haben aber davor - und zwar muss das vor dem Treffen mit der ZIT gewesen sein - auch für diese unvollständige Liste hausintern einen Massenabgleich durchführen lassen, also was die E-Mail-Adressen und was die Personaldaten angeht. Wenn wir da in der Liste Treffer hatten auf Personen, für die zum Beispiel schon Vorerkenntnisse wegen sexuellem Missbrauch oder wegen Besitzes von Kinderpornografie bestanden, dann haben wir einen entsprechenden Eintrag in unsere Datenbank dazu getätigt, dass wir eben diese Personen nachher auch wieder priorisiert abarbeiten. Aber da waren die Daten eben auch noch nicht überprüft und vervollständigt.

Dann ist am 02.11. die Erkenntnis-anfrage rausgegangen, und erst im Januar 2013 wurden die Kreditkartendaten erhoben.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Hatten Sie selber mit der Festplatte während der Sachbearbeitung noch mal zu tun? Wir haben ja erfahren, dass die Daten auf den Server überspielt wurden. Entsprechend: Was ist mit der Festplatte? Ist die ein Beweismittel? Ist die irgendwo archiviert?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich habe mit der Festplatte nichts mehr zu tun gehabt. Ich habe dann auf die Beweismittel eben unten bei uns im Auswerteraum zugegriffen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Spielt das nicht irgendwie eine Rolle, wenn auch die Sicherheit der Daten bestätigt sein muss, die Herkunft der Daten bestätigt sein muss, wenn man später mit dem Verfahren auch vor Gericht steht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Also, ich - -



## 2. Untersuchungsausschuss

**Frank Tempel** (DIE LINKE): Sie haben ja irgendwann Verstärkung bekommen bei der Bearbeitung. Ab welchem Zeitpunkt ist das denn erfolgt? Haben Sie die Verstärkung angefordert? Haben Sie die Datenmenge irgendjemandem mitgeteilt und darauf - - Oder wie ist diese Verstärkung zustande gekommen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, gut, ich habe schon fortlaufend darauf hingewiesen, dass es sich da um ein größeres Verfahren handele und dass ich da jemanden brauche, der mich unterstützt. Ich habe dann offiziell eben zum Juli 2012 - ich muss jetzt gerade selbst überlegen - eine Kollegin dazu bekommen. Wir wurden ab diesem Zeitpunkt auch von anderen Tätigkeiten freigestellt. Die Kollegin hat - ich müsste jetzt - - ein, zwei Monate vorher aber auch schon unterstützt bei der Vorbereitung für das Gespräch von der ZIT. Aber offiziell dann - -

(Signalton)

- Ja?

**Frank Tempel** (DIE LINKE): Dann bis später.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank. - Frau Wiegand, nicht dass Sie sich wundern, warum wir hier Wecker haben. Aber die dienen dazu, dass die Redezeit der Fraktionen eingehalten wird. Wunderbar.

Das Fragerecht wechselt zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Schuster, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Frau Wiegand, wir kennen uns jetzt ja schon ein bisschen. Das ist das dritte Mal. Deswegen traue ich mich, gleich am Anfang bei Ihnen eine der entscheidenden Fragen zu stellen, die den Ausschuss natürlich bewegt. Nach dem, was ich rekapituliert habe, auch aus Ihren beiden Aussagen im Innenausschuss, kannten Sie den Einzelvorgang Edathy von der Eingabe der Kreditkartendaten etwa Ende Juni 2013, weil der ja einer der Fälle war, die erst Kategorie 2 waren, also erst später dran waren. Habe ich es richtig verstanden: Es lag schon deshalb so lange im BKA, weil

er Ihrer Kategorisierung und der Entscheidung der ZIT nach ein Fall der Kategorie 2 war?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann sind wir - richtig - bei Juni 2013, diese Kreditkartenrecherche. Da müssten Sie den Fall theoretisch das erste Mal nach Ihren Aussagen tatsächlich vor Augen gehabt haben. Deshalb noch mal - ich muss es einfach fragen; Sie beantworten es, wenn sich nichts geändert hat, so wie immer -: Sie haben ihn einfach nicht erkannt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Hat Sie denn vor dem 15. Oktober 2013 - das war ja der entscheidende Tag, wo Sie es dann erfahren haben - mal irgendjemand gebeten, nach diesem bestimmten Namen in der OP „Selm“ zu recherchieren, zu suchen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Hat Sie denn nach dem 15. Oktober jemand angerufen, wo Sie sagen würden, das war eigentlich eine unbefugte Anfrage, -

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, auch nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - weil er dazu gar nicht berechtigt gewesen wäre?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, auch nicht. Ich habe das auch an dem 15. selbst nicht mitbekommen, weil ich da nicht im Dienst war, sondern ich bin dann nach dem Wochenende den Montag wieder in den Dienst gekommen und bin dann darüber informiert worden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Mit wem genau hatte der Beamte, den ich jetzt persönlich nicht kenne, von der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg bei Ihnen direkt Kontakt? Wer war das?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich weiß, dass er die Frau Greiner, meine Kollegin, angerufen hat, die an



## 2. Untersuchungsausschuss

dem Tag im Dienst war und die diese Liste auch versendet hat.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Jetzt werde ich wirklich neugierig. Das ist dann ja schon eine Information, die nicht alltäglich ist. Darüber müssen Sie sich ja mit Frau Greiner unterhalten haben. Was hat sie erzählt? Was haben Sie wahrgenommen? Welches Stimmungsbild hatte sie? Was hat sie erzählt, was ihr der PI-Beamte erzählt hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wie gesagt, an dem 15. selbst war ich nicht im Dienst. Das ist anscheinend, wie ich aus den Unterlagen entnehmen konnte oder auch aus den Gesprächen dann nachher - wie war das schon mal irgendwo so schön aufgeschrieben? -, wie eine Bombe eingeschlagen bei uns. Ich bin dann erst nach dem Wochenende, nachdem an dem Wochenende auch schon unheimlich viel geschrieben wurde, am Montag wiedergekommen und habe mich eben mit der Frau Greiner darüber unterhalten.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Sind Sie an dem Wochenende angerufen worden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Was sagte sie denn?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich bin morgens ins Büro gekommen und habe ihrem Gesichtsausdruck schon entnehmen können, dass irgendwas nicht stimmt. Dann kam noch unser stellvertretender Referatsleiter dazu und hat die Tür zugemacht, und dann haben mich beide darüber informiert, dass in dieser Liste, die wir eben versendet haben, ein, ja, Bundestagsabgeordneter - -

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Kannten Sie ihn dann, oder haben Sie in dem Gespräch dann - von wem auch immer - gehört, wer der eigentlich ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kannte ihn nicht. Das ist für mich ja auch nicht leicht zuzugeben, und es ist auch schwierig. Aber ich kannte ihn auch

in dem Moment nicht. Mir wurde natürlich klar aufgrund der Tatsache - - Es ist klar: Mitglied des Deutschen Bundestages, als das dann - - Da wusste ich schon: Oh Gott, was haben wir da gemacht? Aber der Name, wie gesagt, hat mir nichts gesagt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Frau Wiegand, ich gehöre zu den Abgeordneten - ich bin erst seit fünf Jahren hier -, die sich nicht so wichtig nehmen. Ich glaube nicht mal, dass in meinem Wahlkreis mich jeder Zweite kennen müsste. Das ist jedenfalls meine Erfahrung. Sie sind also in bester Gesellschaft, keine Sorge.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Aber es  
hat Sie jeder Zweite ge-  
wählt!)

Aber was mich interessiert, ist natürlich, was Sie erfahren haben über dieses Telefonat von diesem - - Das war ja ein Telefonat. Der Beamte aus Nienburg hat die Frau Greiner angerufen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Was hat der gesagt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann das jetzt wirklich nur noch aus den Erzählungen und aus dem, was ich im Rahmen der Aufbereitung gelesen habe, wiedergeben, dass er irgendwie sinngemäß gesagt haben muss: „Wissen Sie eigentlich, wer da auf der Liste steht? Ist Ihnen der Name bekannt?“, und dass sie eben schnellstmöglich auch bei uns im Haus die Hierarchie darüber informieren sollte, dass dieser Name auf der Liste steht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, wunderbar. - Hat er etwas erzählt, welche Hierarchie er informiert hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das weiß ich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Wenn der Ihnen solch einen Tipp gibt, was hat denn der dann selber alles gemacht? Wissen Sie da irgendwas?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, darüber weiß ich nichts.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie denn vom Dienstweg des Vorgangs nach Niedersachsen eine Mutmaßung machen, durch welche Hände dieser Vorgang gegangen sein muss, bis er in Nienburg bei dem Beamten angekommen ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir versenden diese Erkenntnisanfragen ja an die Ansprechstellen Kinderpornografie der Landeskriminalämter. Das heißt, da hat den Vorgang jemand in der Hand haben müssen, um ihn dann eben an die zuständige Polizeidienststelle - - Also im besten Fall zwei Personen, eine Person beim LKA und dann bei der örtlichen Dienststelle. Aber es könnten auch mehrere gewesen sein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie wissen nicht, ob das über die PD Göttingen gelaufen ist, oder?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Weil da wäre ja, wenn man jetzt an Hierarchie denkt, vor der PI eine PD noch im Spiel. Ich vermute, Göttingen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber das wissen Sie nicht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie etwas erfahren von Frau Greiner, so nach dem Motto „Das weiß jetzt schon halb Nienburg“?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein. Für mich war das eher im Gegenteil, dass man eben erst mal gesagt hat, man muss jetzt mal informieren und überlegen, wie man damit umgeht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber die Wahrscheinlichkeit, dass es in der PI Schaumburg der Beamte nicht für sich behalten hat - - Das ist zwar eine Mutmaßung, aber ich vermute, das sind mehrere, die das wussten, oder?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Aber das sind noch mal die - -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Ich möchte da ganz kurz einhaken. - Frau Wiegand, das Material, das Sie versandt haben, also die Listen, die Sie versandt haben, waren die irgendwie vorbereitet, damit dann vom Landeskriminalamt weiterverteilt werden konnte, oder waren die bereits von Ihnen vorsortiert, sodass man sie im Grunde regional oder nach Namen oder nach welchem Kriterium auch immer hätte aufteilen können? Denn klar ist ja, dass es nur häppchenweise weiterging und dass in Nienburg nur ein kleiner Teil, nämlich der dort regional auch tatsächlich zuständig gewesen war - - Haben Sie also Vorbereitungen getroffen, damit diese Listen aufgeteilt werden konnten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das sind ja Excel-Listen, und die Excel-Listen werden automatisiert generiert aus unserer anderen MySQL-Datenbank. Da gibt es die Möglichkeit, als Erstes schon mal zum Beispiel nach Bundesland zu sortieren.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Und das haben Sie auch getan?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das haben wir bei der Versendung gemacht. Das kann aber jedes Bundesland ja dann noch mal anders nach seinen eigenen Bundesländern, oder es kann die anderen ausblenden. Es ist eine Excel-Tabelle, die zu bearbeiten ist.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay.

**Zeugin Julia Wiegand:** Und dann muss aber das LKA letzten Endes entscheiden -das ist auch bei jedem LKA unterschiedlich -, inwiefern die das dann eben an die PDen steuern oder direkt an die



## 2. Untersuchungsausschuss

örtliche Polizei. Das wird ganz unterschiedlich gehandhabt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Aha. Das geben Sie also erstens nicht vor, -

**Zeugin Julia Wiegand:** Das geben wir nicht vor, nein.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): - und Sie treffen auch keine Vorkehrungen dafür, dass dann weiter verteilt werden kann und wie dann dieses Material aussieht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein. Es gibt auch Landeskriminalämter, die die Erkenntnismitteilung zunächst einmal selbst beantworten, die das nicht noch an eine kleinere Polizeidienststelle schicken zur Beantwortung.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Danke.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber theoretisch heißt das - - Das müssen wir jetzt alles herausfinden. Aber theoretisch wäre es so, wenn ich „Polizei“ richtig verstehe: Sie ans LKA.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn LKA jetzt Dienstwege einhält, eher PD, und PD verteilt dann weiter an PI. Das wäre theoretisch der Dienstweg.

Sie haben, glaube ich, 16 solcher Fälle an Niedersachsen mitgeteilt. Stimmt das?

**Zeugin Julia Wiegand:** An die genaue Anzahl kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das müssen wir noch mal herausfinden.

Jetzt will ich noch, um einfach ein paar Dinge mal beiseiteschieben zu können für die Frage, wer weiß alles Bescheid - - Sie haben gesagt, Sie haben eine PowerPoint-Präsentation gemacht bei der ZIT und haben etliche Rückkopplungen gemacht bei der ZIT, immer wieder zu den Katego-

rien und den Fällen. Müssen wir auch Mitarbeiter der ZIT einladen, um ihnen die Frage zu stellen, warum sie den Namen nicht erkannt haben? Bestünde theoretisch die Chance, dass man das auch bei der Generalstaatsanwaltschaft hätte erkennen können?

**KD Dr. Tillmann Keber** (BKA): Nein, das muss sie nicht beantworten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herr Schuster, die Zeugin kann nur beantworten, was sie aus eigener Erkenntnis weiß.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na gut, dann frage ich anders.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das ist sehr, sehr hypothetisch und über zehn Ecken gedacht. Deswegen wäre ich dann - -

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein, das finde ich gar nicht. - Dann frage ich anders: Das, was Sie präsentiert haben, beinhaltete das auch Namen? Ich frage mich jetzt: Wenn eine ZIT entscheiden will, ist das Kategorie 1 oder 2, haben Sie dann da bei Ihrer Präsentation die Bilder gezeigt plus vielleicht sogar Namen plus vielleicht sogar Beruf?

**Zeugin Julia Wiegand:** Beruf wussten wir ja nicht. Der Beruf ist ja nicht aus der Excel-Tabelle hervorgegangen, und um Namen ging es ja auch nicht. Bezüglich der Kategorisierung war es so, dass wir mit ihnen das Beweismaterial, also das Film- und Fotomaterial, durchgeschaut haben, um die Kategorisierung durchzuführen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und dann haben Sie gesagt - - Das war ja am 23.07., und danach schwierige Abgrenzungsfälle, immer wieder Rückkopplung mit der ZIT. Da ging es dann immer nur darum: Ist das Material 1 oder 2? Und ohne Namensnennungen, ohne dass da Verdächtige oder Beschuldigte draufstanden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir hatten schon auch aus anderen Gründen mit der ZIT Kontakt, nicht nur bezüglich der Einstufung des Beweismaterials. Es gab ja auch weitere Absprachen zu treffen



## 2. Untersuchungsausschuss

bezüglich der Kreditkartendaten, bezüglich dieser Anfragen, die gehalten werden sollen, oder noch grundsätzliche Dinge zum Verfahren, wie priorisiert werden soll oder so. Aber es ging da nicht darum, dass wir denen jede einzelne Personalie mitgeteilt haben. Die ist ja sowieso an die Generalstaatsanwaltschaft abverfügt worden. Die hat ja dann über jede einzelne Akte drüber geguckt und die dann eben weitergegeben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt also, irgendwann Ende 2012, als Sie die Kategorie-2-Fälle dann begonnen haben, bis irgendwann Sommer 2013 ist alles einmal durch die ZIT durchgelaufen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, nur jetzt, um das - - Die Kategorie-2-Fälle sind erst 2013 begonnen worden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

**Zeugin Julia Wiegand:** Die Kategorie-1-Fälle, die wurden mit der Erkenntnisabfrage - -

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut. Und die Zweier gingen auch durch die ZIT?

**Zeugin Julia Wiegand:** Die Aktenerstellung ist durch uns erfolgt, und die sind auch über die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main abverfügt worden, ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Darf ich da auch noch mal eben nachfragen? - Aus den Unterlagen wird deutlich, dass am 02.11.2012 eine erste Erkenntnisabfrage an die 16 Landeskriminalämter zu 443 Beschuldigten der Kategorie 1 versandt wurde. Richtig?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Und in einem anderen Vermerk vom 08.11.2012 heißt es, 279 Produkte seien der Kategorie 2 zugeordnet worden. Ist das richtig, dass es zu diesem frühen

Zeitpunkt schon eine Zuordnung zur Kategorie 2 gegeben hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, die Kategorien waren gebildet bis - - Ja, klar, die waren gebildet bis zu der ersten Erkenntnisabfrage. Vorher wurden die alle kategorisiert, ja.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Können Sie sagen oder beantworten, ob bei der Zuordnung bei diesen 279 Produkten Edathy dabei war?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das sind ja nur die Produkte, die da bewertet wurden.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Das sind jetzt nur die Produkte.

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Insofern - -

**Zeugin Julia Wiegand:** Die wurden ja losgelöst von einzelnen Personalien betrachtet.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Okay.

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben uns zunächst mal die ganzen Produkte angeguckt, aber nicht geguckt: Wer hat diese Produkte jetzt bestellt?

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Also Sie haben dann nicht vom Produkt die Rückkopplung - okay -, nicht schon sofort die Rückkopplung vorgenommen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Insofern war das wirklich nur eine reine Aufteilung jetzt: Produkte Kategorie 1 oder Kategorie 2.

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau. Und diese Kategorien wurden eben in die Datenbank eingetragen, und aus dieser Datenbank haben wir dann automatisiert diese Excel-Listen generiert, die dann an die Landeskriminalämter versandt wurden.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Ja. - Darf ich noch eine Frage stellen, weil auch erwähnt wor-



## 2. Untersuchungsausschuss

den ist, dass Sie die Länder über E-Post-Schreiben informiert haben, dass aber über dieses System keine Excel-Dateien mitgeschickt werden können und insofern dann die Länder gesagt haben: Das müsst ihr uns anders aufbereiten. So können wir das überhaupt nicht lesen. - War das so, oder wie muss ich mir das jetzt vorstellen mit diesen E-Post-Schreiben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das E-Post-Schreiben, das erste, ist rausgegangen am 16.10., also 16.10.2012, und das war die Ankündigung der Operation „Selm“, einfach dass wir den Landeskriminalämtern mitgeteilt haben, es gibt jetzt ein Umfangsverfahren bei uns, was geführt wird, und in der nächsten Zeit kommen Erkenntnisfragen und eben die Akten auf sie zu. Das war einfach nur eine Information. Aber in diesem Schreiben waren noch keine Personaldaten.

Was die Excel-Listen angeht: Das ist tatsächlich zum damaligen Zeitpunkt so gewesen, dass man die nicht über E-Post versenden konnte. Aber das wussten wir von vornherein, und dann haben wir die Landeskriminalämter eben über E-Mail angeschrieben mit den Excel-Listen als Anlage. Aber dieses erste E-Post-Schreiben, das war einfach nur die Ankündigung, dass es jetzt ein Umfangsverfahren gibt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, ich habe es jetzt richtig verstanden - Sie haben das drin, ich nicht -: Sie haben die Kategorie-2-Fälle 2013 gemacht. Dann gab es die Excel-Erkenntnisanfrage, die berühmte, an die Länder, und dann kam der Hinweis, da ist ja ein Bundestagsabgeordneter dabei, und zu diesem Zeitpunkt war der Vorgang „Edathy“ noch nicht bei der ZIT abverfügt. Das geht ja gar nicht, weil Sie vorher - - Okay, habe ich verstanden.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): In der Phase, wo Sie ständig mit der ZIT in Kontakt waren, hatten die wiederum nicht die Kombination aus Name und Bild. Das heißt, Sie haben mit denen nur über Kategorien diskutiert der verschiedenen - -

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, über grundsätzliche Dinge haben wir mit denen diskutiert.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - So, dann haben wir das auch geschafft.

Jetzt frage ich mich - - Jetzt arbeiten wir mal das Thema ab: War das wirklich zu lange? Hat das BKA zu lange gebraucht? Ich bin ziemlich beeindruckt, muss ich sagen. Ich war bei uns in der Geheimschutzstelle und habe mir sechs Beispielakten angeschaut und war dann echt beeindruckt, weil ich jetzt gerne von Ihnen mal gehört hätte - ich will es lieber nicht schätzen -: Wie lange braucht man eigentlich, um so eine Akte zu erstellen? Das haben Sie ja gemacht. Können Sie mal den Verfahrensablauf schildern, bis so ein Ding fertig ist? Ich habe jetzt bei mir gefunden in der Geheimschutzstelle: ein Fall, ein halber Leitzordner, teilweise mehr.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das ist ganz schwierig, das zu sagen, weil es in jedem Fall anders war. Insbesondere, was die ersten Akten anging, die Kategorie-1-Akten, war es wahnsinnig umfangreich, weil man wirklich auch gesehen hat, dass bei diesen Kategorie-1-Bestellern viele waren, die hatten an die 70, 80 Bestellungen. Das ist es einfach auch ein Mehraufwand gewesen. Es mussten die einzelnen Bestellformulare ausgedruckt werden. Wenn Kreditkarten dazu da lagen, mussten wir auch nachvollziehen, ob die Kreditkarten zu den einzelnen Bestellungen passten. Es mussten Beträge umgerechnet werden. Bei so einer Kategorie-1-Akte mit ganz vielen Bestellungen hat zum Beispiel auch das Brennen des Beweismaterials wahnsinnig lange gedauert; weil das waren sehr, sehr große Daten. Bei den Kategorie-1-Materialien haben wir die kompletten Film- oder Fotomaterialien auch eben auf Sticks, die wir extra dafür beschafft haben. Teilweise ist so ein Stick dann über die ganze Nacht gelaufen, bis das Beweismaterial dafür zusammengestellt war.

Was jetzt zum Schluss die Kategorie-2-Akten und weniger Bestellungen - - Da war eine Akte dann auch mal in einer Stunde fertig. Aber, wie gesagt, die anfänglichen ganz vielen Bestellungen, das hat schon viel Zeit in Anspruch genommen.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Bei den schwierigen Kategorie-1-Fällen, können Sie da auch mal ein Beispiel sagen? Wie lange dauert so was? Wie muss man sich das vorstellen? Wenn Sie einen durchschnittlichen Fall nehmen, jetzt nicht gerade den schwersten und auch nicht den leichtesten, was ist es so im Schnitt? Wie viel Zeit muss ich mir da vorstellen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich würde sagen, für die Aktenerstellung und das, was aus der MySQL-Datenbank herausgezogen wird, drei, vier Stunden. Dann geht es eben noch darum, das Beweismaterial zusammenzustellen. Dann hat man auch schon mal, wenn man fünf, sechs Akten gemacht hatte, zwei Tage im Auswerteraum verbracht und eben nur Beweismittel gebrannt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sagen Sie uns noch mal die Zahl: In wie vielen Fällen der Kategorie 1 haben Sie das gemacht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, über 400. Aber man muss da auch sagen, dass es da schon auch Besteller gab, die jetzt keine 80 Bestellungen hatten. Da gab es auch wirklich Fälle, die waren in zwei Stunden abgearbeitet.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und diese 400 oder über 400 Fälle, dafür haben Sie gebraucht? Wie viele Monate waren das?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, ungefähr - - Wir haben dann die Erkenntnisfragen - - Ungefähr nicht ganz ein Jahr.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie das im Vergleich zu anderen Fällen als langsam bezeichnen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich persönlich würde es nicht als langsam bezeichnen. Ich würde auch die komplette Aufbereitung nicht als langsam bezeichnen. Aber das ist natürlich meine Meinung. Aber auch von Beginn an war das einfach ein wahnsinnig umfangreiches technisches Verfahren. Auch diese Sichtung des Beweismaterials hat viel Zeit in Anspruch genommen. Diese Erstellung von den Vermerken zu den einzelnen Produkten hat einfach seine Zeit gedauert.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und Sie waren nicht komplett freigestellt für diese Aufgabe?

**Zeugin Julia Wiegand:** Doch, ab dem Juli 2012 waren wir, zwei Kolleginnen, komplett freigestellt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Wie würden Sie die Priorität dieses Falles einstufen? Ich will das nicht wiederholen. Der Kollege Gruber - ich vermute, Sie sprechen da eine Sprache - hat vier, fünf Kategorien aufgezählt. Die schwerste Kategorie, also wo die Opfer noch massiv sexuell missbraucht werden, anhaltend, und dann die leichteste Kategorie. Wo würden Sie jetzt den Fall „Selm“ einstufen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, relativ. An unterster Stelle ist jetzt auch schwierig. Aber schon - - Wir haben Fälle des sexuellen Missbrauchs oder des andauernden sexuellen Missbrauchs. Das ist natürlich viel schwerwiegender. Da muss sofort reagiert werden. Oder wenn man aktuelle IP-Adressen hat, wo man die Daten eben nicht Ewigkeiten zur Verfügung hat. Das hatten wir ja in dem Fall nicht. Wir hatten auch keine Hinweise darauf, dass es um andauernden sexuellen Missbrauch geht, sondern wir hatten Hinweise darauf, dass es eben Konsumenten von Kinderpornografie sind. Deswegen ist es in der Priorität nicht ganz oben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Ja?

**Michael Frieser** (CDU/CSU): War denn bei den Beweismitteln zu erkennen, von wann das Material war, oder war das eigentlich so weit fertig, dass man sagen kann, der Erstellungszeitpunkt des Materials war gar nicht mehr aufzufinden? Aber konnte man das irgendwie noch ermitteln, wann ungefähr der Produktionszeitraum dieser Produkte war?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, also der war teilweise bis zu zehn Jahre zurück. Es waren teilweise sehr alte Filme.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Aber auch Aktuelles?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Julia Wiegand:** Wenn ich mich jetzt richtig erinnere, war das - - Das ist aber auch schwierig, weil im Abspann von den Filmen war dann ein Produktionsdatum eingetragen. Ob das aber das Produktionsdatum an sich war oder nicht - - Aber da war dann schon auch mal 2009, 2010 eingetragen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Julia Wiegand:** Aber das kann auch dann eben nur diese Produktion für diesen Anbieter gewesen sein. Aber es waren schon auch viele ältere Filme dabei.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Jetzt gibt es in dem Verfahren noch zwei weitere Kollegen, die theoretisch ausweislich des Vorgangsbearbeitungssystems das auch erkannt haben könnten. Haben die jemals Kontakt mit Ihnen aufgenommen? Haben Sie jemals einen Kontakt gehabt während dieser Phase mit zwei Kollegen, die gesagt haben: „Da ist doch was“?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein. Wir haben uns zum ersten Mal im Innenausschuss gesehen oder vor dem Innenausschuss.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Okay. - Die Vorsitzende hat das schon angesprochen mit dieser Liste, also mit dieser Open-Source-Recherche auf das Thema Berufe. Können Sie uns das noch mal schildern von der Reihenfolge? Wann wird so etwas gemacht, und wie reagieren Sie dann? Sie haben ja in bestimmten - - Ich habe jetzt eine Nachricht, ich glaube, an Ihren Vorgesetzten in Erinnerung, wo Sie sich auch noch mal absichern, so nach dem Motto: Was soll ich melden? - Was ist denn für Sie „Promi“? Jetzt mal ganz weg vom Bundestagsabgeordneten, um Gottes willen. Lassen wir alle Politiker raus. Was ist denn in solchen Vorgängen für Sie „Promi“, wo Sie sagen: „Oh, da muss ich meinen Vorgesetzten informieren“, und was ist schon Normalität?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das ist, glaube ich, immer auch eine Entscheidung des jeweiligen Sachbearbeiters, wann er denkt, dass er seinen Vorgesetzten über etwas informieren muss. Also es gibt

Fälle, wo man schon über einen Kinderarzt informiert. Es geht immer darum, dass man denkt: Könnte so etwas zu Wellen führen, die irgendwie dadurch veranlasst werden, weil jemand irgendwie im öffentlichen Interesse steht? Gerade auch im Amt des Pfarrers zum Beispiel, der dann in Kontakt mit Messdienern oder wie auch immer steht. Aber das ist so eine persönliche Entscheidung, die der Sachbearbeiter im jeweiligen Fall selbst treffen muss.

**Barbara Woltmann (CDU/CSU):** Dazu möchte ich eben nachfragen. So, wie Sie das schildern, scheint es dazu keine dienstlichen Regelungen zu geben, wann Sie über bestimmte Vorgänge Vorgesetzte zu informieren haben. Ist das richtig? Wenn ja, fehlen die aus Ihrer Sicht? Bräuchten Sie solche Regelungen, um dort zu einer besseren einheitlichen Regelung zu kommen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Mir ist keine Regelung bekannt. Ich finde aber auch nicht, dass es fehlt, weil ich persönlich halte als Erstes Rücksprache mit meinem Sachgebietsleiter, und der trifft dann eben die Entscheidung, ob es gemeldet werden muss oder nicht.

**Barbara Woltmann (CDU/CSU):** Das reicht.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Ein Polizeibeamter in so einer Liste, ist das für Sie ein besonderer Fall? Wir hatten ja einen, oder ich weiß nicht, wie viele Polizeibeamte. Ich will gar nicht wissen, wie viele. Aber ist das für Sie etwas, wo Sie normalerweise melden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir würden es zumindest unserem Sachgebietsleiter zur Kenntnis geben, ja.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Dann gibt es aber keine bestimmten - - Ich frage jetzt mal: Wirklich, als ehemaliger Polizist wäre ich schon gemeldet worden, wenn ich mit Trunkenheit am Steuer erwischt worden wäre. Nach den RiStBV wird dann ein Mordsding abgezogen. So etwas gibt es im Bereich Kinderpornografie nicht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Man muss ja mal sehen, dass wir - - Diese Erkenntnisse, die haben wir aus



## 2. Untersuchungsausschuss

Open-Source-Recherchen. Das sind ja keine bestätigten Informationen. Wir geben das ja dann letzten Endes mit dem Hinweis in der Akte an die zuständige Staatsanwaltschaft bzw. an die örtliche Polizei, und erst da muss das überprüft und bestätigt werden. Das sind ja oftmals auch nur vage Erkenntnisse, die wir haben aufgrund von Google-Recherchen oder wie auch immer.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und die Motivation für diese Open-Source-Recherche ist eigentlich, herauszufinden: Handelt es sich hier um einen Täter, der unter Umständen mit Kindern arbeitet oder im Umgang mit Kindern ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist die eigentliche Motivation für diese Recherche?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aha. - Habe ich noch Zeit?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Sie haben noch eine Minute vierzig.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann lasse ich das jetzt. Dann machen wir den Beamten X nachher.

**Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Darf ich sonst noch eine Frage stellen in der einen Minute? - Der Fall Edathy ist an die ZIT und von dort dann an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle abgegeben worden. Sie hatten ja gerade gesagt, normalerweise wird es an die örtliche Staatsanwaltschaft abgegeben. In diesem Fall ist anders gehandelt worden, nämlich an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle. Warum?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist eine Entscheidung, die die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main trifft. Wir geben das an die ab, und die trifft die Entscheidung, an wen sie es dann weitergibt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wunderbar. - Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Frau Mihalic hat das Wort.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Frau Wiegand, auch erst mal von meiner Seite noch mal herzlichen Dank, dass Sie uns hier so ausführlich auf die Fragen antworten. Ich kann es Ihnen nur leider nicht ersparen, mit Ihnen noch einmal nach Selm zu fahren, gewissermaßen.

Ich möchte noch mal nachfragen, wie genau das mit der Überspielung der Festplatte vonstattengegangen ist. Also, wir haben jetzt von Ihrem Kollegen auch gehört, das ist halt eben im Laufe dieser Woche, dieser Lehrgangswoche passiert. Wo und wann genau ist diese Festplatte überspielt worden bzw. sind die Daten auf die von Ihnen mitgebrachte Festplatte überspielt worden? War irgendetwas von Ihnen dabei?

**Zeugin Julia Wiegand:** Während der kompletten Dauer des Überspielens waren wir nicht dabei, nein.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage deswegen so genau nach, weil der Kollege Liersch vorhin auch erwähnt hat, dass seiner Erinnerung nach die Festplatte über Nacht überspielt wurde, weil das wohl so lange gedauert hat wegen des Datenumfangs. Aber wo hat denn diese Überspielung stattgefunden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das ja die kanadische Kollegin gemacht hat, die das überspielt hat auf die Festplatte.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben ihr nur die leere Festplatte übergeben, -

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und der Überspielvorgang lief dann komplett bei der kanadischen Kollegin ab?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren in der Zwischenzeit nicht dabei, -

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie hat Ihnen hinterher die fertige Festplatte übergeben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am nächsten Morgen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann es Ihnen nicht mehr genau sagen, aber es ist wahrscheinlich, ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Lehrgang war ja dann noch nicht beendet. Wo ist denn die Festplatte in der Zwischenzeit gelagert worden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, da können wir uns auch nicht mehr wirklich dran erinnern.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen nicht, ob das bei Ihnen im Zimmer war -

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau, oder bei Herrn Liersch.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder bei Herrn Liersch.

Jetzt ist Ihnen das Beweismaterial ja von einer Kollegin aus Kanada übergeben worden. Wir haben vorhin ja schon mal ein bisschen erörtert, dass das eigentlich - zumindest für uns jetzt hier - relativ ungewöhnliche Umstände sind, dass eben sensibles Beweismaterial am Rande eines Lehrgangs übergeben wird. Ist das bei Ihnen irgendwie mal problematisiert worden, dass da eine kanadische Polizeibeamtin, die ja hier in Deutschland keine Exekutivbefugnisse oder dergleichen hat, mit kinderpornografischem Material in Deutschland unterwegs ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, das ist nicht thematisiert worden, also nicht mir gegenüber zumindest.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da ist nicht mal irgendwie drüber nachgedacht worden oder so: Könnte die sich eventuell damit strafbar machen in irgendeiner Art und Weise?

**Zeugin Julia Wiegand:** Mir gegenüber hat niemand dahin gehend etwas geäußert.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat Ihr Kollege auch angegeben - Sie haben das vorhin ja auch noch mal so gesagt -, dass Sie mal einen kurzen Blick auf die Daten, die Ihnen dort übergeben worden sind, werfen konnten. Sie haben kurz gesagt, Sie haben da mal ein Bild gesehen und so. Jetzt hat der Kollege angegeben, dass da auch die Excel-Liste angeschaut wurde und die auf ihn relativ gut sortiert gewirkt hat. Wie hat das auf Sie gewirkt, als Sie die angeschaut haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mir die Excel-Liste angeschaut habe.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und später im BKA, also als Sie mit der Bearbeitung betraut waren?

**Zeugin Julia Wiegand:** „Gut sortiert“ würde ich jetzt nicht sagen. Also, es ist - - Nein, würde ich nicht sagen, dass die gut sortiert war. Ich weiß nicht, ob sie vielleicht auf den ersten Anblick gut sortiert war, aber für mich zur Bearbeitung musste da schon noch einiges bereinigt werden.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Festplatte ist ja dann übergeben worden. Wann genau hat denn die Übergabe dann im BKA stattgefunden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Die muss am 2. - - Jetzt muss ich überlegen. Ich kann mich jetzt nicht genau erinnern. Am 2. oder am 3., als der Kollege sie aufgespielt hat, muss die übergeben worden sein.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die von Ihnen übergeben worden an den Kollegen Gruber?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das wissen wir ja nicht mehr.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss jetzt auch immer zwischendurch noch nachschauen, welche Fragen denn bereits beantwortet worden sind. Deswegen bitte ich, Verzögerungen in dem Zusammenhang zu entschuldigen.

Der Kollege Gruber hat sich die Daten ja unter dem Gesichtspunkt angeschaut, ob das in seinem Verfahren irgendwie relevant ist, und als er dann seine Recherche in der Datei beendet hatte und bis Sie dann anfangen, die Daten zu bearbeiten, was ist denn in der Zwischenzeit geschehen? Ich frage ganz konkret: Kollege Gruber hat ja gesagt, ab dem 3. oder 4. November war er sozusagen mit seiner Recherche in diesem Komplex fertig. Sie haben mit der Grobsichtung am 10. Januar begonnen. Was ist in der Zwischenzeit damit gemacht worden?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es ging dann darum, zu welchem Zeitpunkt oder in welcher Woche wir die Festplatte übergeben bekommen haben, um diese Zuständigkeit herzustellen. Es wurde ein Vorgang im Vorgangsbearbeitungssystem angelegt und aufbereitet, und der wurde am 21.11. an mich delegiert. Vom 21.11. bis 10.01. ist eigentlich nichts damit passiert, zumindest nicht, dass ich mich daran erinnern könnte. Am 10.01. ist eben diese Liste bearbeitet worden oder begonnen worden, zu bearbeiten.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Daten lagen ja in der Zwischenzeit im Auswerterraum auf dieser Ablage „Paris“, wie wir auch schon gehört haben. Wissen Sie, wer alles Zugriff hat auf diese PCs im Auswerterraum?

**Zeugin Julia Wiegand:** Zugriff haben die Mitarbeiter, die einen Schlüssel von dem Auswerterraum haben.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie auch, wer alles einen Schlüssel hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Meines Wissens die Mitarbeiter, die bei SO 12 beschäftigt sind.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und außerhalb von SO 12?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nicht dass ich wüsste.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben wir ja im Vorfeld dieses Untersuchungsausschusses auch noch eine Kleine Anfrage dazu an die Bundesregierung gestellt. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage hat die Bundesregierung angegeben, dass am 4. April 2012 von der kanadischen Polizei eine weitere verschlüsselte Festplatte nebst Begleitschreiben zum Project „Spade“ beim BKA eingegangen ist. Was ist mit dieser Festplatte passiert? Wer hat die geöffnet? Was war der Inhalt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Genau. Ich kann anhand des Vorgangs sehen, dass die Festplatte bei uns im BKA bei SO 12 eingegangen ist bzw. bei einem Sachbearbeiter aus einem anderen Sachgebiet. Dieser konnte augenscheinlich keinen direkten Zusammenhang zu unserer Operation erst mal feststellen, hat dann diese Beweismittel auch noch mal auf „Paris“ aufgespielt, hat dann das Passwort bei der Interpol Ottawa angefragt, hat die entschlüsselt und hat dann festgestellt, dass es sich um die Daten handelt, die der OP „Selm“ entsprechen, und hat uns das dann zum Verfahren gegeben.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind jetzt also keine Unterschiede festgestellt worden. Es handelte sich also quasi noch mal um dieselben Daten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es handelte sich noch mal um dieselben Daten, wobei uns die kanadischen Behörden in Selm noch mehr gegeben haben als das, was jetzt durch Interpol Ottawa übermittelt wurde.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit dieser zweiten Festplatte am Ende passiert, also nachdem sie abgelegt worden ist? Ist das dann gelöscht worden? Oder können Sie mir



## 2. Untersuchungsausschuss

auch dazu irgendetwas sagen, wer sonst noch Zugriff auf diese Festplatte gehabt hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hatte diese Festplatte nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben ja dann auch irgendwann Verstärkung bekommen von Ihrer Kollegin Greiner. Wie haben Sie sich das denn untereinander aufgeteilt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben eigentlich am Anfang sehr vieles gemeinsam gemacht. Wir haben das nicht untereinander aufgeteilt, sondern es ging ja dann auch erst mal darum, dieses Material zu sichten. Das haben wir ganz oft gemacht, indem wir zusammen im Auswerteraum gesessen haben und uns das gemeinsam angeschaut haben, um da den Dialog zu haben. Ja, und später war das einfach so, dass sich jeder Vorgänge genommen hat. Aber da gab es keine spezielle Aufteilung.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt möchte ich noch mal auf einen anderen Punkt eingehen. Und zwar ist bei dem Material aus Kanada auch ein Papier dabei gewesen.

(Signalton)

- Die Frage kann ich jetzt nicht mehr stellen, aber dann in der nächsten Runde. - Danke erst mal.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann machen wir es in der nächsten Runde, Frau Mihalic. Okay? - Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der SPD, und Herr Grötsch hat das Wort. Bitte sehr.

**Uli Grötsch (SPD):** Vielen Dank. - Frau Wiegand, ich gehe noch mal zurück zum Auswerteraum im BKA. Seit Sie die Sachbearbeiterin der OP „Selm“ wurden, ist Ihnen bekannt, ob jemand anders als Sie oder später dann logischerweise Frau Greiner natürlich auf die Daten der OP „Selm“, auf die Excel-Datei, auf die Kundendatei zugegriffen hat?

**Zeugin Julia Wiegand:** Außer dem Herrn Gruber, der am Anfang darauf zugegriffen haben muss, nein, ist mir niemand bekannt.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay. - Nachdem Sie die Sachbearbeitung übernommen hatten, wurden Sie aus dem BKA heraus von irgendjemandem auf eine Art und Weise auf die OP „Selm“ angesprochen, die Ihnen eigenartig vorkam, oder von jemandem außerhalb des Sachgebietes SO 12?

**Zeugin Julia Wiegand:** Überhaupt nicht, nein.

**Uli Grötsch (SPD):** Als Sie dann auf den Namen des Beamten X gestoßen waren - - Ich stelle mir das mal in etwa so vor: Sie stoßen darauf, erschrecken natürlich und gehen zu Ihrem Sachgebietsleiter. Ihr Sachgebietsleiter oder irgendjemand anderes, gab der Ihnen die Anweisung, dass Sie die Weitersichtung der Liste erst mal unterbrechen, oder haben Sie das aus eigener Motivation heraus gemacht? Das war was, was im Innenausschuss einigermaßen unklar blieb. Der Abbruch der Liste, das ist menschlich sehr nachvollziehbar, aber die Weiterbearbeitung, wie das dann erfolgte und warum Sie dann nicht weitergearbeitet haben, also wie der weitere Umgang mit der Liste durch Sie selbst war, das ist meine Frage, ob Sie das ein bisschen genauer ausführen könnten.

Und ganz konkret gefragt: Hat Ihnen irgendjemand eine Anordnung erteilt, dass Sie zu irgendeinem Zeitpunkt mit der weiteren Durchsicht der Liste aufhören sollen? Dann als weitere Frage: Gab es von irgendjemandem die Anordnung, dass Sie jetzt mal wieder mit der Weiterbearbeitung der Liste fortfahren sollen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es gab niemanden, der gesagt hat, dass ich diese Liste nicht weiter bearbeiten darf. Aber ich habe von meinem Vorgesetzten gesagt bekommen, dass ich diesen Vorgang als Erstes priorisiert abarbeiten soll. Das hat für mich bedeutet, dass ich den zunächst priorisiere. Als der abgegeben wurde, bin ich wieder an die Liste zurückgegangen bzw. an die Gesamtbeweismittel zurückgegangen.

**Uli Grötsch (SPD):** Ich fasse also noch mal zusammen: Sie sind bei der Durchsicht auf den Namen des Beamten X gestoßen, sind zu Ihrem Sachgebietsleiter, der Ihnen dann gesagt hat, die-



## 2. Untersuchungsausschuss

ser Fall muss vorgezogen werden, haben diesen Fall dann bearbeitet, und als Sie ihn abgearbeitet hatten, haben Sie die Liste weiter bearbeitet, einfach aus dem Grund, weil Sie eben fertig waren und jetzt Gelegenheit hatten, an der Liste bzw. an der OP „Selm“ weiterzuarbeiten.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Ist das richtig?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das ist richtig. Aber die Entscheidung kam nicht - - Also ich kann mich nicht erinnern, ob die von meinem Sachgebietsleiter war. Mein Sachgebietsleiter hat auf jeden Fall auch meinen Referatsleiter damals informiert. Da ist eine gemeinsame Entscheidung getroffen worden, dass ich diesen Vorgang zunächst priorisiert abarbeite.

**Uli Grötsch (SPD):** Inwieweit waren Sie denn, als dann der Name des Beamten X bei Ihrem Sachgebietsleiter angekommen war, noch eingebunden von der Sachbearbeitung her? Waren Sie noch bei einem höheren Vorgesetzten in der Hierarchie, oder sind Sie hingebeten worden, um das mal zu zeigen? Kam jemand zu Ihnen, der gesagt hat: „Zeigen Sie mir mal: Wie sieht das denn aus?“, oder: „Wo steht der?“, „Das kann ich ja gar nicht glauben“, oder irgend so etwas in der Art? Also kam jemand zu Ihnen und hat Sie dazu befragt, zum Auffinden, oder wurden Sie zu jemandem gebeten und dazu befragt?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das war so, dass ich die Akte ziemlich eigenständig zusammengestellt habe, dass sich aber mein Referatsleiter und mein damaliger stellvertretender Referatsleiter schon unten im Auswerterraum gemeinsam mit mir da ein Bild drüber machen wollten. In dem Zusammenhang haben sie sich die für die konkrete Person bestimmten Beweismittel auch mit mir angeschaut und haben sich diese Zusammenhänge eben erklären lassen.

**Uli Grötsch (SPD):** Gab es zwischen Ihnen und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes einen Kontakt in dieser Sache, zwischen Ihnen persönlich und dem Präsidenten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Uli Grötsch (SPD):** Gut. - Meine nächste Frage ist: Mal abgesehen davon, dass der Vorgang vorgezogen werden sollte: Hat sich die Bearbeitung dieses Vorgangs des Beamten X auf irgendeine Art und Weise, das heißt vor allem durch eine Einmischung, von den anderen unterschieden, die Sie im Zuge der OP „Selm“ bisher bearbeitet haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, man kann den nicht ganz vergleichen mit den anderen in der Operation „Selm“, weil das ein losgelöster Vorgang war. Es gab zu dem Zeitpunkt ja auch diese Kategorisierung noch nicht. Eingemischt in der Form hat sich niemand. Aber der Vermerk, den ich dazu erstellt habe, der wurde gegengelesen von meiner Referatsleitung.

**Uli Grötsch (SPD):** Gut. - Jetzt eine Frage zum Thema Open-Source-Recherche. Ich weiß nicht, ob Sie heute den Artikel in der *tageszeitung* gesehen haben: „Der namenlose Herr Edathy“. Dann wissen Sie ja auch, dass hier aus einer E-Mail zitiert wird von Ihrer Kollegin Greiner. Sie schreiben in der E-Mail - -

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Entschuldigung, ich muss kurz unterbrechen. Wir brauchen die MAT-Angabe fürs Protokoll.

**Uli Grötsch (SPD):** Die MAT-Angabe lautet: MAT A BKA 18(27)1-1 96. - Ich lese das mal kurz vor; aber ich glaube, Sie wissen in etwa, was drinsteht.

Wir haben am Freitag ja wieder fast 70 Akten an die ZIT abgegeben ... Eine davon betrifft die Person ...

Dann ist der Name geschwärzt.

Die obligatorische Open-Source-Recherche ergab, dass es sich bei ihm wahrscheinlich um ...

Und dann wissen Sie, wer es war. Ich würde das aber jetzt nicht in öffentlicher Sitzung sagen wollen, um wen es sich handelt. Weiter heißt es dann in der Mail:



## 2. Untersuchungsausschuss

Heute bin ich auf einen Beschuldigten gestoßen, bei dem ich - als ich den Namen gegoogelt habe - einen Eintrag auf „www. ...

- dann ist wieder geschwärzt -

gefunden habe, wonach es sich um einen Mitarbeiter des ...

- dann ist wieder geschwärzt -

handeln könnte.

Aus den Akten ergibt sich, dass Sie zuerst die Fälle der Kategorie 1 abgearbeitet haben. Das wissen wir; so weit, glaube ich, sind wir inzwischen. In der Chronologie, die im Innenausschuss vom BKA vorgelegt wurde und die uns als MAT A InnenA-18(27)6-G vorliegt, heißt es unter dem Datum 26. Juli 2013:

264 Akten zu Kunden der Kategorie 1 sind an die ZIT abverfügt.

Demzufolge müsste es sich bei den laut der E-Mail vom 8. Juli 2013 an die ZIT abgegebenen Akten um solche der Kategorie 1 handeln. Trifft das Ihrer Erinnerung nach zu? Also, waren die von mir zitierten Kategorie-1-Fälle?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Welchen Sinn und Zweck die Open-Source-Recherche hat, das haben wir heute auch schon erörtert. Aber könnten Sie noch mal darauf eingehen, an welchem Punkt der Sachbearbeitung Sie solche Recherchen durchgeführt haben? Und haben Sie im Rahmen Ihrer Sachbearbeitung eine solche Suche zu Sebastian Edathy durchgeführt? Und wenn nein, warum nicht? Also, dieses: Warum macht man es und warum nicht, und hängt das nur mit der Kategorie 1 und der Kategorie 2 zusammen? Wenn Sie darauf noch mal eingehen könnten. Denn ich denke, wenn Sie den Namen Sebastian Edathy in der Open-Source-Recherche gesucht hätten, dann hätten Sie ja - das muss ich Ihnen nicht erzählen - eine entsprechende Auskunft erhalten, und es wäre eben alles früher hochgeplopt, sozusagen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben die Open-Source-Recherchen zu jedem Beschuldigten ge-

macht, egal ob Kategorie 1 oder Kategorie 2. Aber der Zeitpunkt spielt da die entscheidende Rolle. Der Zeitpunkt war der, zu dem diese Person durch das Bundesland identifiziert wurde, also das heißt, wo wir eine Rückmeldung zu dem Beschuldigten hatten und dabei waren, die Akte für den Beschuldigten aufzubereiten und fertigzustellen. Und zu dem Zeitpunkt haben wir eine Open-Source-Recherche durchgeführt. Bei Herrn Edathy war das eben so, dass da die Rückmeldung kam, bevor wir die Open-Source-Recherche durchführen konnten.

**Uli Grötsch (SPD):** Gut. - Zunächst für diese Runde vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Vielen Dank. - Dann geht mein Blick in Richtung Fraktion Die Linke. Herr Tempel, bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Es liegt in der Natur der Sache: In einer späteren Runde muss man ein bisschen hin und her springen. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis. - Ich habe noch mal zu der Excel-Tabelle an sich eine Frage, weil wir uns auch vorstellen müssen, wie schwer sich das gestaltet. Ich kann mir vorstellen, dass es schwer war, zu entscheiden: „Ist das jetzt gut aufgearbeitet oder eher doch -“ und dass das zu einer unterschiedlichen Betrachtung führt. Deswegen noch eine kleine Nachfrage dazu: Gab es da auch unterschiedliche Fehler durch Übersetzungen? Gab es Falschschreibweisen von Namen beispielsweise? Also, kamen solche Komplikationen hinzu, oder waren das dann schon eher korrekte Daten, die nur komplett sortiert werden mussten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, Übersetzungsproblematiken gab es nicht, weil es ja keine Übersetzungen gegeben hat. Das waren ja Kundendaten, die original aus dieser Kundendatenbank generiert wurden. Es waren aber dahin gehend die Daten drin, die eine Person bei einer Bestellung angegeben hat, und die Daten konnten abweichend voneinander sein. Also, mal hat eine Person zum Beispiel den Vornamen abgekürzt, mal hat sie den Bindestrich geschrieben, mal nicht, mal hat sie die Straße abgekürzt, mal nicht, mal hat sie den Vornamen an die Stelle des Nachnamens ge-



## 2. Untersuchungsausschuss

schrieben und umgekehrt. Dahin gehend gab es einige Dinge, die sortiert werden mussten.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Und dann hatten Sie ja beschrieben, dass auf der zweiten Festplatte weniger Daten waren. Wer gleicht das dann wie ab? Ist es nicht auch möglich, wenn bestimmte Daten fehlen, dass dafür aber andersrum zusätzliche Daten da sind? War der Name Edathy auf der zweiten Festplatte drauf zum Beispiel? Hat das irgendjemand - - Also, wie kommen Sie zu der Aussage: „Da waren weniger Daten“, aber Sie haben es selbst nicht gesehen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Weniger Daten dahin gehend, dass weniger Bestellformulare drauf waren. Die Excel-Liste war identisch, und die Anzahl war auch identisch, aber die Bestellformulare auf dem ersten waren mehr. Der Hintergrund ist der, dass in der Excel-Liste nur Bestellvorgänge aufgeführt sind, die abgeschlossen sind. Es gab aber darüber hinaus noch Bestellformulare zu Vorgängen, die eben nicht abgeschlossen waren. Also hatten wir bei der ersten noch mehr als bei der zweiten. Und den Abgleich haben Frau Greiner und ich gemacht.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ja. - Dann haben Sie ja, wie gesagt, von den Kanadiern Daten bekommen, was im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ja sehr zu begrüßen ist. Aber die haben doch bestimmt auch irgendwelche Bedingungen gestellt. Die haben ja selber noch Ermittlungen gemacht, die sie nicht gefährdet sehen wollten. Wie konkret waren da die Absprachen? Waren Sie in diese Absprachen eingebunden? Oder berührte das Ihre Arbeit eher nicht, weil Sie eh bloß beim Grobsichten sind? Hatten Sie da was Konkretes, oder wie war die Rückmeldung dazu? Gab es ein Signal, ab wann damit anders umgegangen werden kann?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, es gab ziemlich häufigen Kontakt mit der kanadischen Polizei zu dem Verfahren. Es gab immer wieder von uns Rückfragen an die Kollegen vor Ort zu irgendwelchen Dingen in den Beweismitteln, die wir noch mal erklärt haben mussten. Das gab es regelmäßig. Aber es gab von denen die Vorgaben hinsichtlich der Produzenten, der Ermittlung der

Produzenten; Opfer wollten sie sich zunächst vorbehalten.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut.- Wie läuft das bei Ihnen ab? Also, Sie kriegen das Verfahren. Gibt es dann regelmäßige Beratungen dazu, Zielvorgaben, zeitliche Abläufe, die festgelegt werden? Wie ist das von der Führungsaufsicht Ihrer Vorgesetzten her? Wie ist die Kommunikation, auch zum zeitlichen Ablauf einer solchen Bearbeitung?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben zum damaligen Zeitpunkt keine Vorgaben gemacht bekommen, bis wann das fertig zu sein hat. Ich denke auch, dass das für die Führung unheimlich schwer zu beurteilen ist, weil die ja das Verfahren an sich nicht kennen. Also, ich denke schon, dass sie sich dann auch auf die Mitarbeiter verlassen. Aber es wurde natürlich von uns auch immer wieder mündlich rückgekoppelt, auf welchem Stand wir jetzt sind; da wurde immer auf dem Laufenden gehalten. Aber es gab keine Vorgaben, wann das fertig sein musste, in welchem Zeitfenster.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Dann gab es aber eine öffentliche Berichterstattung, auch zu den Vorgängen in Kanada. Es wurde öffentlich, dass hier entsprechend Ermittlungen laufen. Gab es insofern dann eine Konkretisierung, dass man dann die Priorität bei dieser Vorgangsbearbeitung höher gesetzt hat? Hängt das vielleicht auch mit dem Zeitpunkt zusammen, wo Sie Verstärkung bekommen haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, das hat damit nichts zu tun gehabt. Die Verstärkung habe ich ja schon im Juli 2012 bekommen. Die Pressemitteilung der kanadischen Behörden - - Wir haben immer wieder im engen Austausch versucht, das so weit wie möglich nach hinten zu schieben, dass wir im Verfahren möglichst fertig sind. Das ist uns aber nicht bis zum Schluss gelungen. Aber da hatten wir dann auch keinen Einfluss mehr drauf. Aber da gab es dann auch keine Vorgabe von den Vorgesetzten oder keine Personalverstärkung, dass das zum Zeitpunkt X abgearbeitet sein muss.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Spielt das überhaupt eine Rolle in der Sachbearbeitung, wenn man weiß, das ist jetzt in Kanada öffentlichkeitswirksam geworden, der Ermittlungserfolg könnte gefährdet sein, eventuelle Beschuldigte könnten vorgewarnt sein? Spielt das in den zeitlichen Abläufen eine Rolle? Gibt es dann zum Beispiel verstärkt Anfragen: „Wir brauchen mehr Personal, jetzt ist der Ermittlungserfolg gefährdet“?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nicht, dass ich mich erinnern könnte; nein. Also, wir haben ja versucht, zumindest dahin gehend einzuwirken, dass zum Beispiel Deutschland nicht genannt wird in der Veröffentlichung der kanadischen Kollegen. Wir haben versucht, da ein bisschen zu intervenieren, was uns aber nicht gelungen ist.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut. - Zu dem Open-Source-Screening hätte ich auch noch mal Fragen gehabt. Ist es in jedem Fall immer möglich, die Identifizierung schon - ich muss es ja irgendeinem Bundesland schicken, wenn ich eine Identifizierung haben will - - Wie sieht das aus: Ist das, auch ohne dieses Screening vorher zu machen, überhaupt immer möglich, oder ist das nicht auch ein notwendiges Mittel, um bei den Fragmenten, die man hat, eine Voridentifizierung überhaupt vorzunehmen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, im Fall der Operation „Selm“ war es möglich, weil eben Adressdaten angegeben worden sind. Das war unser erster Aufhänger.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Und zu dem gefahrenabwehrenden Aspekt - das ist ja immer auch zu bewerten -: Wir haben das ja aus dieser E-Mail, die benannt worden ist, auch gehört, dass da auch von Berufsgruppen die Rede war, die dort aufgetaucht sind. Das könnte ja zur Gefahrenbewertung auch mit eine Rolle spielen. Ist es dann üblich, dass erst mal darauf verzichtet wird, zu prüfen: Sind Sozialpädagogen, Kinderärzte etc. dabei?

**Zeugin Julia Wiegand:** Die Schwierigkeit besteht darin, das zu prüfen, wenn man keine vollständigen Personalien hat. Wenn ich in einer Tabelle als Beispiel einen Helmut Müller habe, den ich

google, dann habe ich da einfach viel zu viele Treffer, um das konkretisieren. Und dann ist das ja eigentlich eine Arbeit, die ich mir mache, ohne dass ich da jetzt wirklich was konkretisieren kann.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Aus Ermittlersicht verstehe ich Sie. Uns geht es, wie gesagt - ich betone es noch mal -, eher um grundsätzliche Sachen, nicht darum, ob da irgendwas falsch gelaufen ist. Mit „grundsätzlich“ meine ich, dass Gefahrenabwehr eigentlich vor Strafverfolgung geht, sodass eigentlich aus gefahrenabwehrenden Aspekten schon interessant wäre, ob hier bestimmte Personen, die auch direkten Kontakt mit Kindern haben, betroffen sind. Spielt dieser gefahrenabwehrende Aspekt also momentan in der üblichen Vorgehensweise erst mal keine Rolle, sondern wird hier rein ermittlungstaktisch vorgegangen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das würde ich so nicht sagen, weil ich kann ja nicht gefahrenabwehrend in dem Fall tätig werden, wenn ich die Person nicht - - Ich kann ja über eine Open-Source-Recherche nicht bestimmen, was diese Person macht. Das ist ja sehr ungenau, unkonkret.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Klar: Ich gebe Daten ein, Sie haben sogar die Anschrift dazu, und dann bekomme ich - das ist ja auch in der Mail beschrieben - bei den Leuten von der Kategorie 1, dass da Ärzte usw., Kinderärzte, Sozialpädagogen, das Übliche, bei waren, wurde gesagt. Also, man bekommt es doch offensichtlich dadurch raus. Dann ist es ja keine sinnlose Maßnahme.

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, es ist ja nicht in allen Fällen über Open-Source-Recherche rausgekommen. Der erste Anfasser ist ja für uns, dass das zuständige Landeskriminalamt oder die zuständige örtliche Dienststelle die Person überprüft und uns dann schon den Beruf mitteilt, der dann gesichert ist. Dann wird zusätzlich diese Open-Source-Recherche gemacht. Diese Erkenntnisse zu den Berufsgruppen stammen nicht alle aus Open-Source-Recherchen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Ich muss nachher noch mal darauf zurückkommen.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Den Rest machen wir in der nächsten Runde; genau. - Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zur CDU/CSU-Fraktion, und Herr Schuster hat das Wort. Bitte sehr.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Vielen Dank. - Frau Wiegand, ich habe nur noch ein paar ergänzende Fragen zu dem, was schon gefragt wurde zum Fall des Beamten X. Da ging es im Innenausschuss ein bisschen turbulent zu, und ich finde, jetzt ist es gerade so schön fachlich. Deshalb hätte ich gern Ihre Expertise. Erklären Sie uns doch bitte noch mal, warum es kriminalistisch richtig war, den Fall bevorzugt zu behandeln, also quasi vorzuziehen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, gut, für uns war es natürlich schon wichtig, dass der Kollege nichts davon erfährt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum? Schildern Sie ruhig mal den negativen Fall, dass wir einfach mal wissen: Was war denn der Vorteil, so zu handeln?

**Zeugin Julia Wiegand:** Wenn jemand das weiß, kann er ja das Beweismaterial vernichten. Das war natürlich für uns - -

(KD Dr. Tillmann Keber:  
Das sind keine Tatsachen  
mehr!)

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wer hat den Fall behandelt: Sie?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Einen Moment. Herr Akmann wünscht das Wort. Bitte sehr.

**MR Torsten Akmann** (BMI): Das sind jetzt keine Tatsachen, die mitgeteilt werden können von der Zeugin, denke ich.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, ich habe jetzt überhaupt keine hintergründigen Absichten. Ich hätte jetzt gerne noch mal gewusst - gerade weil das im Ausschuss damals sehr turbulent war -, einfach nur: Warum muss

man so etwas tun? Und sie hat es gerade erklärt. Ich finde das gar nicht so schwierig.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja, ich würde auch sagen: Es geht um Ihre Einschätzung, warum Sie den Fall vorgezogen haben, und ich denke, da können wir drum herum fragen. - Herr Schuster, bitte sehr.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Der Beamte hätte die Chance gehabt, Einfluss zu nehmen auf die Beweismittel, wenn er das mitkommen hätte. So habe ich Sie verstanden.

(Zuruf des KD Dr. Tillmann  
Keber (BKA))

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Auch Sie, lieber Herr Keber, müssen bitte ins Mikrofon sprechen, damit Sie sich im Protokoll wiederfinden.

**KD Dr. Tillmann Keber** (BKA): Das möchte ich natürlich, vielen Dank. - Auch das ist aus meiner Sicht keine Tatsache. Aus meiner Sicht kann die Auftragslage und die Bearbeitung dargestellt werden, wie es gelaufen ist. Aber die Einschätzungen, nach denen Sie fragen, sind keine Tatsachen. Das ist unsere Einschätzung hier.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut, dann stelle ich die Frage an den noch mal, der den Auftrag gegeben hat. Der muss ja eine Motivation gehabt haben, warum der Fall vorgezogen wird. - Gut.

10. bis 13. Januar - so genau ist mir das nicht klar, aber ist auch nicht wichtig - sind Sie auf den Beamten gestoßen, und dann hieß es: Den machen wir jetzt so schnell wie möglich fertig -

(KD Dr. Tillmann Keber  
(BKA): Bearbeiten ihn!)

aus welchen Gründen auch immer. „So schnell wie möglich“ hieß dann - das glaube ich auch, dass Sie das so schnell wie möglich gemacht haben -: Abgabe des Ermittlungsberichts an die zuständige Staatsanwaltschaft am 1. Februar 2012. Nur noch mal, um eine Dimension zu kriegen von solchen Fällen: Das heißt also, wenn Sie so



## 2. Untersuchungsausschuss

schnell wie möglich bevorzugt so einen Fall behandeln, dann dauert das aber immer noch drei Wochen. Oder gab es besondere Anlässe? Also, kann ich sagen: Drei Wochen, wenn ich etwas bevorzugt behandle, ist ein normaler Zeitraum, ist das schnell?

**Zeugin Julia Wiegand:** Hintergrund der Dauer ist mit Sicherheit auch gewesen, dass es ganz am Anfang des Verfahrens stand und dass es eben noch sehr viele grundsätzliche Fragen gab zu diesem Gesamtverfahren und zu den Beweismitteln und da ein enger Austausch mit den kanadischen Behörden noch stattgefunden hat. Also, wenn man da schon mitten im Verfahren drin gewesen wäre, wäre das sicher schneller gegangen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Darf ich schnell fragen? - Haben Sie denn bei der Bearbeitung des Beamten X etwas anders gemacht als das, was Sie bei den dann folgenden Fällen gemacht haben? Oder hat der zur Erkenntnis gedient, dass ich sage: „Da habe ich sinnlose Arbeit gemacht, die ich dann hinterher nicht mehr brauche“? Hat er sich durch die Bearbeitung von Ihnen in etwas unterschieden?

**Zeugin Julia Wiegand:** In der Bearbeitung hat er sich dahin gehend unterschieden, dass es da zum Beispiel diese Kategorienbildung noch nicht gab.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Und was haben Sie dann mit den - - Dann mussten Sie doch die Bilder quasi unkategorisiert alle einschätzen -

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** - und im Grunde als relevant bezeichnen, was Sie dann auch getan haben. - Ja oder nein?

(KR Sandro Dicker (BMI):  
Beantworten Sie!)

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, wir haben die Bilder als grenzwertig bezeichnet.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das reicht mir ja auch. Es geht ja jetzt nicht darum, zu sagen, man hat da eine Fehleinschätzung oder so. Es geht ei-

gentlich nur darum, zu sagen: Wenn ich noch keine Kategorie habe, dann muss ich das Material nehmen als das, was es ist, nämlich nach Ihrer Einschätzung kinderpornografisch, und deshalb muss ich die Akte so fertigmachen und das gesamte Material dafür als relevant bezeichnen. Das ist doch das, was zum Schluss passiert ist.

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, wir haben es als grenzwertig bezeichnet, haben das komplette Beweismaterial, was die Person betraf, eben auch auf Datenträger gebrannt und zur Entscheidung der örtlichen Staatsanwaltschaft übergeben, und die hat dann letzten Endes die Entscheidung getroffen, wie sie es einstuft.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Aber Sie haben das gesamte Material, das in diesem Fall vorhanden war, dann auch zum Aktenbestandteil an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** So. - Insofern hat sich dieser Fall dann in der Bearbeitung nicht unterschieden von denen, die dann hinterher noch kamen. Denn dort konnten Sie es zumindest kategorisieren. Aber als dann klar war, dass es um Kategorie 1 geht, haben Sie ja auch das gesamte Material jeweils an die Akte mit drangehängt.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Das heißt, der ging auch nicht über die ZIT, der Fall X.

**Zeugin Julia Wiegand:** Zu dem Zeitpunkt war die ZIT noch nicht eingebunden. Die wurde ja erst im Juli 2012 eingebunden.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Es ging also unmittelbar an die Wohnortstaatsanwaltschaft.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja. An die örtliche Staatsanwaltschaft.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich versuche jetzt, zu mutmaßen, warum Sie richtig gehandelt haben, und komme da zu eigenen Entschlüssen, bevor der Sachgebietsleiter mal hier ist. Jetzt stelle ich mir das aber ziemlich schwierig vor. Wie haben Sie das gemacht, dass der Beamte über die ganze Zeit davon nichts mitbekam? Wurde jetzt der Kreis der Mitglieder besonders klein gehalten? Waren Sie die Einzige, die überhaupt informiert war, außer den Vorgesetzten? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Es wurde strikt gehandelt, das heißt, ich hatte Kontakt darüber mit meinem Sachgebietsleiter und mit meinen Vorgesetzten.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie wurden auch über diesen Fall sonst von niemandem befragt? Auch hier die Frage: Keine unbefugten Nachfragen von irgendwem?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Dann haben Sie sich aus meiner Sicht - - Nein, keine Unterstellung.

Sie haben dann, nachdem die Hausdurchsuchung bei dem Beamten am 13. April war - - Und Sie hatten sich Mühe gegeben, das zum 1. Februar zu übergeben; also sage und schreibe fast zweieinhalb Monate später kam erst die Hausdurchsuchung. Deshalb haben Sie mehrere Nachfragen bei der Staatsanwaltschaft Mainz gehalten zum Stand des Verfahrens. Warum? Also, ich weiß nicht, ob Sie es waren, aber hier steht, das BKA soll mehrere Nachfragen gemacht haben zum Stand des Verfahrens.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Herr Akmann meldet sich schon. Bitte sehr, Herr Akmann. - Das ist, glaube ich, eingestuft, oder?

**MR Torsten Akmann** (BMI): Wir haben jetzt doch zunehmend den Eindruck, dass es sich um Fragen handelt, die besser in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen, auch zum Schutz der Zeugin, die sonst eventuell auch gegen ihre Aussagegenehmigung verstößt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Schade eigentlich.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Lieber Herr Schuster, jetzt können Sie überlegen, ob Sie die Fragen dann später in eingestufte Sitzung stellen möchten oder ob Sie die gar nicht stellen möchten.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Da ich sowieso Fragen an den Sachgebietsleiter oder Referatsleiter stellen muss, würde ich jetzt eher sagen, ich muss es nicht unbedingt von Frau Wiegand wissen.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Okay. Dann stellen wir es für heute zurück. Sie fragen es nicht Frau Wiegand, und Sie heben es sich auf für den Sachgebietsleiter. Soweit geklärt?

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, gut.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Okay, prima. Danke.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann gehen wir weiter. Jetzt gehe ich ein bisschen durcheinander und gucke, was mir noch fehlt.

Ich springe jetzt mal nach Niedersachsen. Der zuständige Sachbearbeiter bei der Staatsanwaltschaft Hannover - der zuständige Sachbearbeiter für den Fall Edathy - wendet sich am 12. November an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt und bittet wohl mehrfach darum, die restlichen 15 Verfahren der Kategorie 2, die Niedersachsen auch betrafen in diesem Vorgang OP „Selm“, der Staatsanwaltschaft zu übergeben, und zwar - hatte man den Eindruck - bevorzugt zu übergeben. Wissen Sie, warum das war? Kennen Sie die Gründe, was da - -

(Zuruf des KR Sandro Dickler (BMI))

- Ich stelle ja nicht nur Fragen, die nicht gehen; das kann nicht sein.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Was veranlasst Sie jetzt, skeptisch zu sein?



## 2. Untersuchungsausschuss

**KR Sandro Dicker** (BMI): Nur ganz kurz: Etwas skeptisch, denn bestimmte Ermittlungsakten wurden ja als VS-Vertraulich eingestuft. Das ist jetzt eine allgemeine Frage zum Verfahren mit Niedersachsen. Es entsteht jetzt nur die Frage, ob das abgedeckt ist oder nicht. Das ist so ein Grenzfall. Ich denke, die Frage kann beantwortet werden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich sage Ihnen mal, worauf ich hinauswill. Ich möchte einfach wissen - - Hier geht es gar nicht mehr um die Daten oder sonst was, hier geht es schlicht um Kinderpornografie und diese Abgrenzungsprobleme. Ich weiß nicht, warum - - Ich suche natürlich später mal nach der Frage: Warum hat Niedersachsen so lange gebraucht? Ein Grund dafür ist, dass die 15 Akten bei Ihnen angefordert haben, die Sie bitte bevorzugt behandeln sollten. Aber wir kennen die Gründe nicht. Kennen Sie sie? Wurde mit Ihnen darüber gesprochen?

**Zeugin Julia Wiegand**: Also, der Staatsanwalt hat mich persönlich angerufen und hat mir geschildert, dass er gerne alle Kategorie-2-Vorgänge, die Niedersachsen betreffen, an ihn abverfügt hätte, wenn möglich, priorisiert, weil er gerne für die Verfahren in Niedersachsen der Kategorie 2 eine Gesamtentscheidung treffen möchte und keine Einzelentscheidung für den besonderen Fall.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aha.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl**: Herr Schuster, darf ich eine Zwischenfrage stellen?

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl**: Frau Wiegand, können Sie sich noch erinnern, wie viele Fälle das waren aus Niedersachsen, um die Sie gebeten wurden, sie zu priorisieren - ungefähr?

**Zeugin Julia Wiegand**: Vom Staatsanwalt an sich wurde ich gebeten, alle Fälle Kategorie 2 Niedersachsen abzuverfügen. Wenn meine Erinnerung richtig ist, dann waren das 20 Vorgänge, die ich an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am

Main abverfügt habe. Von da wurden aber schon Verfahren eingestellt, bevor sie nach Niedersachsen weitergeleitet worden sind.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn der Staatsanwalt mit Ihnen telefoniert hat: Was hat er Ihnen gesagt zu dem Fall überhaupt? Hat er die Abgrenzungsschwierigkeiten, also, die Probleme, in denen er steckte, hat er Ihnen das erläutert?

**Zeugin Julia Wiegand**: Also, er hat es mir nicht lange erläutert. Er hat eben nur gesagt, dass er keinen speziellen Einzelfall für Herrn Edathy möchte, sondern dass er sich einen Überblick verschaffen möchte über die Gesamtverfahren der Kategorie 2 und dann eine Entscheidung treffen möchte, die alle Personen betreffen. Bei den Kategorie-2-Vorgängen war es ja so, dass wir keine Durchsuchungsbeschlussanregung mit in die Akte aufgenommen haben, sondern wir haben einen Sachstandsvermerk geschrieben, und die örtliche Staatsanwaltschaft konnte dann selbst entscheiden, ob ihr das ausreicht für eine Durchsuchung oder eben nicht. Er wollte eine Entscheidung für alle treffen: also entweder bei allen durchsuchen oder bei niemandem durchsuchen. Das hat er mir so erläutert.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Diese Fälle sind auch über die ZIT gelaufen?

**Zeugin Julia Wiegand**: Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie, ob die ZIT eine Empfehlung ausgesprochen hat bei ihrer Abverfügung an die örtlichen?

**Zeugin Julia Wiegand**: Nicht, dass ich wüsste bei diesen 20, die wir an die ZIT abverfügt haben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie, ob es eine Empfehlung gab beim Vorgang Edathy?

**Zeugin Julia Wiegand**: Da hat die ZIT was geschrieben; ja.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und den Inhalt kennen Sie? Also, können Sie ungefähr sagen, was die vorgeschlagen haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Dass dahin gehend durch die ZIT ein Anfangsverdacht gesehen wird, auch bei den Fällen von Kategorie 2.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, die ZIT hat der Staatsanwaltschaft in Hannover im Prinzip - nennt man es Empfehlung? - eine Empfehlung ausgesprochen, dass sie den Anfangsverdacht wofür sieht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Hinsichtlich des Besitzes von Kinderpornografie.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben die auch strafprozessuale Maßnahmen empfohlen? Wissen Sie das?

**Zeugin Julia Wiegand:** Da kann ich mich nicht genau dran erinnern. An den genauen Wortlaut kann ich mich nicht erinnern.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Jetzt muss ich weitergucken, Moment. - Ich bedanke mich.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** So schnell kann das gehen. Vielen Dank, Herr Schuster. - Jetzt hat Frau Mihalic das Wort.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich möchte auch auf den Fall des Beamten X noch mal eingehen. Wer genau, Frau Wiegand, hat angeordnet, dass die Auswertung des Falles vorzuziehen ist und die Bearbeitung?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann mich nicht genau daran erinnern, wer das angeordnet hat oder wer mir das zugetragen hat. Das muss entweder mein Sachgebietsleiter oder die Referatsleitung gewesen sein. Allerdings, ob die Entscheidung noch von jemand anderem, weiter oben, getroffen wurde, das weiß ich nicht. Mir wurde sie mitgeteilt durch Sachgebiets- und Referatsleitung.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das muss nicht identisch sein mit der Anordnung dessen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt muss ich auch noch mal fragen: Hatte der Beamte X - ich habe ja vorhin nach den Zugriffsmöglichkeiten im Auswerteraum gefragt - möglicherweise Zugriff auf die PCs im Auswerteraum?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, nicht, dass ich wüsste, und auch nicht, dass er einen Schlüssel dafür gehabt hätte oder dass ich ihn jemals bei uns gesehen hätte zu der Zeit, in unserem Gebäude.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist auch räumlich so weit getrennt, dass Sie das mitbekommen hätten, wenn der da unterwegs gewesen wäre?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich hätte das nicht zu 100 Prozent mitbekommen, weil der Auswerteraum im Erdgeschoss ist. Aber er hatte ja keinen Schlüssel dafür. Er war ja nicht bei uns im Referat tätig.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie vorhin noch gesagt haben, dass zwar alle Mitarbeiter von SO 12 einen Schlüssel haben, Sie aber nicht wissen, ob darüber hinaus auch noch Schlüssel für diese Räume irgendwo im Haus sind.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann das nicht hundertprozentig sagen, aber ich wüsste nicht, warum er einen Schlüssel haben sollte für diesen Raum, weil er kein Mitarbeiter von SO 12 war.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es eigentlich hausintern so was wie eine Vorgabe, was bei einem solchen Fund - so will ich es mal nennen - eines Mitarbeiters auf so einer Liste zu veranlassen ist oder wie damit umzugehen ist? Ich meine, klar, ich glaube Ihnen natürlich, wenn Sie sagen, das war jetzt für Sie wahrscheinlich auch die Erstsituation, in die Sie gekommen sind, aber vielleicht gibt es da ja hausintern irgendwie



## 2. Untersuchungsausschuss

Erfahrungen. Also nicht speziell in Bezug auf Kinderpornografie; aber wenn sozusagen hausintern ein Beamter auffällt in einem strafrechtlich relevanten Sachverhalt, der beim BKA bearbeitet wird, gibt es da irgendwie so eine Art Vorgabe, wie damit umzugehen ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Mir persönlich ist keine schriftliche Vorgabe dahin gehend bekannt. Aber für mich war sofort klar, dass ich in dem Fall direkt meinen ersten Vorgesetzten informiere und der dann auch weiß, wieweit er informiert werden muss.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist denn - noch mal Ihrer Erinnerung nach - seinerzeit, als Sie den Beamten X auf der Liste gefunden haben, mal erörtert worden oder angesprochen worden, ob es vielleicht sinnvoll ist, zu prüfen, ob da noch weitere Beamte des BKA drauf sind?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das wurde nicht erörtert.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist dann demnach auch nicht angeregt worden.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kannten Sie den Mitarbeiter persönlich?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also Sie kannten ihn vom Namen her, wussten, wo er wohnt, aber persönlichen Kontakt hatten Sie nicht.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich wusste auch nicht, wo er wohnt. Der Ort war einfach örtliche Nähe zu Wiesbaden. Also, ich wusste zu dem Zeitpunkt, wo ich das gelesen habe, nicht, wo er wohnt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ach so, aber aufgrund des Ortes, den Sie da gelesen haben - - Weil Sie vorhin gesagt haben, Name, Wohnort, daraus haben Sie dann geschlossen, das muss der Kollege sein. Deswegen frage ich.

**Zeugin Julia Wiegand:** Das könnte der Kollege sein, habe ich gedacht. Einfach weil der Ort in der Nähe von Wiesbaden ist.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, er war Ihnen nicht persönlich bekannt. Sie wussten insgesamt wenig über diesen Kollegen, oder was wussten Sie über den Beamten konkret? Über seine persönlichen Verhältnisse? Wir haben ja erfahren: Er hat ja auch eine Tochter, die im BKA gearbeitet hat. Kannten Sie die?

**MR Torsten Akmann (BMI):** Ich denke, das ist was für die nichtöffentliche Sitzung.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das denke ich auch gerade. Da müssen wir aufpassen, weil das in den persönlichen Bereich des Beamten fällt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kein Problem. Das müssen Sie hier einschätzen, und dann können wir das natürlich vielleicht später noch mal stellen.

Ich habe noch eine generelle Frage. Das betrifft eben auch die Rückkopplung zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt. Wir haben vorhin von Ihrem Kollegen auch gehört, dass er zum Beispiel nicht darüber informiert wird oder in Kenntnis gesetzt wird, wenn Fälle, die er bearbeitet, eingestellt werden von der Staatsanwaltschaft. Was können Sie dazu sagen? Wie funktioniert da die Rückkopplung?

**Zeugin Julia Wiegand:** Entschuldigung, ich muss da jetzt noch mal fragen, ob Sie insbesondere die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt meinen oder ob Sie die örtlichen Staatsanwaltschaften meinen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich meine es eigentlich generell, weil es ja nach der StPO Mitteilungspflichten gibt zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei, wie halt eben ein solches Verfahren ausgegangen ist.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann jetzt aufgrund der OP „Selm“ so viel dazu sagen, dass wir schon Mitteilungen von den Staatsanwaltschaften bekommen zu den Entscheidungen in den Verfah-



## 2. Untersuchungsausschuss

ren, aber dass in vielen Fällen auch noch nichts zurückgekoppelt wurde. Da kenne ich aber den Grund nicht: entweder weil noch keine Entscheidung ergangen ist oder weil sie eben noch nicht zurückgemeldet haben. Aber es gibt Rückmeldungen.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe da noch eine Frage; da bin ich eben unterbrochen worden - ich hoffe, ich habe noch Zeit -, und zwar zu der Priorisierung solcher Massenverfahren. Der Kollege Tempel hat ja auch schon danach gefragt. Und zwar spreche ich auf ein Schreiben an, was der Festplatte beigelegt ist. Ich sage auch gleich mal die Materialnummer: Das ist die MAT A BKA 18(27)1-1 Band 107. Es ist ein Papier mit dem englischen Titel „Project Spade Investigative Request and Restriction“, wo es halt eben um die Vertraulichkeitsaufforderung der kanadischen Polizei geht. In dem Schreiben wird ja auch darauf hingewiesen, wie der Zeitbedarf der kanadischen Ermittlungsbehörden in diesem Zusammenhang ist. Sie haben vorhin geantwortet, dass Sie hinsichtlich der Vertraulichkeitsaufforderung, also um laufende Ermittlungsverfahren nicht zu gefährden, schon versucht haben, einzuwirken auf die kanadischen Kollegen, dass, wenn die irgendwas veröffentlichen, vielleicht nicht gerade von Deutschland die Rede ist, um da sozusagen auch bei Ihnen irgendwie den zeitlichen Druck rauszunehmen. Aber wie ist das denn mit dem Zeitbedarf? Also, die kanadischen Ermittler haben in diesem Schreiben angegeben, dass die dortigen Ermittlungen innerhalb von drei bis sechs Monaten erledigt sind, und haben sozusagen den Bedarf für die anderen Länder auch mit ungefähr drei bis sechs Monaten, also insgesamt mit ungefähr einem Jahr angegeben. Hat denn dieser Zeitbedarf bei Ihnen irgendwie dazu geführt, dass sich Gedanken darüber gemacht worden sind, ob dieser Fall nicht doch zu priorisieren ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Vielleicht muss ich da ein bisschen weiter ausholen, was jetzt andere Länder im Rahmen des „Project Spade“ angeht. Wir für Deutschland haben die Operation „Selm“ sehr, sehr umfangreich gemacht. Es gibt Länder wie Kanada oder Amerika, die eben nicht alle Kunden von 2005 bis 2011 bearbeitet haben,

nicht zu jeder Person eine Akte erstellt haben, sondern die haben sich konzentriert: entweder auf die schlimmsten Filme und die Kunden, die diese Filme bestellt haben, oder aber die aktuellsten Fälle. Das heißt, wir haben das vom Umfang her sehr, sehr ausgedehnt. Es war eigentlich dann klar, dass das länger dauert als bei den anderen Ländern. Wir haben zum Beispiel auch die Kreditkartendaten erhoben. Das wüsste ich jetzt auch nicht, dass das jemand anderes gemacht hat.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe in dem Zusammenhang mit der Bearbeitung solcher Fälle noch eine generellere Frage, was Sie da recherchieren. Jetzt haben Sie ja gesagt, dass Sie auch Kreditkarten und dergleichen erhoben haben. - Ich höre, es piepst. Dann stelle ich das zurück.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Nächste Runde. Uli Grötsch für die SPD.

**Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. - Drei eher kurze Fragen, Frau Wiegand. Sie haben im Innenausschuss gesagt, dass Sie vor dem 15.10.2013 mehrfach auf den Vorgang Edathy zugegriffen haben und dass Sie den Betreff geändert haben. Wir sind jetzt auch als Untersuchungsausschuss in der Situation, dass wir auch noch andere Beamte, außerhalb von SO 12, hier geladen haben bzw. laden werden und dass es für uns interessant ist, zu erfragen, ob ihnen der Name nicht aufgefallen ist in der Liste, die im Vorgangsbearbeitungssystem ausgegeben wurde, die Vorgangsliste, als Sie die Personalien von Sebastian Edathy eingegeben haben. Können Sie sagen, wieso Sie damals diesen Betreff, ich glaube, viermal geändert haben und wie sich der geändert hat? Das ist kein Vorwurf an Sie, sondern es ist für unser Wissen, wenn wir dann die anderen Beamten befragen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Die Vorgänge an sich, die ganzen VBS-Vorgänge in der Sache OP „Selm“, die waren sehr dynamisch. Und die Betreffzeile an sich war beim Anlegen der Vorgänge, das automatisiert erfolgt ist, zunächst einmal gleich für alle. Dann sind da aber immer Parameter hinzugekommen; das sind Arbeitsbegriffe. Zum Beispiel an dem Tag, wo Kreditkartendaten eingegangen sind, wurde ein Klammervermerk ge-



## 2. Untersuchungsausschuss

macht: „KKD“ für „Kreditkartendaten eingegangen“. Und an dem Tag muss ich eben auch den Namen, den Familiennamen und den Vornamen, in den Betreff reingeschrieben haben. So habe ich das bei meinen Vorgängen immer gemacht, wenn da irgendwas passiert ist und eingegangen ist. Aber Frau Greiner zum Beispiel hat da andere Parameter benutzt. Sie hat es vielleicht in den anderen Fällen nicht so gemacht. Das waren einfach reine Arbeitsbegriffe für mich, die ich da eingetragen habe.

**Uli Grötsch (SPD):** Bestens, vielen Dank. - Dann eine ganz andere Sache. Es ist uns gestern ein Schreiben des Justizministeriums Rheinland-Pfalz zugegangen: MAT A RP 18(27)15-1.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Jetzt fehlt uns noch die Seite.

**Uli Grötsch (SPD):** Hier steht auf Seite 2 vermerkt, dass Sie bei der Abgabe des Falls des Beamten X eine Excel-Datei mitgeschickt haben mit dem Namen „Tabelle NEU Januar 2012.xlsx“; als Beweismittel war die in der Akte mit dabei. Diese Excel-Datei umfasste drei Tabellen, nämlich „Germany 2010 - Targets“ mit 1 929 Datensätzen, „Germany - All Orders“ mit 6 589 Datensätzen und „Germany - Digital Download Logs“ mit 23 512 Datensätzen. In diesen Datensätzen finden sich eben nicht nur die Daten des Beamten X, sondern auch Tausende weitere Kundendaten und darunter natürlich dann auch die Daten von Sebastian Edathy. Es war sozusagen die Komplettliste, die Sie offenbar geordnet als Beweismittel dem Vorgang zugefügt hatten.

Nun frage ich Sie: Haben Sie diese Tabelle - so, wie Sie es beim Beamten X beigefügt haben - allen anderen von Ihnen abgegebenen Akten auch beigefügt? Weil dann denke ich mir nämlich, wenn von 800 Einzelfällen überall diese Zigtausend Daten dabei gewesen wären, dann könnte es ja im Endeffekt allen möglichen Leuten aufgefallen sein, wer alles auf der Liste ist und wer nicht. Weil wir hier auch der Frage nachgehen, wer denn von wem unter welchen Umständen und zu welchem Zeitpunkt gewarnt worden sein könnte. Ohne dass Sie daran schuld wären; ganz gewiss nicht. Ich stelle auch nicht Ihr Handeln hier in-

frage; da bin ich ganz bei meinem Kollegen neben mir und bei allen anderen hier. Mir geht es nur darum, diesen Personenkreis ein bisschen umreißen zu können, der da der Hinweisgeber gewesen sein könnte, ohne meine persönliche Meinung einbringen zu wollen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Diese Excel-Liste wurde definitiv nicht jedem Vorgang beigelegt bei den Beweismitteln. Da kann ich nichts zu sagen; das müsste ich überprüfen.

**Uli Grötsch (SPD):** Aber der Aktenaufbau wird vermutlich gleich gewesen sein, denke ich mal. Also, beim Beamten X war sie dabei, und dann würde ich ja mal vermuten, dass Sie das bei allen anderen genauso handhaben.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich kann es Ihnen jetzt nicht sagen, ob die dabei war oder nicht. Ich müsste das nachgucken. Aber bei allen anderen war sie definitiv nicht dabei.

**Uli Grötsch (SPD):** Würden Sie sagen, dass, nachdem der Name Sebastian Edathy bekannt wurde - der Kollege Schuster hatte das gerade gefragt -, Sie dann die Verfahrensweise geändert haben, dass Sie sie dann nicht mehr beigefügt haben, weil Sie ja wussten, dass der Name Edathy auf der Liste steht?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein. Ab dem Zeitpunkt der ersten Akte nach dieser Akte ist nie eine Excel-Tabelle mitgeschickt worden. Und das müsste ich nachgucken. Aber die Verfahrensweise wurde nicht geändert aufgrund dessen.

**Uli Grötsch (SPD):** Können Sie das Letzte noch mal wiederholen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Die Verfahrensweise wurde nicht geändert, so wie Sie es jetzt gerade gesagt haben, aufgrund des Vorgangs Edathy.

**Uli Grötsch (SPD):** Bei den vorherigen war es aber offenbar so, dass es dabei war, denke ich mal. Sie werden ja jetzt nicht extra bei dieser Akte das so beigefügt haben und bei den anderen nicht.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Julia Wiegand:** Bei den anderen ist die Excel-Liste definitiv nicht dabei, und das müsste ich überprüfen. Ich kann es jetzt nicht sagen.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay, das reicht mir. - Danke.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Keine weiteren Fragen erst mal von der SPD. - Dann ist Herr Tempel wieder dran. Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Richtig, das Schicksal der kleinen Fraktionen: Wir brauchen ein bisschen mehr Runden. Aber es bleibt übersichtlich.

Ich habe auch noch mal kurz zu dem Vorgang rund um den Beamten X eine Frage. Es ist ja nicht überall so wie beim BKA. Ich komme aus einer Landespolizei, wo es grundsätzlich unter sagt ist, dass Ermittlungen im eigenen Haus nicht [sic!] erfolgen, sondern an andere Dienststellen - - Da gibt es halt auch andere Dienststellen, an die man das abgeben kann. Wir müssen von der politischen Seite her bewerten, ob diese Verfahrensweise jetzt glücklich gewählt ist oder nicht. Rechtlich haben wir da bereits Auskunft bekommen in der vorangegangenen Sitzung. Jetzt waren Sie in der Situation. Wir haben auch überhaupt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Sie da alles korrekt gemacht haben. Dahin geht meine Frage nicht. Sondern grundsätzlich: Wie ist die Situation, wenn man diese Ermittlung gegen jemand im eigenen Haus machen muss? Ist das eine spezielle Belastungssituation in dem Bereich? Man geht in dem Wissen durch das Haus. Einfach von der Arbeitssituation her, von der Belastung her, wenn man eine solche Ermittlungsarbeit macht. Ich will keine Details zum Verfahren wissen. Aber es ist ja generell die Frage aufgeworfen: Ist es richtig, dass im BKA Ermittlungen gegen jemanden gemacht werden aus dem BKA? - Sie waren jetzt in der Situation. Deswegen - frei von allem, was geheim wäre - hätte ich gerne Ihre Einschätzung dieser Arbeit gewusst.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich würde sagen, dass da keine Ermittlungen angestellt worden sind, sondern dass wir ausgewertet haben, die Daten zusammengestellt haben und dann der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung übergeben haben.

Das war natürlich im ersten Moment, als ich das erfahren habe, wie ich eben schon gesagt habe, klar ein Schock, aber dann nicht weiter belastend. Es wurde dann zusammengetragen, aufbereitet und abgegeben zur Entscheidung.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Und das sind dann auch Schritte, die gar nicht möglich gewesen wären irgendwo anders hin abzugeben. Verstehe ich das richtig technisch? Die Daten mussten dann auch - so verstehe ich Sie jetzt - bei Ihnen weiter zusammengetragen werden. Also, eine Abgabe an ein Landeskriminalamt zum Beispiel wäre gar nicht möglich gewesen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Theoretisch wäre das schon möglich gewesen.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Aha; gut.

**Zeugin Julia Wiegand:** Wenn wir denen die Daten zur Verfügung gestellt hätten.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Aber die hätten das auch komplett bekommen müssen und neu einsteigen müssen. Das hätte eher Zeitverzug gegeben als einen Zeitgewinn.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut. - Wir müssen es halt nur irgendwann auch mal einschätzen können, ob dieser Vorgang an sich, dass praktisch hausintern daran weitergearbeitet wird, richtig ist oder halt gar nicht zu ändern ist, was ja auch eine Möglichkeit ist.

Ich habe aber noch mal eine ganz andere Frage. Sie haben ja auch eine dienstliche Erklärung abgegeben, wie mehrere Mitarbeiter des BKA ebenfalls. Da würde ich schon gerne wissen, wie das abgelaufen ist. Es gab sicherlich eine Aufforderung, nehme ich an. Von wem kam die? Dann ist aufgefallen, dass Formulierungen relativ gleichlautend waren. Wie ist diese Anordnung dann den Umständen nach zu dieser dienstlichen Erklärung erfolgt? Wurde gesagt, was da drinstehen soll? Es ist schon auffällig - Sie kennen das aus Ihrer Arbeit von Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen -, wenn Aussagen sehr, sehr iden-



## 2. Untersuchungsausschuss

tisch sind. Dann muss man natürlich auch fragen, ob die eventuell vorabgesprachen sind. Also, wie ist diese dienstliche Erklärung zu verstehen, die Sie auch unterschrieben haben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das ist eine gute Frage. Rangetragen wurde die uns über die entweder Referatsleitung oder Sachgebietsleitung. Inwiefern die dienstlichen Erklärungen untereinander gleich sind, weiß ich nicht, weil ich jetzt nur meine eigene kenne.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Also, Sie haben sich praktisch den Text, den Sie in Ihrer Erklärung aufgeschrieben haben, selber ausgedacht.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich muss gerade überlegen, ehrlich gesagt, wie die Vorgehensweise genau war.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Dann müssen Sie sagen, Sie wissen es nicht mehr; das muss ich dann akzeptieren.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja. Ich weiß es nicht mehr genau.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Gut. - Ein letztes Mal; ich bin schon zwei-, dreimal drauf eingegangen. Sie haben ja sicherlich auch mittlerweile - - Damals in Selm waren Sie Anfängerin; das sind Sie heute nicht mehr. Die Bearbeitungsdauer wird immer wieder auch öffentlich hinterfragt. Kann man definitiv davon ausgehen, dass mit einem höheren Personalaufwand dann auch entsprechend - so stellt man sich das erst mal von außen vor - eine deutlich beschleunigte Bearbeitungsweise möglich wäre, oder sagen Sie, das ist aufgrund der einzelnen Daten, die zusammengetragen werden müssen, auch mit mehr Personal nur unwesentlich zu beschleunigen? Also, wenn zwei weitere Kollegen freigestellt werden, halbiert das dann die Bearbeitungszeit des Ganzen, oder ist es zu blauäugig, das zu glauben?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich denke, was die erste Auswertung angeht, war das in Ordnung so, dass es zwei Kollegen waren. Was die Aktenaufbereitung oder die Aktenerstellung angeht, ist es für

mich logisch, dass, je mehr Leute daran mitarbeiten, desto schneller geht es auch.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Dann bedanke ich mich erst mal.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann geht es weiter mit der CDU/CSU.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Wir bleiben dabei, dass wir uns bei Frau Wiegand bedanken.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann schaue ich noch mal zu Frau Mihalic. - Bitte sehr, Sie sind dran.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ging jetzt sehr schnell. - Ich habe noch ein paar Fragen. Vielleicht stufen wir hinterher noch ein; deswegen will ich jetzt erst mal versuchen, auf Fragen einzugehen, die man öffentlich behandeln kann.

Zur Arbeitsweise im BKA: Gibt es bei Ihnen so etwas wie technische Unterstützung, Hilfen wie zum Beispiel Bilderkennungssoftware bei der Auswertung solcher Daten?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, das gibt es.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ist das für Sie auch hilfreich? Also, kommt das regelmäßig zur Anwendung?

**Zeugin Julia Wiegand:** Das kommt regelmäßig zur Anwendung, wenn es darum geht, festzustellen, ob bestimmte Serien oder bestimmte Fotos bekannt sind. Aber was die Kategorisierung angeht, muss man sich jedes Bild oder jedes Video anschauen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also da hilft Ihnen eine solche Software nicht, die dort angewendet wird.

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine Frage zu einer Defini-



## 2. Untersuchungsausschuss

tion, was im BKA generell oder im Referat SO 12 unter „sensiblen Fällen“ zu verstehen ist.

**Zeugin Julia Wiegand:** Da gibt es keine allgemeingültige Definition.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage deshalb: Wir haben aus dem Aktenbestand - jetzt müsste ich mal nach hinten nach der Materialnummer fragen -

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Meinen Sie die E-Mail?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - BKA Band 96 Blatt 16.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja, genau. Haben Sie es?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Können Sie es zitieren?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn ich das Blatt noch mal kriege.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Soll ich aushelfen?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Oder helfen Sie aus, bitte.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja, okay, dann helfe ich aus; ich habe es gerade. - MAT A BKA 18(27)1-1 Band 96, und dann ist es Seite 16.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt habe ich das falsche Blatt.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Im Betreff steht „Sensible Vorgänge OP Selm“. E-Mail vom 8. Juli.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann haben wir dasselbe.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann stelle ich die Frage noch mal: Gibt es da irgendwie sozusagen eine Art Definition oder eine Vorgabe, was sensible Fälle sind?

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein, da gibt es keine Definition.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist diese E-Mail, die wir vorhin schon mal hatten, wo es halt eben auch um Berufsgruppen geht, auch im Zusammenhang mit dieser Open-Source-Recherche.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja, aber es gibt keine Definition. Das ist, wie ich eben gesagt habe, irgendwie auch eine Entscheidung des Sachbearbeiters, wie er informiert. Aber es gibt keine feststehende Definition.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das wollte ich noch mal wissen, ob das sozusagen eine individuelle Entscheidung ist, was darunter zu verstehen ist, oder ob das sozusagen irgendwie kategorisiert ist: Wenn einer in dem Job arbeitet, dann ist das sensibel oder so. - Okay, das gibt es also nicht.

Stichwort Open-Source-Recherche; da sind wir ja eigentlich auch schon beim Thema. Sie haben gesagt, dass das obligatorisch ist, bzw. auch die Zeitpunkte genannt, ab wann so was durchgeführt wird. Herr Schuster hat vorhin in diesem Zusammenhang - es war relativ am Anfang - gefragt, was zum Beispiel ist, wenn da Polizeibeamte auftauchen oder so. Führen Sie auch Recherchen im Intranet durch, oder ist das wirklich nur im World Wide Web sozusagen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ich habe keine Recherchen im Intranet durchgeführt. Das ist nur im World Wide Web.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn Sie im Internet recherchieren, beschäftigen Sie sich dann auch mit Foren oder Blogs, die da irgendwie einschlägig sind? Beziehungsweise worauf ich abzielen will, ist die Frage: Konnten Sie, wenn Sie im Internet solche Dinge recherchieren, oder wissen Sie, ob das vielleicht im Re-



## 2. Untersuchungsausschuss

ferat irgendwie bekannt war - - oder gegebenenfalls feststellen, ob im Internet schon früher über drohende Untersuchungen oder so was berichtet worden ist in diesem konkreten Zusammenhang? Dass das schon mal irgendwer mitbekommen hat, dass da vielleicht demnächst irgendwie Durchsuchungsmaßnahmen ins Haus stehen?

**Zeugin Julia Wiegand:** Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich meine damit: Der ganze Vorgang wurde natürlich, soweit es ging, vertraulich behandelt, damit halt eben die Ermittlungen nicht gefährdet werden.

**Zeugin Julia Wiegand:** Meinen Sie den Beamten-X-Vorgang?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, nein, ich meine den Gesamtvorgang, das gesamte Verfahren. Da haben Sie ja sehr deutlich gemacht und sehr ausführlich dargestellt - es gab ja diese Vertraulichkeitshinweise von der kanadischen Polizei -, dass Sie natürlich auch darauf hingewirkt haben, dass das nicht zu früh an die Öffentlichkeit gerät, um natürlich die Ermittlungen nicht zu gefährden in dem Zusammenhang. Jetzt ist es aber denkbar, dass vielleicht doch irgendwie etwas nach außen gedrungen ist, und ich frage mich halt eben, wenn Sie im Internet recherchieren, ob Sie dann gegebenenfalls auch darauf achten - jetzt nicht Sie persönlich, sondern vielleicht auch Mitarbeiter im Referat -, ob da zum Beispiel schon gerüchteweise irgendetwas über Durchsuchungen oder geplante Polizeiaktionen in dem Zusammenhang bekannt ist.

**Zeugin Julia Wiegand:** Wir haben am Anfang eine Open-Source-Recherche durchgeführt hinsichtlich der kanadischen Firma. Da sind wir schon auf ein, zwei Einträge gestoßen - an die Anzahl kann ich mich jetzt nicht mehr genau erinnern -, wo aber darüber spekuliert wurde, warum nämlich über diese Firma nichts mehr verkauft wird. Darauf sind wir gestoßen. Aber das wurde jetzt nicht fortlaufend gemacht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann war das?

**Zeugin Julia Wiegand:** Relativ am Anfang; das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, wann genau das war, aber relativ am Anfang, als wir uns mit der Firma an sich auseinandergesetzt haben. Aber bei den einzelnen Open-Source-Recherchen zu den Personen wurde darauf dann überhaupt kein Wert mehr gelegt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, das ist dann auch unabhängig voneinander zu verstehen.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie machen einmal diese Open-Source-Recherche zu den Personen, aber darüber hinaus wird natürlich auch hier und da mal im Internet geschaut, was es sozusagen Erhellendes über diese Sachverhalte gibt.

**Zeugin Julia Wiegand:** Ja. Insbesondere am Anfang haben wir diese Recherche über diese Firma durchgeführt und haben da dann ein bisschen was dazu gefunden.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt möchte ich noch mal den Themenkomplex wechseln; es ist aber die Frage, ob ich die Zeit noch habe.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** 2 Minuten 10 Sekunden.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann versuchen wir es. - Und zwar möchte ich auf den NSU-Untersuchungsausschuss zu sprechen kommen. Das ist ja vorhin auch schon mal angesprochen worden. Sie haben ja gesagt, dass Ihnen der Name Edathy nichts gesagt hat; dafür habe ich auch größtes Verständnis. Nun ist aber auch der NSU-Untersuchungsausschuss weit durch die Medien gegangen; es ist viel darüber berichtet worden. Haben Sie irgendetwas über diesen Untersuchungsausschuss in den Medien wahrgenommen?



## 2. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Julia Wiegand:** Nein.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen war nicht bekannt, dass es einen Untersuchungsausschuss zum NSU gab?

**Zeugin Julia Wiegand:** Doch, das war mir bekannt. Aber Ergebnisse oder konkrete Presseartikel wüsste ich jetzt nicht, dass ich mich damit beschäftigt hätte.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Sie jetzt also nicht irgendwie interessiert oder so. Das soll jetzt nicht irgendwie wertend klingen. Ich frage mich halt eben nur: Haben Sie das mit Interesse verfolgt, oder haben Sie es mit einem halben Ohr mitbekommen, wenn sich Kollegen darüber unterhalten haben?

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Liebe Frau Kollegin Mihalic, denken Sie an unseren Untersuchungsauftrag?

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dass wir uns nicht zu weit davon entfernen?

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich akzeptiere das so, wie Sie das gerade gesagt haben. - Ich frage das aber aus einem konkreten Grund: Wussten Sie, dass Ihr Referatsleiter Hoppe im Frühjahr 2012 Zeuge in diesem Untersuchungsausschuss gewesen ist?

**Zeugin Julia Wiegand:** Ob ich das zum damaligen Zeitpunkt wusste, kann ich jetzt nicht genau sagen. Jetzt weiß ich, dass er Zeuge war; aber ob ich das zum damaligen Zeitpunkt wusste, weiß ich nicht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Jetzt hat sich der Vertreter der Bundesregierung gemeldet. - Herr Akmann, bitte sehr.

**MR Torsten Akmann** (BMI): Ich kann bei der Frage auch nicht erkennen, dass das Ihr Untersuchungsauftrag ist. Ich würde sagen, der Herr Hoppe spielt in dem Zusammenhang keine Rolle;

im Zusammenhang NSU-Untersuchungsausschuss spielt er keine Rolle.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das erläutern.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann erläutern Sie das doch bitte, damit wir das klarhaben, wo der Bezug zu unserem Untersuchungsauftrag ist.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bezug zu unserem Untersuchungsauftrag ist der folgende: Es geht ja auch darum, herauszufinden, wann beispielsweise der Name Sebastian Edathy im BKA oder bei der Sachbearbeitung, die mit diesem Fall betraut war, irgendwie bekannt gewesen ist. Die Frage zielt natürlich darauf ab: Wenn der damalige Referatsleiter Zeuge in diesem Untersuchungsausschuss gewesen ist, dann besteht natürlich die Möglichkeit, dass man vielleicht im Kollegenkreis darüber spricht. - Meine Frage - wenn ich das noch zu Ende führen darf - wäre im Anschluss noch gewesen, ob beispielsweise Ihre Kolleginnen und Kollegen, Frau Wiegand, mit denen Sie tagtäglich zusammenarbeiten, wissen, dass Sie heute hier als Zeugin sitzen. Also, ich möchte einfach wissen: Wird über solche Dinge bei Ihnen im BKA gesprochen? Über solche Gespräche wäre ja dann auch theoretisch die Möglichkeit gewesen, etwas über diesen Untersuchungsausschuss zu erfahren und damit natürlich auch über den Namen des Vorsitzenden.

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, ich kann nur so viel dazu sagen, wie ich auch eben dazu gesagt habe: Mir hat der Name nichts gesagt. Ob jetzt im Kollegenkreis darüber gesprochen wird, ob ich hier bin, das kann ich auch nicht beurteilen. Ich denke, innerhalb unseres Referates ist das sicherlich bekannt. Aber darüber hinausgehend - kann ich nicht sagen.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte nur kurz ergänzen, damit Sie das nicht missverstehen: Ich frage das völlig ohne Vorwurf. Wie gesagt, ich habe großes Verständnis dafür, wenn Sie nicht jeden Namen eines Bundestagsabgeordneten kennen oder auch den Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses. Es geht halt eben nur darum, das einfach mal genauer zu er-



## 2. Untersuchungsausschuss

hellen, wie solche Dinge vielleicht auch ablaufen bei Ihnen im Haus oder wie darüber geredet wird.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Gibt es noch irgendwas, was Sie kurz darauf antworten wollen? - Nein, das war fertig soweit. - Dann rufe ich die SPD auf. - Keine Fragen mehr. Dann kommen wir wieder zu Herrn Tempel. - Herr Tempel hat noch welche. Bitte sehr.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Auch nur eine; man muss ja auch mal fertig werden damit. - Noch mal zur Relevanz dieser Frage. Beim NSU-Verfahren war auch die Thüringer Polizei betroffen, und dann habe ich natürlich im ehemaligen Kollegenkreis einfach mal getestet. Es ist tatsächlich so, dass dann nicht jeder den Namen Edathy kennt, dass aber an sich, wenn die eigene Dienststelle, die eigene Behörde, der eigene Bereich betroffen ist und man sich vielleicht auch zu Unrecht betroffen fühlt - - Wir kennen ja die Reaktionen seitens des BKA zum NSU-Untersuchungsausschuss, wir kennen seitens der Polizeivertretungen, BDK, die Reaktionen dazu. Also, es muss schon irgendwo Thema gewesen sein. Deswegen verzeihen Sie uns einfach die Frage. Wir sind Menschen, die permanent in den öffentlichen Medien rumsuchen und nachlesen; das ist unser täglich Brot, und deswegen fällt es uns dann manchmal etwas schwer, wenn jemand das nicht als sein täglich Brot betrachtet. Das ist aber wirklich nicht als Unterstellung gemeint.

Deswegen auch nicht als Unterstellung gemeint, sondern als konkrete Nachfrage: Ich habe mich mit meinem Team kurz beraten, und weil eine Antwort von Ihnen etwas unterschiedlich bewertet wird, will ich sie einfach noch mal stellen. Also, der Beamte X ist aufgefunden in den Unterlagen. Sie waren bei einem Vorgesetzten und haben das mitgeteilt. Entsprechend wurde Ihnen dann mitgeteilt, das mit Priorität vorzuziehen. Da haben wir jetzt eine unklare Interpretationslage. Ist Ihnen gesagt worden: „vorziehen, weil“, mit einem konkreten Grund, oder ist das völlig kommentarlos als Selbstverständlichkeit festgelegt worden: „Das wird jetzt prioritär vorgezogen und bearbeitet“? Also, gab es bei dieser Anweisung, das jetzt zu machen - egal über wen; das recher-

chieren wir alles in späteren Befragungen - - Aber ist Ihnen persönlich als Sachbearbeiterin ein Grund mitgeteilt worden, warum das vorgezogen ist? Wir haben hier Kategorie 2. Wir haben keine Gefährdungslagen. Wir haben mitgeteilt bekommen, die Daten sind sicher auf dem Server; da hat auch keiner Zugriff. Also, ist Ihnen ein Grund genannt worden, warum das vorgezogen wird?

**Zeugin Julia Wiegand:** Also, nur noch mal, um das ganz kurz klarzustellen: Das sind nicht Daten der Kategorie 2. Es gab zu dem Zeitpunkt noch keine Kategorien.

Und es gab, so wie ich mich erinnern kann, keine spezielle Begründung dafür; nein. Ich habe gesagt bekommen, dass ich den jetzt schnellstmöglich abarbeiten soll, und das habe ich auch so gemacht. Und das leuchtete mir auch ein.

**Frank Tempel (DIE LINKE):** Das haben Sie wahrscheinlich vorhin auch so gesagt; aber wir haben es unterschiedlich ausgelegt.

**Zeugin Julia Wiegand:** Weiß ich nicht.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Das ist ja ein wichtiger Punkt; dann haben wir das noch mal klargestellt. - Jetzt schaue ich zur CDU/CSU-Fraktion. Haben Sie noch Fragen? - Dann geht mein Blick noch mal zu Frau Mihalic. Haben Sie noch Fragen? - Dann müssen Sie bitte das Mikrofon benutzen, damit das ins Protokoll kommt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bin ja vorhin unterbrochen worden, weil Fragen, die ich stellen wollte, eventuell nur in einer nichtöffentlichen Befragung erörtert werden könnten.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Dann müssten wir umziehen, wenn Sie die Fragen unbedingt stellen wollen. Wir können nichtöffentlich hier machen; aber wenn wir was Eingestuftes machen, also vertraulich oder höher, vertraulich oder geheim, dann müssten wir umziehen in den Raum 2.700, in den Ausschusssaal des Verteidigungsausschusses. - Das ist jetzt keine Beeinflussung, sondern Sie entscheiden frei, ob Sie Ihre Frage stellen wollen oder nicht.



## 2. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gestatten Sie mir noch mal eine ganz kurze Rücksprache.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Ja, selbstverständlich, machen Sie das; so viel Zeit haben wir.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre dann damit erledigt; das können wir auch zu einem späteren Zeitpunkt noch erfahren, was ich fragen will.

**Vorsitzende Dr. Eva Högl:** Wenn die Frage auch noch bei anderen Zeugen gestellt werden kann, okay. - Dann, Frau Mihalic, keine weiteren Fragen jetzt? - Dann gucke ich noch mal zur SPD. Hat sich nichts mehr ergeben? - Dann stelle ich fest: Die Fraktionen haben keine Fragen mehr, die Vorsitzende hat auch keine Fragen mehr.

Dann, liebe Frau Wiegand, dürfen wir uns ganz, ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Sie haben uns sehr weitergeholfen. Ich möchte auch gerne sagen: Ich hoffe, dass es für Sie heute - angenehm ist so eine Situation nie - vielleicht etwas angenehmer war und eine etwas ruhigere Atmosphäre war als im Innenausschuss, dass wir das heute alles der Reihe nach noch mal aufarbeiten konnten. Das wäre mir jedenfalls sehr wichtig, Ihnen das noch mal mitzugeben. Vielen Dank.

Ich darf Sie noch mal darauf hinweisen - das hatte ich vorhin schon angedeutet -, dass Sie das Protokoll bekommen vom Sekretariat, wenn es fertiggestellt wurde, und dass Sie dann die Chance haben, es zu korrigieren oder zu ergänzen, wenn Ihnen noch was auffällt.

Ich bin des Weiteren gehalten, Sie auf § 26 Absatz 2 PUAG hinweisen, nämlich dass der Untersuchungsausschuss durch einen Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen zwei Wochen nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls oder wenn wir auf die Frist verzichtet haben. Die Vernehmung ist also insoweit noch nicht abgeschlossen, bis nicht das Protokoll zugegangen ist und fertiggestellt worden ist.

Ich darf Ihnen noch mal danken für Ihr Kommen. Wir wünschen Ihnen alles Gute, liebe Frau Wiegand.

Ich darf mich außerdem bedanken bei den Stenografinnen und Stenografen. Ganz herzlichen Dank für die Unterstützung; wir wissen das sehr zu schätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für die Öffentlichkeit: Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die nächste öffentliche Ausschusssitzung am 15. Oktober um 15 Uhr ist. Wir haben dann die Vernehmung der Zeugen Julia Greiner, von der heute hier auch schon ein paarmal die Rede war, Gunter Stahl - auch den haben wir schon erwähnt - und Marco Herb. Das sind auch drei Beschäftigte beim Bundeskriminalamt.

Wir sehen uns dann am 15. Oktober um 15 Uhr hier wieder.

Herzlichen Dank, allen noch einen schönen Abend und bis dahin.

(Schluss: 20.48 Uhr)



Anlage

POSTANSCHRIFT Bundeskriminalamt - 65173 Wiesbaden

DEUTSCHER BUNDESTAG  
2. Untersuchungsausschuss  
- Sekretariat -  
Platz der Republik  
11011 Berlin

HAUPTANSCHRIFT Thaanstraße 11, 65193 Wiesbaden  
POSTANSCHRIFT 65173 Wiesbaden

TEL +49(0)611 55-15886

FAX +49(0)611 55-45144

BEARBEITET VON WIEGAND, Julia

E-MAIL

AZ PA 27-5452

DATUM 23.10.2014

BETREFF **Protokoll vom 15.10.2014**

BEZUG Zeugenvernehmung vom 09.10.2014

ANLAGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Protokoll wird mit folgenden Erläuterungen zugestimmt:

Seite 12, linke Spalte, 4. Absatz:

**Anmerkung zu meiner Antwort „Wir konnten ja eine Kundendatenbank wiederherstellen, ...“:**

Die kanadischen Kollegen konnten eine Kundendatenbank wiederherstellen und die Daten daraus wurden dem BKA, SO12 zur Verfügung gestellt.

Seite 35, rechte Spalte, 5. Absatz / 6. Absatz:

**Anmerkung zur Beantwortung der Frage von MdB Frieser:**

Die Antwort „Ja“ bezieht sich darauf, dass in allen Kategorie 1 Fällen - ebenso wie im Fall des „Beamten X“ - das gesamte Film - bzw. Fotomaterial des jeweiligen Falles Bestandteil des Datenträgers des Beweismittelsonderbandes war.



2. Untersuchungsausschuss

SEITE 2 VON 2 Mit freundlichen Grüßen.

*Wiegand*  
Wiegand, KOKin